

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

DIALOG GLOBAL



50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015

Dokumentation
der dritten Projektphase

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 40

Impressum

Herausgeberin:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-389
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy
Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft Nr. 40

Projektleitung: Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach
Texte: Jessica Baier, Dr. Klaus Reuter, Moritz Schmidt.
Die Berichte der kommunalen Klimapartnerschaften wurden von den Akteuren der beteiligten Kommunen erstellt.
Redaktion: Jessica Baier, Moritz Schmidt, Nadine Thoß
Titelfoto: Andreas Grasser

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Königswinter
Druck: Schloemer & Partner GmbH, www.grün-gedruckt.de
100% Recyclingpapier, CyclusPrint
Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert

Bonn, Mai 2016

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich dort, wo es sinnvoll ist, die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015

Dokumentation
der dritten Projektphase

Inhalt

1. Vorwort	6
2. Einleitung	8
2.1 Projektablauf	9
2.2 Aufbau der kommunalen Klimapartnerschaften	10
2.3 Erarbeitung der Handlungsprogramme	13
2.4 Umsetzung und kontinuierlicher Verbesserungsprozess	14
3. Vernetzung der beteiligten Kommunen	16
3.1 Ebenen der Vernetzung im Projekt	16
3.2 Auftaktworkshop	17
3.3 Netzwerktreffen der beteiligten Kommunen	18
3.3.1 1. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	18
3.3.2 2. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	19
3.3.3 3. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	20
3.3.4 4. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	21
3.3.5 Netzwerktreffen der afrikanischen Kommunen	21
3.4 Internationaler Workshop zur Präsentation der Handlungsprogramme	22
4. Berichte der kommunalen Klimapartnerschaften	24
4.1 Geestland – Leribe Distrikt	24
4.2 Horb am Neckar – Belo	28
4.3 Ludwigsburg – Kongoussi	31
4.4 München – Kapstadt	36
4.5 Neumarkt in der Oberpfalz – Drakenstein	40
4.6 Oldenburg – Buffalo City Metropolitan Municipality	44
4.7 Rastatt – St. Louis	48
4.8 Solingen – Thiès	53
4.9 Unterschleißheim – Ho	57
5. Fazit	62
6. Ausblick	66

1. Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Wenn du schnell gehen willst, gehe allein, wenn du weit kommen möchtest, gehe mit anderen.“, dieses afrikanische Sprichwort wurde den Akteuren der dritten Projektphase beim Auftaktworkshop im März 2014 mit auf den Weg gegeben. Nach anderthalb Jahren intensiver Zusammenarbeit kann man nun wohl zu Recht feststellen, dass alle Akteure – aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – gemeinsam weit gekommen sind.

Die Akteure der einzelnen Klimapartnerschaften haben funktionierende Arbeitsstrukturen für die Zusammenarbeit etabliert und dabei viele weitere Menschen zum Mitmachen motiviert. Sie haben sich intensiv mit den jeweiligen lokalen Ursachen und Folgen des Klimawandels auseinandergesetzt und dabei ein vertieftes Verständnis für die Situation in ihren Partnerkommunen gewonnen. Aufbauend auf diesen Strukturen und Erkenntnissen haben die einzelnen Klimapartnerschaften schließlich fundierte Handlungsprogramme zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung entwickelt und teilweise bereits mit der Umsetzung einzelner Aktivitäten begonnen. Es wurde also viel erreicht und gleichzeitig wurden wertvolle Grundlagen für die zukünftige Zusammenarbeit gelegt.

Auch im Gesamtprojekt können weitere Fortschritte verzeichnet werden. Mit der inzwischen schon laufenden vierten Projektphase haben sich mittlerweile 43 deutsche Kommunen und ihre Partnerkommunen im Globalen Süden dazu entschlossen, gemeinsame Handlungsprogramme zu erarbeiten und konkrete Projekte zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels umzusetzen. Zudem ist die fünfte Phase Ende 2015 angelaufen, sodass wir unser gemeinsames Ziel von 50 Klimapartnerschaften erreichen werden.

Das herausragende Engagement der Kommunen und der zivilgesellschaftlichen Akteure, das uns in den drei abgeschlossenen Projektphasen begleitet hat, ist für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich. Wir wissen durch den Austausch mit den Kommunen und die gemeinsamen Netzwerktreffen, dass den Kommunen eine verantwortungsvolle Rolle zukommt, um den Ausstoß der Treibhausgasemissionen zu minimieren sowie Natur und Bevölkerung

vor den schon begonnenen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

Im Sondergutachten „Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zu Globalen Umweltveränderungen (WBGU) wurde unser Projekt als nennenswerte Initiative erwähnt, welche Klimaschutz und kommunale Entwicklungspolitik erfolgreich verbindet. Zudem hat der Deutsche Bundestag über einen Beschluss (Drucks.18/4425) eine weitere Unterstützung und Fortführung des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ befürwortet.

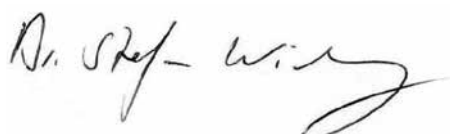
Trotz dieser wissenschaftlichen und politischen Unterstützung sowie dem konkreten Handeln der Kommunen wissen wir, dass in den nächsten Jahren der Handlungsdruck nicht geringer werden wird. Das Jahr 2015 war das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, die damit einhergehenden Extremwetterereignisse werden gerade für den Globalen Süden verheerende Auswirkungen mit sich bringen. Bei der 21. Welt-Klimakonferenz 2015 in Paris wurde nun ein Abkommen verabschiedet, das weltweit gültige Zielsetzungen festlegt und das Kyoto-Protokoll fort-schreibt. Bei der Umsetzung dieses Abkommens ist einmal mehr die kommunale Ebene gefragt. Die Erfahrungen in unserem Projekt zeigen deutlich, dass Kommunen weltweit bereit sind, eine stärkere Rolle zu übernehmen und den gegenseitigen Austausch sowie ein gemeinsames Handeln zu forcieren.

Mit unserem Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ wollen die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) weiterhin die Expertise der Kommunen und ihrer zivilgesellschaftlichen Akteure nutzen und in den globalen Dialog einbringen.

Klimapartnerschaften werden getragen von gegenseitigem Verständnis, gemeinsamen Lernprozessen, kollegialer Zusammenarbeit und nicht zuletzt dem Engagement eines jeden Einzelnen. Dies hat auch die dritte Projektphase einmal mehr gezeigt. Es war uns eine besondere Freude, den Prozess der einzelnen Klimapartnerschaften mit all seinen Höhen und Tiefen, Herausforderungen und Erfolgen zu begleiten.

Wir möchten uns bei allen beteiligten Akteuren herzlich für die gute Zusammenarbeit und für ihr Engagement in den einzelnen Klimapartnerschaften bedanken. Unser Dank gilt insbesondere den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der teilnehmenden Kommunen für ihre politische Unterstützung des Prozesses, den Mitarbeitenden der Verwaltungen für ihr kompetentes, engagiertes und lösungsorientiertes Handeln und den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich ebenfalls mit Engagement und Expertise in die Arbeitsprozesse der einzelnen Klimapartnerschaften eingebracht haben. Wir wünschen den Klimapartnerschaften auf ihren weiteren Wegen viel Erfolg und Freude an der gemeinsamen Arbeit.

Ihre



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/
Engagement Global



Dr. Klaus Reuter

Geschäftsführer der LAG 21 NRW

Einleitung

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ will aufbauend auf den umfangreichen Erfahrungen und Expertisen der Kommunen zu Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel die Partnerschaften deutscher Kommunen mit Kommunen im Globalen Süden auf diesen Gebieten stärken.

Dazu erarbeiten die Klimapartnerschaften in einem Zeitraum von anderthalb Jahren gemeinsame Handlungsprogramme mit Zielen, konkreten Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Durch die Erarbeitung der Handlungsprogramme wird der Grundstein für eine langfristige, konstruktive und systematische Zusammenarbeit der Partnerstädte in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung gelegt. Eine Klimapartnerschaft kann auf einer bestehenden Städtepartnerschaft aufbauen und dieser eine neue Dimension hinzufügen. Sie kann aber auch von zwei interessierten Kommunen als Themenpartnerschaft gänzlich neu gegründet werden.

Im Zentrum des Projektes steht der fachliche Austausch zwischen kommunalen Experten, v. a. im Rahmen von gegenseitigen Entsendungen. Zur Vernetzung der teilnehmenden Kommunen finden regelmäßige Treffen statt. Neben der finanziellen Unterstützung begleiten die SKEW der Engagement Global und die LAG 21 NRW die Partnerschaften mit fachlicher und methodischer Beratung. Das Projekt wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt und von den kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland – Deutscher Städtetag (mit zwei eigenen Präsidiumsbeschlüssen), Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag – offiziell unterstützt.

Mit dieser Publikation werden die 3. Projektphase des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ dokumentiert und die zentralen Arbeitsergebnisse der Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Kommunen dargestellt. An der dritten Projektphase haben sich insgesamt zehn kommunale Klimapartnerschaften beteiligt. Neun davon haben ihre Handlungsprogramme bereits fertiggestellt. Die Klimapartnerschaft zwischen Marburg und Sfax in Tunesien konnte aufgrund von wesentlichen Veränderungen in der Kommune Sfax ihren

Erarbeitungsprozess nicht wie geplant durchführen. Es ist jedoch geplant, das gemeinsame Handlungsprogramm zu einem späteren Zeitpunkt zu finalisieren.

Deutsche Kommune	Afrikanische Kommune
Horb am Neckar	Belo (Kamerun)
Geestland	Leribe Distrikt (Lesotho)
Ludwigsburg	Kongoussi (Burkina Faso)
Marburg	Sfax (Tunesien)
München	Kapstadt (Südafrika)
Neumarkt in der Oberpfalz	Drakenstein (Südafrika)
Oldenburg	Buffalo City Metropolitan Municipality (Südafrika)
Rastatt	Saint-Louis (Senegal)
Solingen	Thiès (Senegal)
Unterschleißheim	Ho (Ghana)

Abbildung 1: Beteiligte Klimapartnerschaften der 3. Projektphase LAG 21 NRW / SKEW

Die folgenden Unterkapitel der Einleitung werden die organisatorischen und inhaltlichen Bausteine des Projektes erläutern. Die grundlegende Projektsystematik wurde gemeinsam von der SKEW und der LAG 21 NRW entwickelt. Während der Pilotphase und auch der zweiten Projektphase, in der 9 bzw. 14 Klimapartnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen, lateinamerikanischen und karibischen Kommunen etabliert wurden, hat das konstruktive Feedback der beteiligten kommunalen Akteure zu einer weiteren Optimierung der Systematik geführt.

Das zweite Kapitel dieser Dokumentation wird sich im besonderen Maße der Vernetzung der Partnerkommunen untereinander widmen. Das Projekt strebt eine Vernetzung der beteiligten Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen

an. Die in diesem Rahmen angebotenen und geförderten Kommunikationsforen werden zunächst im Allgemeinen vorgestellt. Davon ausgehend erfolgt eine kurze Zusammenfassung der zentralen Veranstaltungen des Projektes, nämlich des Auftaktworkshops in Südafrika sowie der vier Netzwerktreffen der deutschen und des Netzwerktreffens der afrikanischen Kommunen.

Das dritte Kapitel beinhaltet die Berichte der einzelnen Klimapartnerschaften mit Aussagen zu den Hintergründen der Partnerschaften, der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme sowie zu den jeweiligen Schwerpunkten der Handlungsprogramme. Abgeschlossen wird diese Dokumentation mit einem Fazit der dritten Projektphase sowie mit einem Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit der nun etablierten Klimapartnerschaften.

2.1 Projektablauf

Das Ziel der kommunalen Klimapartnerschaften ist die Erstellung und sukzessive Umsetzung eines gemeinsamen Handlungsprogramms zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, welches ausgehend von abstrakten Oberzielen eine schrittweise Konkretisierung hin zu anwendungsbezogenen Maßnahmen mit einer differenzierten Ressourcenplanung und Indikatoren zum Monitoring der Zielerreichung beinhaltet.

Das Handlungsprogramm wird von den jeweiligen Klimapartnerschaften innerhalb von anderthalb Jahren entwickelt, wobei die Kommunen während dieser Zeit eine intensive Beratung, Betreuung und Förderung des bilateralen Austausches seitens der SKEW und der LAG 21 NRW erfahren. Nach dieser intensiven Erarbeitungsphase erfolgt die eigenverantwortliche und langfristige Umsetzung sowie kontinuierliche Verbesserung des Handlungsprogramms. Gemäß dem von den projektdurchführenden Organisationen entwickelten methodischen Leitfadens erfolgt dieser Projektablauf in drei groben Schritten:

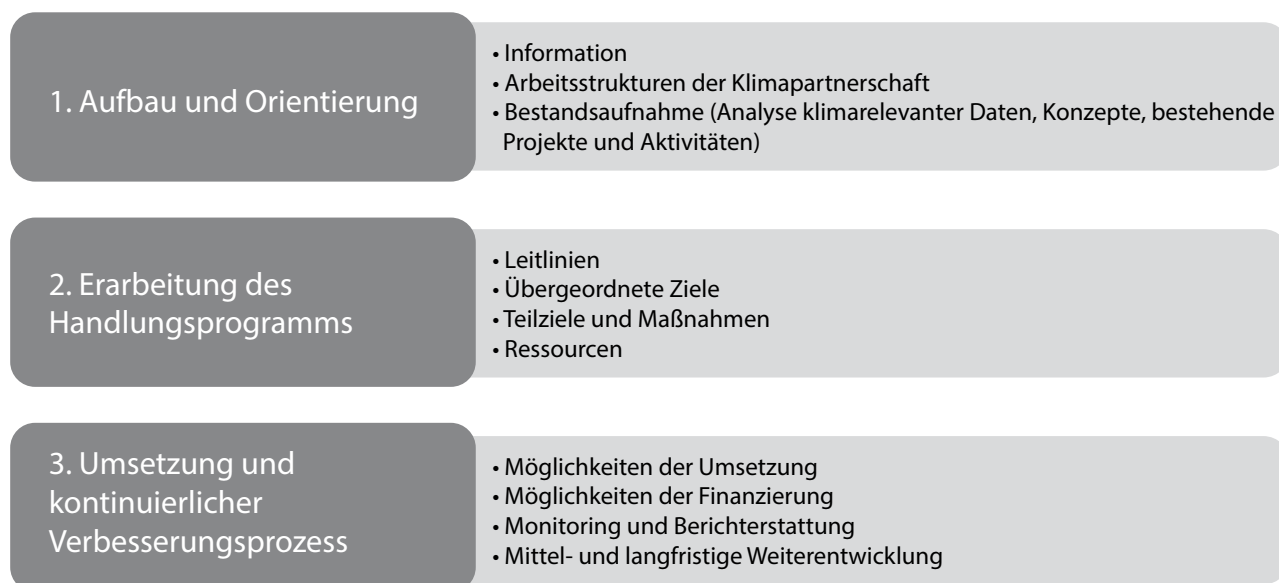


Abbildung 2: Arbeitsschritte der Zusammenarbeit in der Klimapartnerschaft – LAG 21 NRW / SKEW

Der erste Schritt dient dem Aufbau und der Orientierung und ist dadurch gekennzeichnet, dass hier die organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen für die Klimapartnerschaft gelegt werden. Er beginnt nach der Projektzusage beider Partner mit dem 1. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen und endet etwa nach einem halben Jahr, nach Bildung der Arbeitsstrukturen der Klimapartnerschaft und erfolgter Bestandsaufnahme zu den relevanten Informationen und Daten. Als Meilensteine beinhaltet dieser Arbeitsschritt den internationalen Auftaktworkshop und die erste Entscheidungsphase.

Mit dem zweiten Netzwerktreffen der deutschen Kommunen beginnt die Erarbeitung des Handlungsprogramms. Dieser Arbeitsschritt ist geprägt von der Abstimmung der Partner zu den Schwerpunktthemen, Zielen, Maßnahmen und Ressourcen der Klimapartnerschaft. Während dieses Arbeitsschrittes finden bis zu zwei Entscheidungen der Partner statt. Er endet mit der Fertigstellung der Handlungsprogramme und ihrer Vorstellung auf dem zweiten internationalen Workshop.

Der letzte Schritt dieser Systematik ist der eigentliche Startpunkt für die Umsetzung der gemeinsamen Handlungsprogramme. Um diesen Start in beiden beteiligten Kommunen möglichst reibungslos zu gestalten und um die Unterstützung wichtiger Akteure sicherzustellen, bietet sich eine politische Beschlussfassung zum Handlungsprogramm an. Für die sukzessive Umsetzung der geplanten Maßnahmen sind in der Regel neben den eigenen Ressourcen der Partnerschaft externe Mittel erforderlich, sodass Fragen der Finanzierung von Projekten einen wichtigen Raum einnehmen. Eine weitere wichtige Komponente ist das regelmäßige Monitoring und die Fortschreibung des Handlungsprogramms in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Dazu dienen vorab festgelegte Indikatoren, die Aussagen zum Grad der Zielerreichung ermöglichen.

2.2 Aufbau der kommunalen Klimapartnerschaften

Die beschriebenen drei Schritte zur Erarbeitung und Umsetzung des Handlungsprogramms beinhalten diverse Teilschritte, die nun genauer erläutert werden.

Der Aufbau der Klimapartnerschaften umfasst die Information der projektrelevanten Akteure, die Begründung der notwendigen Arbeitsstrukturen und den gegenseitigen Austausch sowie die Analyse vorhandener klimarelevanter Daten, Informationen und bereits bestehender Konzepte und Aktivitäten.

Information

Neben der Kontaktaufnahme und dem gegenseitigen Kennenlernen der Klimapartner wird unter dem Punkt „Information“ die Weitergabe aller Informationen zum Ablauf der Klimapartnerschaft wie ihren Hintergründen und Vorteilen an die unterschiedlichen Akteure in der Kommune (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, allgemeine Öffentlichkeit) über differenzierte Informationswege (Presse, Internet, Präsentationen, Informationsveranstaltungen) verstanden. Ziel ist es, in den jeweiligen Partnerschaftskommunen eine dauerhafte Unterstützung für die Etablierung einer Klimapartnerschaft sowie ein gemeinsames Verständnis für die Problemlage und die neue strategische Vorgehensweise zu entwickeln. Zudem soll ein breites Akteursspektrum zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden.

Arbeitsstrukturen

Mit der Festlegung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für die Aufgaben im Rahmen einer Klimapartnerschaft werden die Arbeitsstrukturen eingerichtet. Diese Arbeitsstrukturen dienen dem Aufbau einer transparenten, tragfähigen und funktionalen Organisation, bestehend aus wesentlichen Akteuren der Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, die wiederum ihre jeweiligen Erfahrungen und Expertise in den Prozess einspeisen sollen. Die Arbeitsstrukturen der kommunalen Klimapartnerschaft definieren klare Zuständigkeiten und intendieren eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung, die frühzeitige Integration der politischen Vertreter sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure. Um die Kommunikation zu erleichtern, müssen die zentralen Ansprechpersonen

sowohl innerhalb der eigenen Kommune als auch für die Partnerkommune eindeutig benannt sein. Gleichzeitig ist es wichtig, weitere Akteure innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung einzubeziehen und ihre Rollen klar zu definieren. Ziel dieses partizipatorischen Ansatzes ist es, dass das Handlungsprogramm für die Klimapartnerschaft auf einer verbindlichen und fachlich fundierten Grundlage entwickelt und langfristig umgesetzt werden kann.

Um dies zu gewährleisten, sollen die Arbeitsstrukturen folgende Instanzen beinhalten:

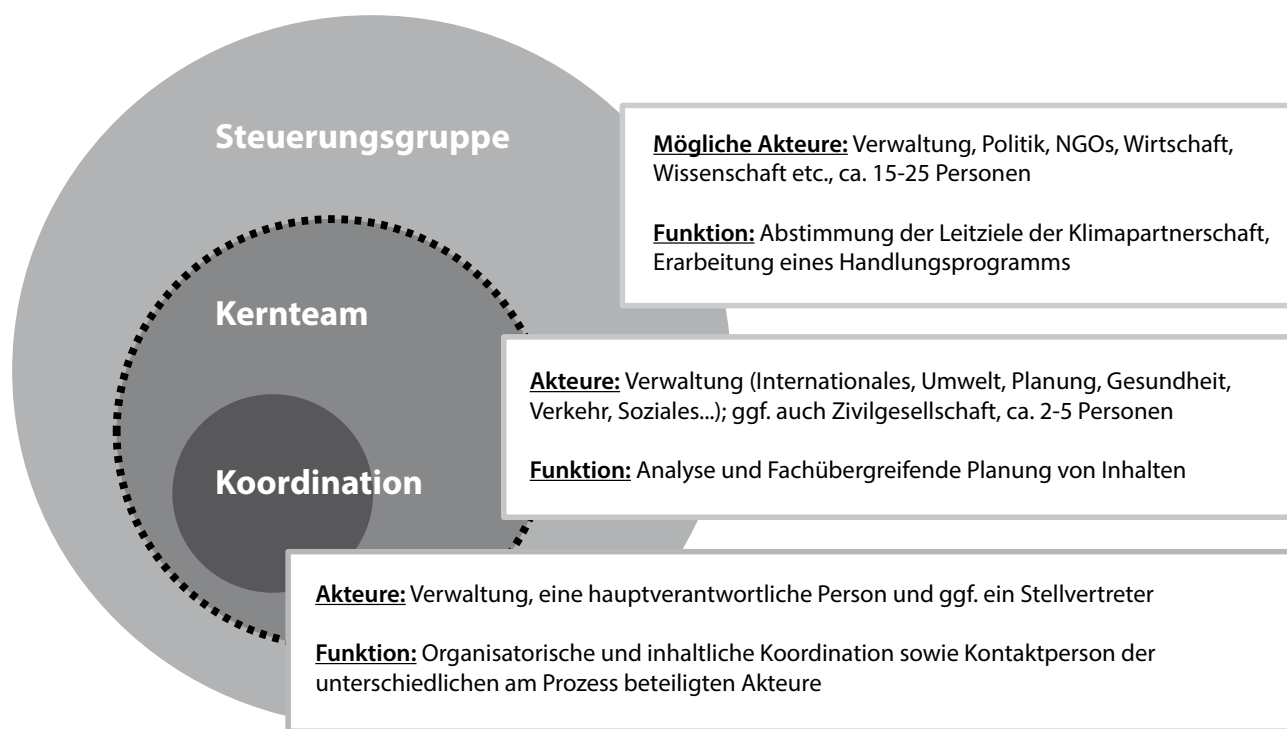


Abbildung 3: Arbeitsstrukturen der Klimapartnerschaften – LAG 21 NRW / SKEW

Die Koordination ist die Schlüsselfunktion innerhalb der Arbeitsstrukturen. Sie übernimmt die Aufgabe, den Einführungs- und Umsetzungsprozess organisatorisch zu steuern. Die Koordination ist die zentrale Kontaktstelle für alle Beteiligten und Interessierten und zugleich für die Ergebnissicherung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Die Koordination der jeweiligen Kommunen ist gleichsam das Bindeglied in dem bilateralen Prozess und gewährleistet den Informationsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Partnerkommunen.

Das verwaltungsinterne Kernteam unterstützt die Koordination bei der Organisation und Begleitung des Einführungs- und Umsetzungsprozesses. Darüber hinaus bereitet es die inhaltliche Arbeit der Steuerungsgruppe vor. Das Kernteam besteht in der Regel aus zwei bis fünf Personen. Es sollte fachbereichsübergreifend (z. B. Planung, Umwelt, Internationales, Lokale Agenda 21, Wirtschaft, Soziales, Verkehr etc.) zusammengesetzt sein und somit eine Integration unterschiedlicher Herangehensweisen und Lösungsansätze ermöglichen.



Abbildung 4: Akteursanalyse zum Aufbau der Arbeitsstrukturen (Foto: Stephen Williams)

Die Steuerungsgruppe ist die Instanz zur Erarbeitung der Ziele und Maßnahmen des Handlungsprogramms. Um Doppelstrukturen durch die Begründung der Klimapartnerschaft zu vermeiden, können bestehende und bereits etablierte Partizipationsgremien innerhalb der Kommune für ihre Arbeit genutzt werden. Die Steuerungsgruppe trifft sich im Laufe des Prozesses auf Einladung des Koordinators zu mindestens vier Sitzungen, die mit den wichtigsten

Aktivitäten des Projekts (Auftaktworkshop, Entsendungen) synchronisiert sind.

Bestandsaufnahme

In der Bestandsaufnahme wird die aktuelle Situation hinsichtlich Klimaschutz und Klimaanpassung auf beiden Seiten erfasst, beschrieben und bewertet. Dazu erfolgt unter den Partnern ein intensiver Austausch von Informationen über ihre jeweiligen Konzepte, Erfahrungen, Projekte und Aktivitäten. Ziel der Bestandsaufnahme ist die vertiefte Auseinandersetzung der Kommunen mit ihren gegenwärtigen IST-Zuständen sowie mit den IST-Zuständen ihrer Partnerkommunen, um auf dieser Grundlage thematische Schwerpunkte für die gemeinsame Entwicklung des Handlungsprogramms zur Unterstützung einer nachhaltigen Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik zu definieren.

Die Bestandsaufnahme (baseline-review) erfolgt in drei wesentlichen Schritten:

- Analyse qualitativer und quantitativer Informationen
- SWOT-Analyse
- Festsetzung von Handlungsschwerpunkten und Oberzielen

Die Analyse qualitativer und quantitativer Informationen und Daten erfolgt anhand wichtiger Dokumente und relevanter Beschlüsse, die innerhalb der Partnerkommunen identifiziert und gegenseitig ausgetauscht werden. Hierzu können bereits bestehende Strategien wie lokale, regionale und nationale Klimaschutz- und/oder Klimaanpassungskonzepte, Stadtentwicklungskonzepte oder Natur- und Umweltpläne zählen. Zudem kann für die Analyse ein qualitativer Fragenkatalog herangezogen werden, der im Leitfaden enthalten ist.

Die Auswertung der quantitativen und qualitativen Informationen und Daten erfolgt mit Hilfe einer SWOT-Analyse [engl. Akronym für strengths, weaknesses, opportunities und threats; Deutsch: Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken]. Hierbei wird durch eine Beurteilung der Stärken und Schwächen der IST-Zustand von den erwarteten Bedingungen [Chancen und Risiken] getrennt. Ferner werden die Stärken anhand der Risiken und die Schwächen anhand der Chancen überprüft.



Abbildung 5: Fachlicher Austausch von Informationen zur Bestandsaufnahme (Foto: Stephen Williams)

Durch die Gegenüberstellung der Ergebnisse der SWOT-Analysen für beide Partnerkommunen können inhaltliche Schwerpunkte und Oberziele für das Handlungsprogramm identifiziert werden, z. B. Bereiche in denen beide Kommunen Erfahrungen aufweisen, die für den Austausch genutzt werden können oder in denen eine Kommune mit ihren Stärken einem Bedarf der anderen Kommune entspricht. Auf der Grundlage dieser Festlegung entsteht im weiteren Prozess das gemeinsame Handlungsprogramm für die zukünftigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen der Klimapartnerschaft. Die Fokussierung auf die vorrangigen Probleme und Fragestellungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung in den beiden Kommunen dient dazu, den Umfang inhaltlich auf ein handhabbares Maß zu begrenzen. Dies ist die erste gemeinsame Entscheidung der Klimapartner, die die inhaltliche Ausrichtung des nachfolgenden Prozesses vorgibt.

2.3 Erarbeitung der Handlungsprogramme

Grundsätzliche Zielsetzung des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ist die Erarbeitung eines fundierten Handlungsprogramms zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung zwischen den Klimapartnerkommunen.

Das Handlungsprogramm wird dabei in einem partizipativen Prozess in den eingerichteten Steuerungsgruppen und Kernteams bearbeitet und innerhalb der Kommunen und zwischen den Partnern über die Koordinatoren

kontinuierlich abgestimmt. Dabei basiert es auf den Ergebnissen der vorhergehenden Bestandsaufnahme und den generellen Leitlinien der Partner.

Gekennzeichnet ist das Handlungsprogramm durch seinen hierarchischen Aufbau, wobei es zu einer stetigen Konkretisierung von eher abstrakten Oberzielen bis hin zu handlungsorientierten Maßnahmen kommt. Die Oberziele werden als Ergebnis der Bestandsaufnahme formuliert. Sie bilden die Grundlage für die Erarbeitung der Ziele und Maßnahmen und spiegeln die dort identifizierten Arbeitsfelder und Projekte wider. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen sollten dabei so ausgewählt werden, dass sie spezifisch auf die Situation in den Partnerkommunen angepasst sind, die Umsetzung messbar ist, sie von den Akteuren akzeptiert werden, einer realistischen Planung unterliegen, sowie in ihrer Umsetzung terminiert sind.



Abbildung 6: Erarbeitung des Handlungsprogramms – LAG 21 NRW

Die inhaltlichen Schwerpunktthemen und Ziele der bilateralen Handlungsprogramme zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind dabei so heterogen wie die Partnerschaften selbst. Im Bereich des Klimaschutzes können Zielsetzungen der Energieeffizienz, der Erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung formuliert werden. Zudem können Fragen einer klimagerechten Land-/Forstwirtschaft, zur Reduzierung der Entwaldung, zum Aufbau eines Mobilitätsmanagements oder auch eines nachhaltigen Abfallmanagements zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen angesprochen werden. In Bezug auf die Folgen des Klimawandels wie zum Beispiel Meeresspiegelanstieg, Desertifikation, klimabedingter

Bodenerosion oder vermehrtes Auftreten von Extremwetterereignissen, sind Ziele zum besseren Umgang mit diesen Veränderungen vorstellbar, dazu gehören unter anderem Maßnahmen wie Küstenschutz, Aufforstung, Wassermanagement oder der Erhalt der biologischen Vielfalt.

Ferner ergibt sich über die Handlungsprogramme die Möglichkeit, Ziele zu übergeordneten Strategien zu verankern, wie beispielsweise zu einer umfassenden Bildungsarbeit oder auch der Erweiterung der Daten- und Informationsgrundlage zum Klimawandel durch entsprechende Studien.

Als handhabbares, umsetzungsorientiertes Instrument sollen im Handlungsprogramm sowohl Maßnahmen, die von den beiden Partnerkommunen eigenständig umgesetzt werden können, als auch Maßnahmen, für die die Unterstützung Dritter, wie z. B. von Partnerschaftsvereinen, privaten Investoren oder Geberorganisationen, notwendig ist, aufgenommen werden. Damit können von ihm ausgehend Projekte unterschiedlicher Größe entwickelt werden. Da es sich um ein gemeinsames Handlungsprogramm handelt, beziehen sich seine Ziele und Maßnahmen auf beide Partnerkommunen. Für die beiden beteiligten Kommunen werden jeweils unterschiedliche Maßnahmen identifiziert, die dann gemeinsam und durch Nutzung der jeweiligen spezifischen kommunalen Ressourcen im Rahmen der Klimapartnerschaft umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden zur Messung der erreichten Ergebnisse und Wirkungen mit qualitativen und quantitativen Indikatoren hinterlegt.

Als Präambel und als langfristige Orientierung werden dem Handlungsprogramm Leitlinien vorangestellt. Sie beschreiben die allgemeinen, strategischen Ziele, welche die Kommunen mit dem Aufbau der Klimapartnerschaft verfolgen. Damit sind sie rahmengebend für die gemeinsame Arbeit und beschreiben einen Zustand, der in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreicht sein soll. Auf diese Weise stärken sie die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit. Diese gemeinsame Vision wird dann durch das Handlungsprogramm konkretisiert und operationalisiert.

2.4 Umsetzung und kontinuierlicher Verbesserungsprozess

Das gemeinsame Handlungsprogramm zu Klimaschutz und Klimaanpassung bildet die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft. Die darin festgehaltenen Schwerpunkte der Klimapartnerschaft basieren auf einer genauen Kenntnis der Situation in den beiden Partnerkommunen. Den darin gemeinsam formulierten Zielen liegen abgestimmte und realistische Maßnahmen zur Zielerreichung zugrunde. Mit der Fertigstellung der Handlungsprogramme endet ein intensiver, seitens der SKEW und der LAG 21 NRW begleiteter, Arbeitsprozess.

Der letzte und sich stetig wiederholende Arbeitsschritt der Klimapartnerschaft liegt im Verantwortungsbereich der beiden beteiligten Kommunen und beginnt nach dem internationalen Workshop zur Präsentation der Handlungsprogramme. Es werden gemeinsam Möglichkeiten zur Umsetzung der Maßnahmen sondiert und das Handlungsprogramm selbst wird einer kontinuierlichen Verbesserung unterzogen.

Durch die Festlegung von Laufzeit und Beginn der einzelnen Maßnahmen sollte bereits während der Erstellung der Handlungsprogramme ein grober Zeitrahmen gesteckt worden sein, der auch die Prioritäten der Klimapartnerschaft widerspiegelt. Prinzipiell empfiehlt es sich, zunächst eine Pilotmaßnahme mit einem überschaubaren zeitlichen und finanziellen Rahmen umzusetzen.

Die Maßnahmen des Handlungsprogramms können dann je nach Art und Umfang mit den in beiden Kommunen direkt verfügbaren Ressourcen unterschiedlicher Akteure oder über die Akquisition externer Mittel durchgeführt werden. Für die Formulierung von Förderanträgen stellen das Handlungsprogramm als Ergebnis eines strukturierten Reflexions- und Planungsprozesses sowie die etablierten Arbeits- und Kommunikationsstrukturen eine sehr gute Grundlage dar.

Aufgrund ihres mittel- bis langfristigen Zeithorizonts können die Handlungsprogramme nicht statisch sein, sondern müssen aktiv weiterentwickelt und angepasst werden.

Deshalb sollten Erfolg und Misserfolg der vereinbarten Ziele sowie der Umsetzung der Maßnahmen einer regelmäßigen Überprüfung im Rahmen eines systematischen Monitorings unterliegen. Hierfür werden die Indikatoren herangezogen. Die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungsgruppen diskutiert, notwendige Änderungen der gemeinsamen Planung identifiziert und mit den Partnern abgestimmt. Anhand dieser angepassten Planung wird mit der Umsetzung des Handlungsprogramms fortgefahren. Insgesamt entspricht das Vorgehen einem sich periodisch wiederholenden Zyklus, der die Bearbeitungsschritte

- Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms (plan)
- Umsetzung der im Handlungsprogramm dokumentierten Maßnahmen und Projekte (do)

- Monitoring (check) sowie
- Weiterentwicklung und Anpassung des Handlungsprogramms (act)

umfasst (s. Abbildung 7).

Ein Klimapartnerschaftsbericht, der die Umsetzung und Weiterentwicklung des Handlungsprogramms in kontinuierlichen Abständen beschreibt, stellt hierzu eine wichtige Grundlage dar. Ferner dient der Bericht der Information gegenüber den politischen Gremien sowie interessierten Akteuren innerhalb der jeweiligen Kommunen. Aus inhaltlicher Sicht und zur Optimierung des Arbeitsprozesses erscheint es sinnvoll, ihn mit der allgemeinen Berichterstattung der Kommune zu den Themenfeldern Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu verknüpfen.

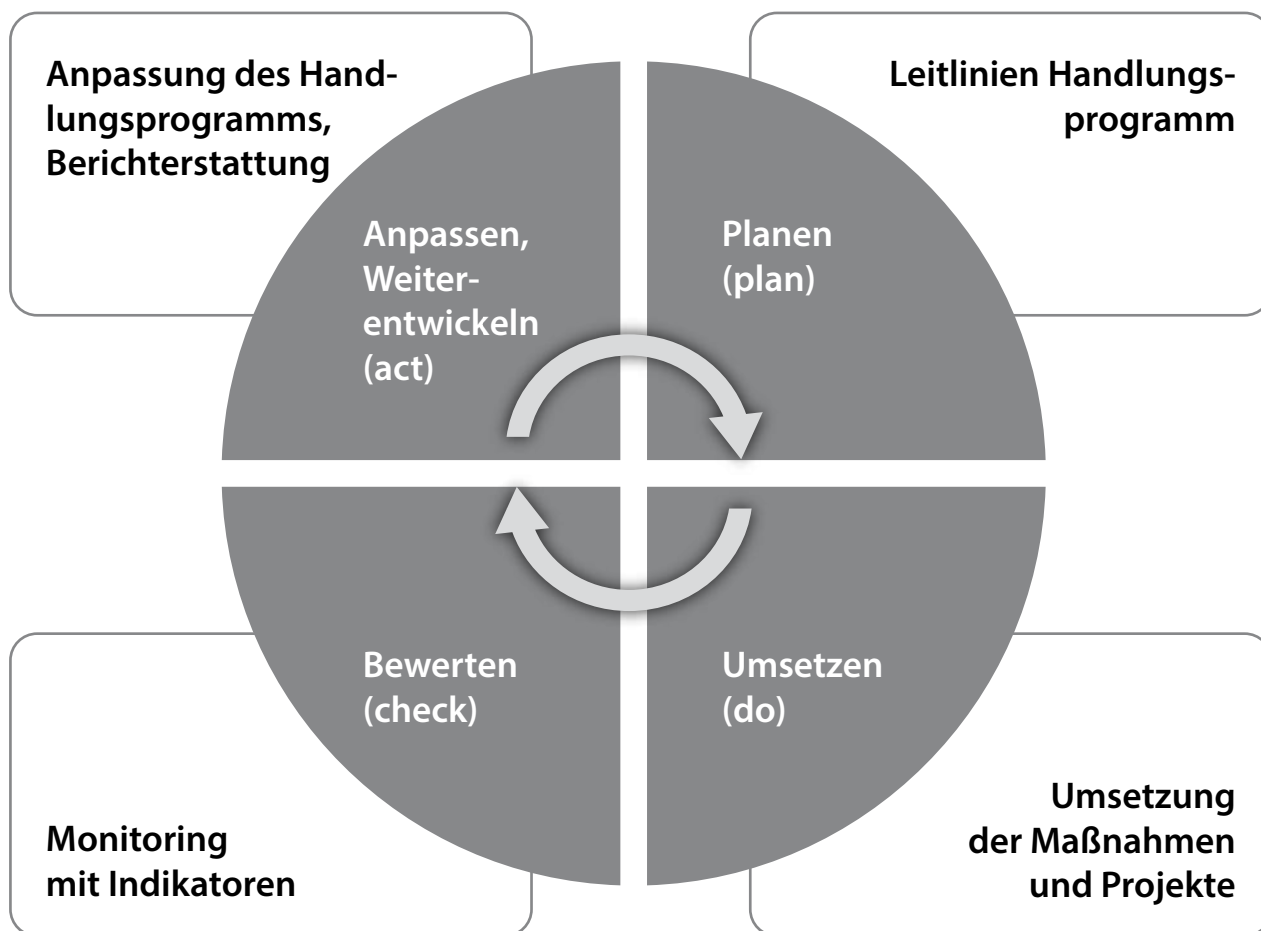


Abbildung 7: Der kontinuierliche Verbesserungsprozess eingebettet im PDCA-Zyklus – LAG 21 NRW

3. Vernetzung der beteiligten Kommunen

3.1 Ebenen der Vernetzung im Projekt

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ermöglicht die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch der jeweils an einer Projektphase beteiligten Kommunen untereinander. Dabei können drei verschiedene Ebenen des Austauschs unterschieden werden (s. Abb. 8).

Basis der Zusammenarbeit ist der direkte bilaterale Kontakt zwischen den zwei an der kommunalen Klimapartnerschaft beteiligten Kommunen. Der Austausch wird durch die wechselseitige Entsendung von kommunalen Fachexperten sowie die Kommunikation per E-Mail, Telefonkonferenzen etc. ermöglicht. Die Kommunen entscheiden dabei selbst über den Ort sowie die beteiligten Akteure der jeweiligen Entsendung. Im Zeitraum der 3. Projektphase von März 2014 bis Oktober 2015 fanden drei solcher Fachexpertenreisen pro Klimapartnerschaft statt. Diese wurden organisatorisch und inhaltlich von der SKEW und der LAG 21 NRW begleitet. In Deutschland wurden die Delegationsbesuche zudem durch die Moderation von Workshops, v. a. zur

Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Erfahrungen, Potenziale und Herausforderungen der beiden Partnerkommunen auf ausgewählten Themengebieten unterstützt.

Die zweite Ebene des Austauschs bildet die Vernetzung der deutschen Kommunen sowie der afrikanischen Kommunen untereinander. Dazu finden Netzwerktreffen statt, zu denen die Koordinatorinnen und Koordinatoren und zwei Mitglieder der Kernteams bzw. der Steuerungsgruppe aus den Kommunen eingeladen werden. Hauptziel dieser Netzwerktreffen ist der Austausch zu den Erfahrungen der Arbeit in den einzelnen Klimapartnerschaften. Die beteiligten Akteure berichten dabei über den aktuellen Sachstand ihrer jeweiligen Klimapartnerschaft, erhalten Feedback von den anderen Netzwerkmitgliedern sowie vom Projektteam der SKEW und der LAG 21 NRW und planen die nächsten Schritte. Zusätzlich erhalten sie fachliche Inputs und vertiefte Informationen zum Projektablauf sowie zu komplementären Unterstützungsangeboten für kommunale Partnerschaften. Gerade die Diversität der an dieser Projektphase beteiligten

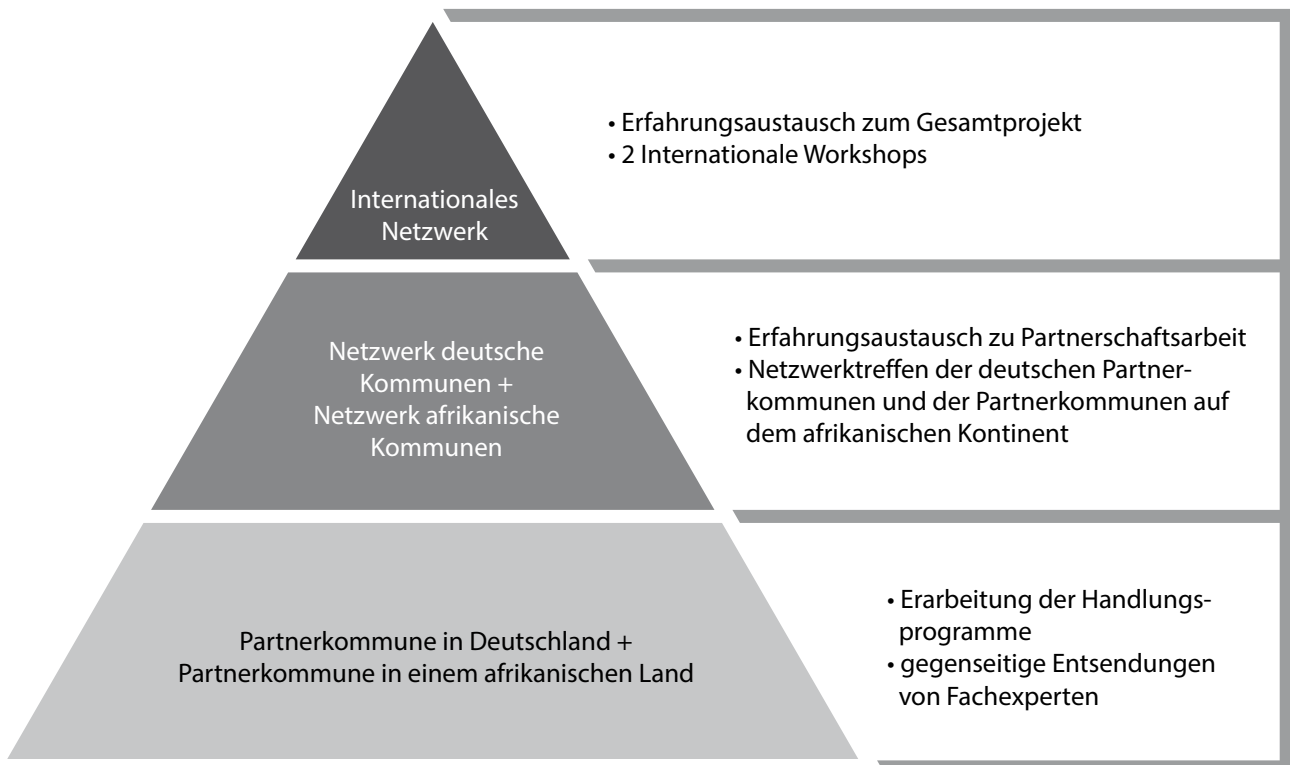


Abbildung 8: Ebenen der Vernetzung im Projekt – LAG 21 NRW / SKEW

Klimapartnerschaften prägte den Austausch im Rahmen dieser Netzwerktreffen. Neue Partnerschaften konnten von den Erfahrungen bereits etablierter Partnerschaften profitieren. Bestehende Städtepartnerschaften bekamen durch die Erweiterung der Zusammenarbeit um das Themenfeld Klimawandel neue Anregungen. Insgesamt fanden innerhalb der 3. Phase vier Netzwerktreffen der beteiligten deutschen Kommunen sowie ein Netzwerktreffen der beteiligten afrikanischen Kommunen statt.

Zu Beginn und zum Abschluss der gemeinsamen Arbeit an den Handlungsprogrammen werden jeweils internationale Workshops durchgeführt, an denen Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Kommunen teilnehmen. Dieses internationale Netzwerk aller Kommunen bildet die dritte Ebene der Vernetzung. Im Vordergrund steht dabei der Erfahrungsaustausch zum Gesamtprojekt. Ziel des Auftaktworkshops ist dabei insbesondere, ein gemeinsames Verständnis vom Projektaufbau und -ablauf zu entwickeln und den fachlichen Austausch unter den Partnern zu initiieren. Der zweite internationale Workshop zum Abschluss der Phase dient der Präsentation der Handlungsprogramme sowie der Diskussion über die zukünftige Zusammenarbeit innerhalb der Klimapartnerschaften und auf der Ebene des internationalen Netzwerks.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse des Auftaktworkshops der 3. Projektphase sowie der einzelnen Netzwerktreffen zusammenfassend dargestellt

3.2 Auftaktworkshop

Der internationale Auftaktworkshop der dritten Phase des Projektes fand vom 25. bis 27. März 2014 in Somerset West, Südafrika, statt. Aus jeder der insgesamt 20 beteiligten Kommunen nahmen drei Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung sowie der lokalen Zivilgesellschaft teil. Zudem beteiligten sich Repräsentanten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag (DST) und South African Local Government Association (SALGA).

Ziel des Auftaktworkshops war es, unter allen beteiligten Akteuren ein gemeinsames Verständnis der Projektziele sowie der Herangehensweise und des Ablaufs der Projektphase zu entwickeln. Der Leitfaden zum Projekt wurde seitens der LAG 21 NRW und der SKEW vorgestellt. Jede der beteiligten Kommunen bestätigten ihre Projektteilnahme durch die Unterzeichnung bzw. feierliche Übergabe



Abbildung 9: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des internationalen Auftaktworkshops in Somerset West, Südafrika (Foto: Stephen Williams)

eines Memorandum of Understanding mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, welches die Projektziele sowie die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit im Projekt verschriftlicht.

Darüber hinaus formulierten die Teilnehmenden ihre Erwartungen an das Projekt. Sie betonten dabei die Bedeutung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Klimapartnerschaften mit dem Ziel des gegenseitigen Lernens. Besonders wichtig war es ihnen auch, dass im Laufe des Prozesses Möglichkeiten zur späteren Umsetzung der Handlungsprogramme aufgezeigt werden und das Projekt so zu konkreten Resultaten in ihren jeweiligen Kommunen führt.

Einen Einblick in die Umsetzung eines gemeinsamen Handlungsprogramms vermittelte Geoff Tooley, Vertreter der Kommune eThekweni (Durban), Südafrika. Er gab Einblicke in die Arbeit der Klimapartnerschaft Durban – Bremen, die sich von 2011 bis 2013 an der Pilotphase des Projektes beteiligt hatte. Beide Kommunen setzen derzeit ihr gemeinsames Handlungsprogramm um. Wesentlicher Bestandteil ist dabei ein Projekt zur Renaturierung des mMhlangane Wassereinzugsgebiets in Durban, welches über Engagement Global aus Sondermitteln des BMZ finanziert wird. Praktische Eindrücke vom Umgang mit dem Klimawandel gewannen die Teilnehmenden zudem bei einer Exkursion zu einem Küstenschutzprojekt im Großraum Kapstadt.

Für die Akteure der 3. Projektphase begann bereits während des Workshops die Arbeit an den gemeinsamen Handlungsprogrammen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. In einer ersten Gruppenarbeit entwickelten die Teilnehmenden eine Akteurslandkarte für ihre Klimapartnerschaft. Eine zweite Gruppenarbeitsphase beschäftigte sich mit einem ersten Situationsüberblick. „Welche Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung gibt es bereits in unserer Kommune? Mit welchen Folgen des Klimawandels sieht sich unsere Kommune konfrontiert? In welchen Bereichen wäre eine Zusammenarbeit sinnvoll?“, derartige Fragen standen im Mittelpunkt des Austausches.

Zum Ende des Workshops identifizierten die Anwesenden gemeinsam die vor ihnen liegenden Meilensteine auf dem Weg zur Erstellung der Handlungsprogramme und trafen

Vereinbarungen für die Kommunikation sowie die anstehenden Fachexpertenaustausche.

3.3 Netzwerktreffen der beteiligten Kommunen

3.3.1 1. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen

Das erste Netzwerktreffen fand am 14. und 15. Oktober 2013 in Bonn statt. Es vereinte zum ersten Mal Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Kommunen, die zuvor eine Interessenbekundung zur Teilnahme an der 3. Projektphase bei der SKEW eingereicht hatten. Im Mittelpunkt des Netzwerktreffens stand die ausführliche Information über das Projekt insgesamt. Dabei wurden mit der SKEW und der LAG 21 NRW sowohl die Leistungen des Projektträgers als auch die Erwartungen an die Kommunen diskutiert. Außerdem diente das Treffen der Vorbereitung des anstehenden internationalen Auftaktworkshops in Somerset West, Südafrika.

Zur inhaltlichen Einordnung des Projektes gab es mehrere Vorträge seitens der projektdurchführenden Organisationen mit der Gelegenheit, offene Fragen zu klären. Ergänzend berichtete Stefan Wagner, Leiter des Amtes für Internationale Angelegenheiten der Stadt Bonn, über die Erfahrungen der Stadt als Teilnehmerin der Pilotphase des Projektes gemeinsam mit der Stadt Cape Coast in Ghana.

Die Vertreterinnen und Vertreter stellten ihre jeweiligen Kommunen in kurzen Präsentationen vor. Sie gaben dabei einen Überblick über Klimaschutzaktivitäten in ihren Kommunen und erläuterten die Vorgeschichte ihrer jeweiligen Partnerschaften. In Gruppenarbeitsphasen konnten die Teilnehmenden sich dann vertieft über die Ausgangssituation der Partnerschaften sowie die nächsten Schritte austauschen. Dabei zeigte sich, dass in puncto Informationsarbeit bereits einige Aktivitäten durchgeführt worden waren. Politische Vertreter, unterschiedliche Fachämter und Vereine innerhalb der eigenen Kommune waren bereits über das Projekt informiert und hatten ihrer Motivation zur Mitarbeit Ausdruck verliehen. Erste Abstimmungen mit

den Partnerkommunen zur Projektteilnahme hatten stattgefunden.

Angesichts der Zusammensetzung der vertretenen Kommunen war der Austausch zwischen solchen mit langjährigen Partnerschaftsbeziehungen und denen, die gerade neue Klimapartnerschaften begründeten, von besonderem Interesse. Aspekte wie die Verankerung der Partnerschaft innerhalb der eigenen Kommune, die Kommunikation mit der Partnerkommune sowie Möglichkeiten der Formalisierung der Partnerschaft wurden besprochen.

3.3.2 2. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen

Während des zweiten Netzwerktreffens der deutschen Kommunen, das am 30. September und 1. Oktober 2014 in Bad Breisig stattfand, standen die in den vorausgegangenen Monaten durchgeführten Expertenentsendungen im Mittelpunkt. In einer offenen Diskussionsrunde konnten sich die Teilnehmenden über Erfahrungen, Höhepunkte und Herausforderungen der Entsendungen austauschen. In einer anschließenden Arbeitsgruppenphase tauschten sich die Teilnehmenden detaillierter über ihre Herangehensweisen bei der Etablierung der Arbeitsstrukturen sowie der gemeinsam mit den Partnern durchgeführten Bestandsaufnahme aus. Hierbei war der Austausch zu Herangehensweisen bei der Ansprache der Öffentlichkeit und zum Motivieren möglicher Akteure für die Steuerungsgruppe besonders relevant.



Abbildung 10: Gruppenarbeit beim 2. Netzwerktreffen (Foto: SKEW)

In einer zweiten Gruppenarbeit diskutierten die kommunalen Akteure gemeinsam die nächsten Schritte ihrer

jeweiligen Klimapartnerschaft auf dem Weg zum Handlungsprogramm. Nachdem die grundlegenden Arbeitsstrukturen auf beiden Seiten etabliert worden waren, stand nun die Festlegung der eigentlichen Schwerpunktthemen der Klimapartnerschaft sowie der rahmengebenden Leitlinien im Mittelpunkt. Bei einigen Partnerschaften wurde auch schon eine weitere Konkretisierung vorgenommen, sodass die ersten Elemente des Handlungsprogrammes in Form von Leitzielen und Zielen, bereits mit den Partnern erörtert wurden.

Ein Themenblock des Netzwerktreffens widmete sich der Förderung des Engagements junger Menschen in der Partnerschaftsarbeit. Anne Klanke, Mitarbeiterin der SKEW, stellte das Programm ASA-Kommunal vor. Es bietet jungen Menschen zwischen 21 und 30 Jahren die Möglichkeit für einige Monate in einem Projekt von Kommunen oder Städtepartnerschaften mitzuarbeiten. Kommunen können dazu einmal jährlich Projektvorschläge einreichen. Dabei besteht die Wahl zwischen einem Basis-Programm, bei dem zwei Teilnehmende aus Deutschland ein Praktikum in der Partnerkommune im Globalen Süden absolvieren und dem Süd-Nord-Programm, welches einen wechselseitigen Austausch von Teilnehmenden aus beiden Partnerkommunen ermöglicht. Ein Angebot für Schulen wurde von Julia Hämer, Mitarbeiterin der LAG 21 NRW, dargestellt. Das bildungspolitische Planspiel „Südsicht“ ist ein flankierendes Angebot des Klimapartnerschaftsprojektes für Kommunen und Schulen in Deutschland. Ziel ist es, Jugendliche für die Folgen des Klimawandels im Globalen Süden zu sensibilisieren und sie mit parlamentarischen Entscheidungsprozessen zu konfrontieren. Die Jugendlichen simulieren dabei einen Entscheidungsfindungsprozess zu Klimaanpassungsmaßnahmen in einer Kommune des Globalen Südens.

Zusätzliche Anregungen zur Projektvorbereitung und -planung erhielten die Teilnehmenden am zweiten Tag des Netzwerktreffens. Von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus erörterte Willington Ortiz vom Wuppertal Institut die Wirksamkeit von Projekten zur Förderung erneuerbarer Energien in Ländern des Globalen Südens. Er bezog sich dabei auf eine kürzlich veröffentlichte Studie des Projektes WISIONS und erörterte Kriterien, die bei einer Evaluation derartiger Projekte Berücksichtigung finden. Dabei sei neben Effizienz und Effektivität besonders der Aspekt der

Bedarfsorientierung zu berücksichtigen. René Langheinrich gab einen Einblick in die praktische Arbeit von Ingenieure ohne Grenzen e. V. Er beschrieb den in seiner Organisation angewandten Projektzyklus. Dabei steht am Beginn eines jeden Projektes eine Erkundungsreise, um die Bedarfsorientierung sicherzustellen und lokal angepasste technische Lösungen zu entwickeln. Beide Vortragenden sprachen sich dafür aus, bei Partnerschaftsprojekten stets auch ein Monitoring und eine anschließende Evaluation der mit dem Projekt intendierten Ziele vorzusehen.

3.3.3 3. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen

Das dritte Netzwerktreffen der deutschen Kommunen am 12. und 13. März 2015 in Bonn sah ebenfalls einen intensiven Austausch über die Arbeit an den gemeinsamen Handlungsprogrammen vor. Der Großteil der beteiligten Kommunen hatte in der Zwischenzeit einen zweiten Fachexpertenaustausch durchgeführt. Die Beteiligten berichteten nun von den Fortschritten ihrer Klimapartnerschaften. In drei Arbeitsgruppen wurde der Austausch zu der konkreten Arbeit an den Handlungsprogrammen weiter vertieft. Auf Grundlage der Bestandsaufnahme hatten alle Klimapartnerschaften zu diesem Zeitpunkt bereits Schwerpunktthemen für die Handlungsprogramme vereinbart und diesen Ideen für konkrete Projekte zugeordnet. In der Gruppenarbeit wurden auch Schwierigkeiten bei der weiteren Konkretisierung der Projektideen besprochen und mögliche Lösungsansätze entwickelt.



Abbildung 11: Intensiver Austausch zu den Handlungsprogrammen (Foto: SKEW)

Die Arbeitsstrukturen der Klimapartnerschaften sehen eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Akteuren der kommunalen Politik und Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor. Für die kommunalen Klimapartnerschaften bildet dies insofern eine Herausforderung, als es zunächst gilt, ein gemeinsames Verständnis von Zivilgesellschaft und ihrer Einbindung in kommunale Prozesse zu entwickeln. Das Netzwerktreffen widmete diesem Aspekt eine gesonderte Einheit, in der Dr. Médard Kabanda die Historie und das Verständnis des Konzepts Zivilgesellschaft im afrikanischen Kontext beleuchtete und mit den Teilnehmenden grundsätzliche Unterschiede zum Verständnis in Deutschland reflektierte.



Abbildung 12: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Netzwerktreffens (Foto: SKEW)

Darüber hinaus widmete sich das Netzwerktreffen ausführlich den Perspektiven zur Umsetzung von Projekten aus den Handlungsprogrammen. In methodischer Hinsicht wurde den Teilnehmenden das Prinzip der wirkungsorientierten Planung von Entwicklungsprojekten nahegebracht, welches insbesondere für die Antragsstellung bei entwicklungspolitischen Gebern relevant ist. In einer Gruppenarbeit wandten die Teilnehmenden diese Systematik exemplarisch an einer Projektidee aus ihrem eigenen Handlungsprogramm an. Die Finanzierung von Partnerschaftsprojekten wurde in einem gesonderten Themenblock behandelt. Vorgestellt wurden der Finanzierungsratgeber der SKEW, das Beratungsangebot von Bengo zur Antragstellung bei der Europäischen Union, die SKEW-Finanzierungsmöglichkeiten „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) sowie das aus Sondermitteln des BMZ finanzierte „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und

Klimaanpassungsprojekte“. Zusätzlich lernten die Teilnehmenden den „Senior Experten Service (SES)“ kennen, der eine gute Möglichkeit zu einer zeitlich begrenzten Beratung der Partnerkommunen durch einen erfahrenen Experten ermöglicht.

3.3.4 4. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen

Zum vierten Netzwerktreffen trafen sich die deutschen Kommunen am 8. und 9. Juli 2015 in Dortmund. Zu diesem Zeitpunkt lagen von allen Klimapartnerschaften bereits erste Entwürfe der gemeinsamen Handlungsprogramme vor. Diese wurden nun den Akteuren der anderen Partnerschaften vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Dabei zeigte sich ein schon sehr fortgeschrittener Stand der Planungen, der sich teilweise in ausformulierten Projektideen widerspiegelte. Im gegenseitigen Feedback zu den Handlungsprogramm-entwürfen wurden verschiedene Aspekte hinterfragt: Werden im Handlungsprogramm auch Aktivitäten in der eigenen Kommune berücksichtigt? Orientieren sich die geplanten Maßnahmen am Bedarf der Zielgruppen? Welche Informationen fehlen noch für die detaillierte Planung der einzelnen Projekte? Ist der angestrebte Zeitplan zur Umsetzung realistisch? Welche Akteure könnten an der Projektumsetzung beteiligt werden?

Aus der Diskussion ergaben sich so weitere Arbeitsaufträge für die Finalisierung der Handlungsprogramme.

Eine Besonderheit des Projektes liegt darin, dass gemeinsame Handlungsprogramme entwickelt werden, d. h. es werden Maßnahmen in beiden beteiligten Kommunen identifiziert und zusammen umgesetzt. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage in den beiden an einer Partnerschaft beteiligten Kommunen wird die Formulierung von Maßnahmen in den deutschen Kommunen dabei häufig als Herausforderung empfunden. Das Netzwerktreffen griff diesen Aspekt in einer Gruppenarbeit auf, in der die Teilnehmenden eine Ideensammlung erstellten und ihre bisherige Vorgehensweise erläuterten. Dabei kristallisierten sich unterschiedliche Ansätze heraus. Die Klimapartnerschaft München – Kapstadt hatte einzelne besonders innovative Projektansätze in beiden Städten identifiziert und plante nun den weiteren Austausch und die gemeinsamen Aktivitäten auf diese konzentrieren. Die Stadt Rastatt hatte mit ihren Partnern in St. Louis,

Senegal, gemeinsame Oberthemen festgelegt und für jedes Thema unterschiedliche Aktivitäten in beiden Kommunen identifiziert. Andere Kommunen gingen von ihren eigenen Zielsetzungen aus, die zum Beispiel in den kommunalen Klimaschutzkonzepten verankert sind, und verglichen diese mit den Zielsetzungen innerhalb der Partnerkommune, um so Potenziale für die Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Klimagerechtigkeitsaspekte und die Reflexion von Konsummustern in der eigenen Kommune wurden als weitere Ansatzpunkte genannt.

Das vierte Netzwerktreffen war das letzte vor der Fertigstellung der Handlungsprogramme und dem internationalen Workshop zu ihrer Vorstellung. Aus diesem Grund wurden die anstehende Berichterstattung und die Vorbereitung des Workshops besprochen. Mit dem internationalen Workshop kommt die intensive Zusammenarbeit zwischen SKEW/LAG 21 NRW und den im Projekt beteiligten Kommunen zum Abschluss. Von allen Seiten wurde aber das Interesse geäußert, den Austausch weiter fortzusetzen. Die Teilnehmenden vereinbarten, einmal im Jahr ein Netzwerktreffen zusammen mit den Kommunen aus der Pilotphase durchzuführen und einen jährlichen Newsletter mit Neuigkeiten aus den Klimapartnerschaften einzurichten.

3.3.5 Netzwerktreffen der afrikanischen Kommunen

Das Netzwerktreffen der afrikanischen Kommunen der dritten Projektphase fand vom 3. bis 5. März 2015 in Thiès im Senegal statt und wurde in Zusammenarbeit mit der GIZ Senegal und der Stadt Thiès durchgeführt. Sieben der insgesamt neun afrikanischen Kommunen nahmen an dem Netzwerktreffen teil. Die Teilnehmenden präsentierten den zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschrittenen Stand zur Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme mit ihren deutschen Partnern. Dabei zeigte sich einmal mehr die große Bandbreite an behandelten Themen innerhalb der Klimapartnerschaften, die den Anspruch haben, drängende Herausforderungen mit ihren gebündelten Erfahrungen und Expertisen zu begegnen. Die in den Präsentationen genannte Themenfelder umfassten so beispielsweise Wiederaufforstung, Förderung von Solarenergie, Abfall- und Wassermanagement oder Bildung und Sensibilisierung.



Abbildung 13: Fachexkursion zur Hochebene von Thiès, Senegal
(Foto: Djibril Diop)

Zwei wissenschaftliche Fachvorträge zeigten die Auswirkungen des Klimawandels im Senegal sowie in der Region Westafrika auf. Im Rahmen einer Fachexkursion konnten sich die Akteure von den bereits deutlich spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auf der Hochebene von Thiès in Form von zunehmender Wasserknappheit und damit einhergehender Bodenerosion überzeugen. Gleichzeitig zeigten die Thiès-er Akteure Wege zur Anpassung wie Erosionsschutzmaßnahmen und Wiederaufforstung auf. Weitere Exkursionspunkte waren die Kläranlage und die Mülldeponie der Stadt Thiès. Der Besuch des Unternehmens PROPLAST, welches sich auf das Recycling von Plastikabfällen spezialisiert hat, vermittelte den Teilnehmenden einen Eindruck von der Kombination aus erfolgreichem wirtschaftlichem Handeln und hohem ökologischen Nutzen.



Abbildung 14: Besuch der Kläranlage der Stadt Thiès, Senegal
(Foto: Djibril Diop)

Die Projektverantwortlichen von SKEW und LAG 21 NRW informierten über Möglichkeiten zur Umsetzung der Handlungsprogramme und gingen auch auf die unterschiedlichen Angebote der Engagement Global ein, die auch während der Netzwerktreffen der deutschen Kommunen vorgestellt worden waren. Im Fokus stand dabei die gemeinsame bedarfsorientierte Erarbeitung von Projektanträgen.

3.4 Internationaler Workshop zur Präsentation der Handlungsprogramme

Der internationale Workshop zur Vorstellung der gemeinsam erarbeiteten Handlungsprogramme fand in der Zeit vom 13. bis 15. Oktober 2015 in München statt. Seitens der neun Klimapartnerschaften waren neben den Koordinatoren und Koordinatorinnen, ausgewählten Mitgliedern der Kernteams und Steuerungsgruppen auch zahlreiche Oberbürgermeister und Bürgermeister vertreten.

Der erste Tag des Workshops stand ganz im Zeichen der gemeinsamen Handlungsprogramme. Eine Posterausstellung zeigte Impressionen vom Fachexpertenaustausch innerhalb der einzelnen Klimapartnerschaften und vermittelte einen Überblick über die Schwerpunktthemen. Diese wurden anschließend in vier Fachforen zu den Themen Nutzung Erneuerbarer Energieträger, Energieeffizienz, Aufforstung, Wassermanagement und Umweltbildung vertieft. Botschaftsvertreter, Akteure aus Zivilgesellschaft und Entwicklungszusammenarbeit sowie Vertreterinnen und Vertreter von Klimapartnerschaften anderer Projektphasen nutzten die Gelegenheit, um mit den Akteuren der dritten Projektphase in den Dialog zu treten. Prof. Dr. Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, gab in seinem Fachvortrag einen Überblick über die neuesten Erkenntnisse zum Klimawandel. Den direkten Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen, wie er im Klimapartnerschaftsprojekt praktiziert wird, bezeichnete Fishedick als einen wichtigen Erfolgsfaktor für die beschleunigte Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Ein Empfang der Stadt München bildete den feierlichen Abschluss des ersten Tages.

Die anderen Tage des Workshops nutzten die Vertreterinnen und Vertreter der Klimapartnerschaften, um sich

über die verschiedenen Optionen zur Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit auszutauschen sowie gemeinsam mögliche Impulse für die Umsetzung der Handlungsprogramme zu diskutieren. Inspirationen für die eigene Arbeit in den Bereichen Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels konnten die Akteure auf einer durch die Stadt München organisierten Exkursion zu den Themen Regenwasserbewirtschaftung, Renaturierung und Erneuerbare Energien sammeln.



Abbildung 15: Teilnehmende des Abschlussworkshops bei der Posterausstellung (Foto: Andreas Grasser)

Praktische Erfahrungen einzelner Akteure des Netzwerks standen im Mittelpunkt des dritten Tages. Einzelne Themenpaten aus dem Kreise des Netzwerkes teilten in fünf Arbeitsgruppen ihr Wissen und lieferten neue Impulse für die Arbeit. Dabei zeigte sich einmal mehr die Vielfalt des Fachaustausches. Während in einer Arbeitsgruppe das Modell eines energieeffizienten Ofens die Grundlage für eine Diskussion zum Schutz natürlicher Ressourcen bildete, beschäftigte man sich am Nachbartisch mit den Möglichkeiten zur Einspeisung von erneuerbaren Energien ins Stromnetz. Die Verknüpfung von Partnerschaftsarbeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung stand bei einer weiteren Arbeitsgruppe auf der Agenda. Darüber hinaus reflektierten die Teilnehmenden gemeinsam darüber, inwiefern Frauen und Männer unterschiedlich vom Klimawandel betroffen sind oder Maßnahmen zu Klimaschutz zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden können.

Der Abschlussworkshop markiert für die einzelnen Klimapartnerschaften gleichzeitig den Beginn der Umsetzung der Handlungsprogramme. Die Akteure der einzelnen

Klimapartnerschaften verständigten sich auf einen Fahrplan für die nächsten ein bis zwei Jahre. Besprechungen und Besuche wurden genauso festgehalten wie die geplante Antragstellung zur Förderung von einzelnen Projekten. Die Teilnehmenden einigten sich zudem darauf, den Austausch zu den Fortschritten der einzelnen Klimapartnerschaften auch in Zukunft über einen jährlichen Newsletter sowie ein Netzwerktreffen der beteiligten deutschen Kommunen aufrechtzuerhalten.



Abbildung 16: Teilnehmende diskutieren in Arbeitsgruppen (Foto: Andreas Grasser)

4. Berichte der kommunalen Klimapartnerschaften

In diesem Kapitel werden die einzelnen Klimapartnerschaften mit ihren Charakteristika, Hintergründen, den wichtigsten Schritten zur Erarbeitung der Handlungsprogramme und den zentralen Schwerpunktthemen und Maßnahmen derselben vorgestellt. Die Texte sind von den Akteuren aus den beteiligten Kommunen erstellt worden. Die SKEW und die LAG 21 NRW haben zum Teil Anregungen zu punktuellen Ergänzungen oder Anpassungen gegeben und die Beiträge leicht redaktionell bearbeitet, verantworten aber nicht die Inhalte.

4.1 Geestland – Leribe Distrikt

	Geestland (Deutschland)	Leribe Distrikt (Lesotho)
Einwohnerzahl	30.838	331.117
Fläche	356 km ²	2.828 km ²
Siedlungsdichte	ca. 87 Einwohner/km ²	ca. 117 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Klimazone	Subtropische Steppe
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • höhere Niederschlagsintensität • häufigere Stürme 	<ul style="list-style-type: none"> • starke Schneefälle • starke Regenfälle, die zu Überschwemmungen führen • starke Winde und Tornados • früher Frost • längere, kältere Winter • sehr kurze Sommer • Dürren • weit verbreitete Bodenerosion

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Geestland ist aus der Fusion der ehemaligen Stadt Langen und der ehemaligen Samtgemeinde Bederkesa zum 1. Januar 2015 entstanden. Klimaschutz und Energiesparen sind Maxime der Stadt Geestland. Nicht umsonst nennt sie sich 100 Prozent LED-City. Die komplette Straßenbeleuchtung (ca. 4.700 Leuchtenköpfe) wurde auf LED umgerüstet. Die Stadt Langen hat seinerzeit für diese Umrüstung den GreenLight Award der Europäischen Kommission gewonnen. Nun soll bei rund 90 Prozent der Straßenbeleuchtung eine Steuerung eingebaut und ein Energiepark

gebaut werden, der u. a. die Straßenbeleuchtung mit Strom versorgen wird.

Die Entscheidung, eine Klimapartnerschaft mit dem Leribe Distrikt in Lesotho anzustreben, ist in den Verbindungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Kommunen begründet: Über die Lesotho-Gruppe der St.-Petri-Kirche in Langen bestehen schon seit vielen Jahren sehr gute Kontakte zu Lesotho, einem Land das vollständig von Südafrika umgeben ist. Darüber hinaus gibt es bereits Schulpartnerschaften zwischen Schulen aus der Ortschaft

Langen und Schulen im Leribe Distrikt. Geestland ist sich der globalen Verantwortung bewusst. Nachhaltig für die Zukunft handeln, ist eines der Top-Themen der Stadt Geestland. Aus diesem Grunde arbeitet sie stetig an der Entwicklung energieeffizienter Maßnahmen und Projekte. Außerdem ist die Stadt Geestland auch Fair-Trade-Stadt.

Leribe ist ein Distrikt im Nordosten von Lesotho und steht unter der Leitung eines Landrates. Der Distrikt ist unterteilt in 13 Wahlkreise, 15 Gemeinderäte und zwei Bezirke, die von zwei Principal Chiefs geleitet werden. Die beiden Bezirke sind Leribe und Tsikoane mit den zwei Städten Hlotse und Maputsoe, die Stadträte haben. Landschaftlich ist Leribe durch Hoch- und Flachland sowie Täler und Flüsse geprägt. Die Kreisverwaltung hat ohne Zögern den Vorschlag der ehemaligen Stadt Langen für eine Kommunale Klimapartnerschaft aufgegriffen. Der Kreis steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen wie Abholzung, Wasserverschmutzung aufgrund des nicht vorhandenen Abfallmanagements sowie Bodenerosion, verursacht durch den Rückgang der Vegetation, die starken Regenfälle und die starken Winde. Der Leribe Distrikt ist langsam wieder auf dem Weg der Wiederbegrünung, der Entwicklung von alternativen Kochmethoden, die die Rauch- und Abgasentwicklung reduzieren und die Abholzung der Bäume komplett beenden sollen.

Der Klimawandel macht sich im Leribe Distrikt durch strengere Winter als bisher bemerkbar. Auch die anderen Jahreszeiten haben sich geändert. Auf diese neue Situation muss sich der Distrikt einstellen und seinen Bürgern die Umstellung verständlich machen. Da in der Stadt Geestland mehr Wissen über die Ursachen und Effekte des Klimawandels und der Klimaanpassung vorhanden ist, erhofft sich die Verwaltung Leribes, viel durch den Austausch von Fachwissen zu lernen und umsetzen zu können. Im Leribe Distrikt gab es früher das beste Ackerbauland von Lesotho. Unsere Partnerschaft soll damit auch die Sicherung der Lebensgrundlagen der gesamten Bevölkerung, die großenteils von Ackerbau und Tierhaltung lebt, zum Ziel haben.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Der Austausch zwischen den Partnerkommunen erfolgte im Rahmen des Auftaktworkshops, dreier Entsendungen und in zahlreichen E-Mail-Konversationen. Bei den gegenseitigen Besuchen gab es keine Berührungängste oder Hemmnisse. Alle Besprechungen, auch mit den jeweiligen Fachleuten, fanden in freundschaftlicher und konstruktiver Atmosphäre auf Augenhöhe statt.

In beiden Kommunen wurden Steuerungsgruppen und Kernteams mit Personen aus Verwaltung, Politik, Unternehmerschaft, Zivilgesellschaften, staatlichen Institutionen und Behörden sowie sehr engagierten Privatpersonen gebildet. Für die Erarbeitung des Handlungsprogrammes aber war es wichtig, dass sich die Partner zunächst gegenseitig vor Ort ein Bild von den klimatischen Verhältnissen und den Lebensgewohnheiten der Menschen machen konnten. Mit Hilfe der beim Auftaktworkshop bereits angefertigten VENN-Diagramme und Bestandsaufnahmen in beiden Kommunen u. a. hinsichtlich der Herausforderungen, Potenziale, Auswirkungen und betroffenen Menschen konnten sich die Partner konkrete Einsichten vermitteln.



Abbildung 17: Besuch beim Deputy Minister of Local Government and Chieftainship in Maseru (Foto: Stadt Geestland)

Bei einem Workshop im Rathaus Langen – durchgeführt mit freundlicher Unterstützung der SKEW und LAG 21 NRW – wurden die administrativen und politischen Unterschiede zwischen Geestland und dem Leribe Distrikt aufgezeigt. Kurze Entscheidungswege gibt es beim südlichen Partner kaum. Es gibt auf der einen Seite das traditionelle System (Chiefs) und gleichzeitig eine Stadtverwaltung mit

gewählten Ratsmitgliedern. 2016 soll in Lesotho aber eine Dezentralisierungsreform durchgeführt werden, sodass den Distrikten mehr Entscheidungsbefugnis und Verantwortung übertragen wird. Der zentralistisch-hierarchische Aufbau der staatlichen Verwaltung soll überwunden und die politischen Entscheidungsprozesse dort angesiedelt werden, wo die zu lösenden Probleme auftreten. Die Distrikte werden somit zukünftig auch finanziell besser ausgestattet.

Bei den Entsendungen kristallisierten sich drei Themenschwerpunkte heraus: Bodenerosion und Wassermanagement, Wiederaufforstung sowie Abfallmanagement. Für beide Kommunen ist es vordringlich, dass in der Bevölkerung eine Bewusstseinsbildung bezüglich Klimaschutz, Klimaanpassung und Klimawandel erfolgt. So sollen u. a. weitere Schulpartnerschaften initiiert werden, damit auch die Generationen erreicht werden, die die Folgen des Klimawandels verstärkt zu tragen haben. Im Rahmen der Klimapartnerschaft konnte in Geestland das Projekt Planspiel Südsicht der LAG 21 NRW in Anspruch genommen werden – ein klimapolitischer Perspektivwechsel für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse. Ein Gymnasium in Geestland wird dieses Planspiel zukünftig selbstständig fortsetzen.

Durch die Entsendungen und Netzwerktreffen wurde mit weiteren Organisationen und Vereinen (z. B. Ingenieure ohne Grenzen e. V.) Kontakt aufgenommen, mit denen an der Umsetzung des Handlungsprogramms zusammengearbeitet werden kann. Der Kontakt zu Fachleuten und das Kennenlernen von Arbeitsstrukturen vor Ort sind weitere wichtige Voraussetzungen für eine Umsetzung des Projektes und für eine gute, vertrauensvolle, gemeinschaftliche Zusammenarbeit.



Abbildung 18: Finalisierung des Handlungsprogramms in Leribe (Foto: Stadt Geestland)

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das Hauptanliegen unseres Handlungsprogramms ist es, gemeinsam die Anpassung an die Folgen des Klimawandels voranzubringen und die Menschen vor Ort dafür zu sensibilisieren. Der Leribe Distrikt und Geestland haben sich auf folgende Haupthandlungsfelder, die alle miteinander im Zusammenhang stehen, geeinigt:

- I. Abfallmanagement, um die Sauberkeit und Hygiene im Leribe Distrikt zu verbessern und eine qualifizierte Abfallwirtschaft unter Einbeziehung der Behörden und der Bevölkerung
- II. Wiederaufforstung mit dem Ziel der Wiederbegrünung des Distriktes mit einheimischen Bäumen, Pflanzen und Gräsern
- III. Bodenerosion eindämmen und Wassermanagement verbessern im Leribe
- IV. Anlegen von Streuobstwiesen an Schulen im Leribe Distrikt und Geestland mit dem Hintergrund der Umweltbildung und Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit frischem Obst
- V. Bewusstseinsbildung der Bevölkerung im Leribe Distrikt und Geestland stärken

I. Abfallmanagement

In der Stadt Leribe ist kein ausreichendes Abfallmanagement vorhanden. Es stehen zwar Müllboxen an den öffentlichen Straßen, diese werden aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel der Distriktverwaltung nur unregelmäßig geleert. Daher sammelt sich dort verstärkt Müll. Die Müllabfuhr wird

an private Unternehmen vergeben. Die Haushalte verfügen nicht über Mülltonnen, deshalb verbrennen die Menschen ihren Müll. Die vorhandenen Mülldeponien stehen unter keinem vernünftigen Management. Teilweise liegen die Müllplätze an Flüssen, was erhöhte Krankheitsrisiken mit sich bringt. Häufige starke Winde verbreiten die leichten Stoffe von den Deponien in der Landschaft. Mittels gemeinschaftlicher Reinigungsaktionen wird nun das Bewusstsein der Bevölkerung für eine saubere Umwelt und zum Schutz vor Krankheiten gestärkt. Parallel dazu wird nach einem geeigneten Deponie-Standort unter Berücksichtigung des Umweltschutzes gesucht. Im Gegenzug soll in der Stadt Geestland im Monat ein plastikfreier Tag eingeführt werden. Die Bevölkerung von Geestland soll dazu angeregt werden, an diesem Tag keine Plastiktüten zu benutzen und die Einzelhändler vor Ort werden gebeten, keine Plastiktüten zu auszugeben.

II. Wiederaufforstung

Die Wiederbegrünung des Leribe Distrikts wird Priorität genießen. Die Rodung der zum Schutz vor Erosion gepflanzten Bäume ist die Hauptursache der zunehmenden Wüstenbildung im Distrikt. Die Konsequenzen daraus sind Wassermangel und Bodenerosion. Obstbäume, einheimische Bäume und Sträucher sowie Gräser sollen insbesondere wieder in den Bergregionen angepflanzt werden. Hier befinden sich die nötigen und schützenswerten Feuchtgebiete. Die nicht originär heimischen Bäume – vor allem Eukalyptusbäume – werden im Zuge der Wiederbegrünung bereits gefällt. Die Stadt Geestland wird u. a. mit Spendenaktionen „A Tree for Leribe“ Gelder für entsprechende heimische Neuanpflanzungen akquirieren.

III. Bodenerosion und Wassermanagement

Die Bodenerosion ist überall im Land sichtbar. Abholzung, Überweidung, Beweidung der Böschungsrandbepflanzung und dem Klima nicht optimal angepasste landwirtschaftliche Praktiken sind die Hauptursachen der Erosion. Maisanbau, der im Leribe Distrikt vorrangig betrieben wird, gilt als eine der erosionsfördernden Anbauarten überhaupt. Weitere Probleme bestehen in der technisch noch nicht komplett ausgereiften Herstellung und Unterhaltung der Entwässerungsanlagen. Es sollen Veranstaltungen mit der Bevölkerung, den Landwirten und den entsprechenden staatlichen und nichtstaatlichen Stellen erfolgen. Zudem

soll ein Musterprojekt an besonders großen Erosionsgräben mit geeigneter Bepflanzung (tief wurzelndes Gras, schnell wachsende einheimische Bäume oder Sträucher) und baulichen Maßnahmen unter Einbeziehung der zuvor genannten Akteure umgesetzt werden. Ziel ist es, die Fließgeschwindigkeit des Niederschlagswassers zu mindern, es aufzufangen und zu nutzen. Gute Ansätze existieren bereits.



Abbildung 19: Besichtigung eines Erosionsgrabens
(Foto: Stadt Geestland)

IV. Anlegen von Streuobstwiesen an Schulen

Das Anlegen von Streuobstwiesen hat neben dem Klimaschutzaspekt noch weitere Vorteile. Die Schulkinder leisten einen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz, die Akzeptanz für heimische Produkte durch Pflege und Ernte wird gestärkt. Im Leribe Distrikt wird zusätzlich die Bodenerosion durch das Pflanzen der Bäume gemindert und die Schülerinnen und Schüler werden mit frischem Obst versorgt. Die bereits bestehenden Partnerschaften zwischen Schulen im Leribe Distrikt und Geestland sind eine gute Basis, die ausgebaut werden soll. 2015 soll mit dem Anlegen der Streuobstwiesen begonnen werden.

V. Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung

Um den Erfolg der geplanten Handlungsfelder sicherzustellen, ist es wichtig, die Bevölkerung in Geestland und im Leribe Distrikt durch Workshops, Ausstellungen, Informationsabende, Kampagnen und Unterrichtseinheiten für den Schutz der Umwelt und des Klimas zu sensibilisieren. Die kommenden Generationen haben die Folgen des Klimawandels verstärkt zu tragen, daher müssen Kinder verstärkt einbezogen werden. Mit entsprechenden Kampagnen wird noch 2015 begonnen.

4.2 Horb am Neckar – Belo

	Horb am Neckar (Deutschland)	Belo (Kamerun)
Einwohnerzahl	24.500	ca. 80.000
Fläche	120 km ²	346 km ²
Siedlungsdichte	204 Einwohner/km ²	231 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Tropische Zone
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme von extremen Niederschlägen mit Hagel und Regen verursachen Überflutungsschäden und überlasten die örtliche Kanalisation • Länger anhaltende Trockenzeiten im Frühjahr und Sommer • Ernteauffälle aufgrund von anhaltender Trockenheit • Rückgang der Energiegewinnung der örtlichen Flusskraftwerke durch geringere Abflussmengen 	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Durchschnittstemperaturen • Austrocknung von Oberflächengewässern • Abnahme der Fließgeschwindigkeiten von Flüssen • Verlust ästhetischer Schönheit der städtischen Umwelt • Verschiebung von Trocken- und Regenzeit •

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Horb am Neckar hat sich im Herbst 2010 im Rahmen eines Wettbewerbes des Landes Baden-Württemberg auf den Weg gemacht, um bis im Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Hierzu wurde ein integriertes Klimaschutzkonzept zusammen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie regionalen Institutionen erstellt. Während einer der bisher drei Horber Klimaschutzkonferenzen wurde vom Thementisch „Bewusstseinsbildung“ das Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ aufgegriffen und mit der Kommune Belo in Kamerun eine Partnerkommune mit ähnlichen Strukturen gefunden.

Beide Kommunen sind ländlich und stark dezentral strukturiert. Die Stadt Horb setzt sich aus einer Kernstadt und 17 weiteren Stadtteilen zusammen. Belo, innerhalb von Boyo Division in der North West Region von Kamerun gelegen, ist eine relativ junge Kommune und wurde in ihrer heutigen Form erst im Jahr 1993 in einer Verwaltungseinheit zusammengeführt. Zu Belo gehören insgesamt 29 Teilorte und ebenso wie in Horb sind Waldgebiete und landwirtschaftliche Flächen, die sich über mehrere Täler erstrecken, prägend für die Region.

Für die Land- und Forstwirtschaft bringt der Klimawandel in beiden Kommunen neue Herausforderungen mit sich, auch wenn sich dies in unterschiedlicher Weise abzeichnet.

Aus diesem Grund haben die beiden Städte Belo und Horb ihre Klimapartnerschaft offiziell mit der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding im März 2014 gegründet und vereinbart, sich den Herausforderungen des Klimaschutzes und der Anpassungen an den Klimawandel gemeinsam zu stellen und sich partnerschaftlich hierbei gegenseitig zu unterstützen. Ein gemeinsames Handlungsprogramm sieht eine Zusammenarbeit vor allem in den Themenfeldern der Bewusstseinsbildung, der nachhaltigen Trinkwasserversorgung und Waldbewirtschaftung sowie der Energieerzeugung aus regenerativen Erzeugungsanlagen vor.



Abbildung 20: Unterzeichnung der Memoranda of Understanding zwischen der SKEW und den jeweiligen Stadtspitzen Belos und Horbs (Foto: Stephen Williams)

Die immer unregelmäßiger einsetzenden Regenzeiten in der bergigen Region um Belo bringen zunehmend Probleme für die Landwirtschaft mit sich, was bereits zu erheblichen Ernteaussfällen geführt hat. Die zunehmende Bodenerosion ist ein weiteres Thema, das ebenfalls mit dem Klimawandel im Zusammenhang steht.

Auch im Horber Stadtgebiet zeichnet sich eine Klimaänderung ab. Langanhaltende Trockenperioden, die teilweise bereits im Frühjahr einsetzen und ebenso zu Ernteaussfällen führen, aber auch den Wald in seiner jetzigen Struktur stark gefährden, sind Indikatoren dieser Veränderung. Deshalb möchte vor allem auch die Stadt Horb durch den Einsatz von regenerativen Energien, höherer Energieeffizienz und Einsparungen im Energieverbrauch hier einen lokalen Beitrag zum Klimaschutz durch Kohlendioxid-Minderung leisten. Über die Klimapartnerschaft soll vor allem das Bewusstsein in beiden Partnerstädten dafür geschärft

werden, dass der Klimawandel viele Ursachen hat, keine Grenzen kennt und ein lokales Handeln in allen Teilen der Welt erforderlich macht.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Im Frühjahr 2014 trafen sich Vertreter beider Partnerkommunen erstmals im Rahmen des internationalen Auftaktworkshops der 3. Projektphase des Programms „50 kommunale Klimapartnerschaften“ in Kapstadt, um mögliche Kernthemen und lokale Akteure, die in diesem Projekt mitwirken können gegenseitig zu benennen. Bei einem anschließenden ersten Austausch in Horb im Sommer 2014 mit dem Bürgermeister von Belo, dem verantwortlichen Koordinator des Projektes in Belo sowie einem Vertreter der zivilen Organisation RUDEC wurden Bereiche der Energieversorgung, der Trinkwassersicherung und des Klima- und Umweltschutzes anhand praktischer Beispiele näher betrachtet. Bei diesem ersten Austausch standen vor allem der persönliche Kontakt und das gegenseitige Kennenlernen mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern und den lokalen Institutionen in Horb im Mittelpunkt. In einem weiteren Workshop während dieses Austausches wurden aber auch die wesentlichen Themenfelder für mögliche Handlungsprogramme konkreter herausgearbeitet. Diese Kernthemen konnten dann im Herbst 2014, in dem eine Delegation aus Horb nach Belo reiste, vertieft werden. Neben dem Oberbürgermeister von Horb nahmen der Projektkoordinator an diesem Austausch sowie ein Vertreter der Ökumenischen Energiegenossenschaft teil. Gemeinsam mit dem Lenkungskreis von Belo fanden mehrere Treffen statt, um die Oberziele der Klimapartnerschaft zu definieren, dazu konkrete Maßnahmen zu benennen und das Handlungsprogramm zu entwickeln. Besonderes Augenmerk für künftige gemeinsame Projekte wurde auf lokale Faktoren gelegt, die zu berücksichtigen sind und von den Teilnehmern erläutert und diskutiert wurden.

Im Lenkungskreis von Belo nahmen neben den Vertretern der örtlichen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen auch Vertreter der Regierungsbehörden teil. Speziell im Bereich der Energieversorgung, aber auch bei der Forstwirtschaft, sind gesetzliche Vorgaben innerhalb des Handlungsprogramms zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde ist man übereingekommen, in einem

ersten Pilotprojekt zunächst eine Wiederaufforstungsmaßnahme auf einer kommunalen Fläche durchzuführen, unter Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung und begleitenden bewusstseinsbildenden Maßnahmen.



Abbildung 21: Entsendung in Belo (Foto: Stadt Horb am Neckar)

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das gemeinsame Handlungsprogramm der Klimapartnerschaft Belo – Horb sieht Aktivitäten in vier unterschiedlichen Themenbereichen vor. Der räumliche Schwerpunkt der Umsetzung von Maßnahmen wird dabei in Belo liegen, da dort die mit dem Klimawandel einhergehenden Herausforderungen auf eine hohe Vulnerabilität treffen und so einen dringenden Handlungsbedarf hervorbringen. Horb wird die Aktivitäten des gemeinsamen Handlungsprogramms mit dem beschlossenen integrierten kommunalen Klimaschutzkonzept synchronisieren und insbesondere im Bereich Bewusstseinsbildung auf die Unterstützung der Partner bauen.

Das erste Handlungsfeld sieht eine flächendeckende, günstige Energieversorgung mit regenerativer Energie vor. Dabei sollen sich die Partnerstädte gegenseitig unterstützen und sich intensiv über die einzelnen Maßnahmen austauschen. Vorgesehen ist, zunächst fünf kommunale Gebäude in den verschiedenen unterversorgten Stadtteilen von Belo mit Photovoltaikanlagen auszurüsten und für Wartung und den Betrieb entsprechendes Personal auszubilden. Die Sicherung und der Ausbau der Trinkwasserversorgung sind ein weiteres Oberziel aus dem Handlungsprogramm. Die vorhandenen Quelfassungen sollen gesichert und neue zur Versorgung der einzelnen Ortschaften mit einem Leitungssystem ausgestattet werden. Für die Überwachung und

Pflege dieser Trinkwasserversorgungseinrichtungen sind Wasserwärter auszubilden und lokale Ausschüsse für diese Einrichtungen zu bilden.

Ein wesentliches Oberziel des gemeinsamen Handlungsprogramms bildet der Umweltschutz mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft. Dafür ist bei steigender Bevölkerungszahl eine Balance zwischen der notwendigen Feuer- und Bauholzentnahmehöhe aus den regionalen Wäldern und dem natürlichen Holzzuwachs herzustellen. Wesentlicher Erfolgsfaktor für dieses Ziel ist ein gesteigertes Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung für dieses Ziel. Speziell die Sicherung des Waldbestandes soll auch der Grundstock für eine langfristige Sicherung der Trinkwasservorkommen sein. Die Quelfassungen sollen zudem mit standortgerechten Bäumen besser geschützt werden. Das vierte Oberziel umfasst eine umweltfreundliche Abfallwirtschaft mit einem möglichst hohen Recycling-Anteil der gesammelten Wertstoffe. Belo sammelt die Abfälle bisher nur. Es fehlt auch an einem geeigneten Standort für eine Deponie, bei der auch das Thema Recycling von Wertstoffen angesiedelt werden kann. Innerhalb des gemeinsamen Handlungsprogramms soll hier ein geeigneter Standort gefunden werden. Integraler Bestandteil der Abfallwirtschaft muss auch die Vermeidung von Abfällen sein.



Abbildung 22: Abfallentsorgung in Belo (Foto: Stadt Horb am Neckar)

Während der verschiedenen Arbeitstreffen waren sich die Beteiligten einig, dass die Bewusstseinsbildung bei allen der genannten Ziele einen wesentlichen Platz einnehmen muss und als Querschnittsaufgabe bei allen Maßnahmen mit zu berücksichtigen ist, um ein Gleichgewicht zwischen

ökologischer Nachhaltigkeit und der Entwicklung der Bevölkerung mit einem guten Lebensstandard zu ermöglichen.

4.3 Ludwigsburg – Kongoussi

	Ludwigsburg (Deutschland)	Kongoussi (Burkina Faso)
Einwohnerzahl	91.920 (Stand: Juli 2015)	70.840
Fläche	43,33 km ²	799 km ²
Siedlungsdichte	2.122 Einwohner/km ² (Stand: Juli 2015)	89 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Subtropisches Klima, Sudan-Sahel-Zone
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Immer wieder höhere Temperaturfolgen: im Durchschnitt heißere Sommer, wärmere Winter • Vermehrt Starkregen, Hagel und Stürme • Einwanderung von Wärme liebenden Insekten und Kleintieren (nicht nur Nutztiere) 	<p>Gesundheit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Sterblichkeitsrate aufgrund der Hitze; • Schwankungen bei der saisonalen Verteilung und Übertragung von vektorübertragenen Krankheiten (Masern, Röteln, Malaria, Meningitis); • Anhaltende Unterernährung; • Anstieg der durch Wasser übertragenen Krankheiten; • Auftreten neuer Krankheiten. <p>Wasserressourcen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verunreinigung des Süßwassers (Bohrungen, Brunnen); • Verringerung und Beeinträchtigung der Ressource (Grundwasser, Seen); • Anstieg des Wasserbedarfs als Trinkwasser, zur Bewässerung, für den Bau; • Versandung und Austrocknen des Bamsees. <p>Landwirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sinkende Bodenfruchtbarkeit; • Rückgang der anbaufähigen Böden; • Sinken der landwirtschaftlichen Erträge; • Änderung der Arten, der Orte und der Intensität von mit dem Pflanzenanbau verbundenen Schädlingen und Krankheiten. • Rückgang der Weideflächen; • Sinken der Viehfütterung; • Produktivitätsrückgang in der Tierproduktion (Fleisch, Milch). Ausbreitung von Tierseuchen; • Sterblichkeitsrate der Tiere

		<p>Umwelt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Änderung der Lage von optimalen Wachstumszonen für bestimmte Arten; • Aussterben mancher Pflanzen- und Tierarten; • Änderungen des Typs, des Orts oder der Intensität von Epidemien oder Schädlingsbefall; • Änderungen der Funktionsweisen von Ökosystemen; • Aufeinanderfolgende Überschwemmungen und Dürren.
--	--	--

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Ludwigsburg, 92.000 Einwohner, Große Kreisstadt in Baden-Württemberg, wurde 2015 mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Davor waren es der 2. Preis beim Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ sowie der „energy award in Gold“. Preise, die zeigen: Ludwigsburg übernimmt Verantwortung und leistet entscheidende Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung. Grundlage ist das Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“, mit dem sich Ludwigsburg mit breiter Beteiligung von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung auf den Weg zu einer nachhaltigen Stadt gemacht und ein Zukunftsprogramm erarbeitet hat, das ständig weiterentwickelt wird.

Das ist auch der Grund, warum sich Ludwigsburg seit bald zehn Jahren in Burkina Faso engagiert – ein Beitrag im Sinne gemeinsam getragener Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Als Fair-Trade-Stadt liegt es auf der Hand, eigenes Wissen und Erfahrungen mit anderen zu teilen: Ludwigsburg und Montbéliard, die ersten deutsch-französischen Partnerstädte in Europa, initiieren gemeinsam mit Kongoussi, Burkina Faso, seit 2006 verschiedenste Projekte.

Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder der Welt. Ein Großteil der Wertschöpfung aus Landwirtschaft, Viehzucht und Energie hängt unmittelbar von natürlichen Ressourcen ab. Die Analphabetenquote liegt bei über 70 Prozent. Zu wenig und zu schlechtes Wasser sowie eine prekäre Ernährungs- und Gesundheitssituation sind die größten Herausforderungen für die Bevölkerung.

Kongoussi und die dazugehörigen 58 Dörfer liegen in der Region Centre-Nord in der Provinz Bam. Dort leben etwa

71.000 Menschen, die Bevölkerungszahl steigt explosionsartig an. Das Bevölkerungswachstum in Burkina Faso beträgt ca. drei Prozent, Es wird eine Verdopplung der Bevölkerung in 25 Jahren prognostiziert. Heute schon ist fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung jünger als 15 Jahre alt.

Mit Ludwigsburger Spendengeldern wurde 2007 eine dreiklassige Grundschule errichtet. Montbéliard hat Gemüsebauprojekte mit Bewässerungsanlagen für 160 Frauen aufgebaut. 2012 wurde ein berufliches Schulzentrum für Zweirad- und Pumpenmechaniker eröffnet, welches aus Spenden des Ludwigsburger Förderkreises Burkina Faso finanziert wurde. 2013 entstand in dieser Schule auf Privatinitiative ein Nähatelier.



Abbildung 23: Bewässerungssystem in Kongoussi (Foto: Stadt Ludwigsburg)

2014 haben Kongoussi und Ludwigsburg begonnen, mit einer Klimapartnerschaft die Projektzusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu etablieren. Mehr als alles andere stellen Klimaveränderungen in Burkina Faso eine

schwerwiegende Bedrohung dar. Das meint: großer Wassermangel und massiver Rückgang der Ernteerträge (aktuell bis zu 40 Prozent), Verlust des Viehbestandes sowie Versandung natürlicher Wasserflächen. In Kongoussi betrifft dies vor allem den Bamsee, ein natürliches Wasservorkommen, das von einem Großteil der Bevölkerung für land- und weidewirtschaftliche Tätigkeiten genutzt wird. Diese Folgen verstärken die Armut der Bevölkerung, die in einer ländlichen Umgebung lebt und ihre Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes aus natürlichen Ressourcen gewinnt. Sie ist von den Klimaveränderungen am stärksten betroffen.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogrammes

Der Aufbau der Klimapartnerschaft zwischen Kongoussi und Ludwigsburg umfasst den Zeitraum März 2014 bis Oktober 2015. Nach Abgabe der Interessenbekundung wurden innerhalb der Verwaltungen passende Arbeitsstrukturen aufgebaut. Dabei sind Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik beteiligt: so setzt sich die Steuerungsgruppe in Ludwigsburg aus dem Oberbürgermeister, dem Vorsitzenden des Förderkreises Burkina Faso sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung mit entsprechender Fachkompetenz zusammen. In Kongoussi sind es der Präfekt und der *Sécretaire général* sowie ein Vertreter der NRO Zood Nooma. Im Kernteam Kongoussi arbeiten darüber hinaus Vertreterinnen von Frauenkooperativen und dem örtlichen Radio sowie Angestellte aus den Fachämtern mit.

Der Orientierungsphase zugeordnet werden v. a. die Auftaktkonferenz in Kapstadt sowie die erste Entsendungsphase: VertreterInnen aus Kongoussi besuchten Ludwigsburg erstmals im Juli 2014. Im Rahmen der gemeinsamen Bestandsaufnahme wurden grundlegende Daten erhoben, Herausforderungen benannt und über erste Handlungsschwerpunkte diskutiert. Die Beteiligten konnten neue Gegebenheiten entdecken und anderen Facetten des Klimawandels begreifen. In der sich anschließenden Erarbeitungsphase ab September 2014 wurden die Herausforderungen der beiden Städte mit Blick auf den Klimawandel vertieft analysiert. Dabei flossen vor allem der Kommunale Entwicklungsplan der Stadt Kongoussi, deren Klimaanpassungskonzept sowie Themen aus dem integrierten Klimaschutz- und Energiekonzept Ludwigsburgs in

die Diskussion ein. In zwei weiteren gemeinsamen Treffen in Kongoussi (Januar und Juli 2015) wurde intensiv zu Schwerpunktthemen, Zielen und Maßnahmen gearbeitet. Das Augenmerk lag v. a. auf den Bedürfnissen der Bevölkerung und deren kulturellen Werten.

Damit gibt es eine verifizierte Grundlage für das Handlungsprogramm, das festlegt, was mit welchem Ziel von wem bis wann und womit umgesetzt werden kann. Vor allem die Ziele und die sich daraus ergebenden Maßnahmen wurden breit diskutiert und zusammen formuliert, sodass das Handlungsprogramm Ergebnis gemeinsamer Arbeit ist.



Abbildung 24: Besuch einer Solaranlage in Ludwigsburg (Foto: Stadt Ludwigsburg)

Für Kongoussi war der Besuch in Ludwigsburg ein wichtiger Meilenstein. Sie haben sehr von den Erfahrungen im Bereich Wasser, Energie und Umwelt profitiert. Ein weiteres wesentliches Moment im Prozess war darüber hinaus die Verifizierung der in den Kernteams erarbeiteten Ideen hinsichtlich der Bedürfnisse der Bevölkerung. Dafür zog die Stadt Ludwigsburg in der dritten Entsendephase zwei Experten der NRO „Ingenieure ohne Grenzen“ hinzu. Gemeinsam wurden Wirkung und Nutzen der Maßnahmen für die Bevölkerung thematisiert. Sehr aufschlussreich waren Besuche verschiedener Dörfer sowie Kontakte zu lokalen NROs und Schlüsselpersonen der Zivilgesellschaft: Bei allen Treffen wurde Unterstützungsbedarf bei der Verbesserung der Wasserversorgung, der Ernährungssituation und der Gesundheitssituation artikuliert.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Beide Städte wollen das Handlungsprogramm auf größtmögliche Wirkung ausrichten. Grundlage ist der kommunizierte Bedarf der Betroffenen. In den gemeinsamen Arbeitsphasen wurde immer wieder die Verbesserung der Lebensumstände der von den Folgen des Klimawandels betroffenen Menschen thematisiert und schlussendlich als Oberziel formuliert.

Der Wassermangel wurde als drängendstes Problem von allen Betroffenen und am Projekt Beteiligten beschrieben. Für die Bevölkerung hat die unzureichende Wasserversorgung eine große Gesundheitsgefährdung sowie eine prekäre Ernährungssituation zur Folge. Aus dem benannten Bedarf wurden drei Zielbereiche abgeleitet: die Verbesserung der Wasserversorgung, der Ernährungssituation sowie der Gesundheitssituation. Ein weiterer Zielbereich ist das Energie- und Umweltmanagement. Dieses Themenfeld ist auch Bestandteil des Stadtentwicklungskonzepts „Chancen für Ludwigsburg“. Dabei geht es darum, vor dem Hintergrund des Klimawandels auf Dauer eine nachhaltige Energienutzung und -versorgung zu erreichen. Als strategisches Ziel im Masterplan Energie gibt es ein integriertes Klimaschutz- und Energiekonzept. Darin werden Grundlagen und Voraussetzungen für mögliche Energieeinsparungen, den Einsatz von regenerativen Energien und zur Kohlendioxid-Reduktion zusammengefasst. Mit einer breiten Einbindung von Bürgerschaft und Interessenvertretern wurden Maßnahmen zu den Bereichen Strom, Wärme, Mobilität, regenerative Energien sowie übergreifende Maßnahmen wie zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet. Auf der Basis dieser Maßnahmen wurden Szenarien zur Kohlendioxid-Bilanz in Ludwigsburg in den Jahren bis 2050 entwickelt. Erster Schritt, der mit einer Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen erreicht werden kann, ist eine Reduktion auf eine Emission von fünf Tonnen pro Kopf und Jahr bis 2020. Dies bedeutet eine Reduktion gegenüber dem Jahr 1990 um circa 25 Prozent. Langfristiges Ziel der Stadt Ludwigsburg ist es, bis 2050 klimaneutral zu werden, also maximal zwei Tonnen pro Kopf und Jahr zu emittieren.

Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit sollen sich neben der Wirkung vor allem am vorhandenen Bedarf der Menschen orientieren. Dabei sind im laufenden Projekt die

„Menschen“ alle diejenigen, die von den Auswirkungen der Klimaveränderungen betroffen sind – sprich die gesamte Bevölkerung. Ausgehend von diesem Grundverständnis wurden im Rahmen der Expertenentsendungen Gespräche zwischen den Kernteams sowie mit politischen Vertretern, NROs, bedeutenden Personen aus dem öffentlichen Leben und Dorfbewohner geführt und Maßnahmen definiert, die auf größtmöglichen Nutzen abzielen.

Als größte Herausforderung wurde der Wassermangel benannt. Während in einem Dorf v. a. Wasser für Viehzucht und Landwirtschaft fehlt, wurde in anderen Dörfern zunächst fehlendes Trinkwasser bzw. mangelhafte Wasserqualität betont. Für die Bevölkerung hat die unzureichende Wasserversorgung mannigfaltige Konsequenzen: Die knappen Wassermengen werden vornehmlich zum Konsum genutzt, weshalb unzureichende Mengen an Wasser für Hygiene, Viehzucht bzw. Landwirtschaft sowie für Tätigkeiten, wie z. B. das Brauen von Hirsebie (Einkommensquelle) zu Verfügung stehen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Wasser zumeist aus vorhandenen offenen Brunnen oder aus Wasserlöchern bezogen wird. Die Gesundheit der Nutzerinnen und Nutzer ist daher unmittelbar gefährdet, von Fällen durch Wasser übertragener Krankheiten wurde in vielen Dörfern und Krankenstationen berichtet. Ausgehend von einer mangelhaften Wasserversorgung ergibt sich für die Bevölkerung eine prekäre Ernährungssituation, da die Erträge aus der Landwirtschaft nicht mehr für die Ernährung ausreichen.

Zudem ist die Verfügbarkeit von Brennholz bzw. Holzkohle nach Aussage der Bevölkerung drastisch zurückgegangen. Ressourcensparende Alternativen wie effiziente Kochöfen sind nicht flächendeckend verbreitet. Durch die geringen Einkommensmöglichkeiten und zusätzlichen Einkommenseinbußen können nach Aussage der Menschen die notwendigen Aufwendungen für die Schulbildung der Kinder schwerlich geleistet werden.

Zusätzlich zur Wasserversorgung wurden die unzureichende Sanitärversorgung und die dadurch bedingte Hygienesituation thematisiert. Öffentliche Defäkation ist gängige Praxis in vielen Teilen der Kommune. Aufgrund der fehlenden Latrinen bleibt dem Großteil der Bevölkerung jedoch keine Alternative. Bemerkenswert ist hierbei

der große Sensibilisierungsgrad auf Seiten der Bevölkerung. Sowohl Frauen als auch Männer verwiesen auf die fehlende Intimität.

Die Solarenergie war ein zusätzliches Thema, welches in verschiedenen Zusammenhängen diskutiert wurde. Bestehende Beispiele in Kongoussi verdeutlichen allerdings, dass Solarprojekte umfassend durchdacht werden müssen und ohne ein entsprechendes Betriebs- und Wartungskonzept nicht nachhaltig gestaltet werden können. Dazu gehört eine Analyse der lokalen Wertschöpfungskette, damit möglichst alle notwendigen Materialien lokal, regional oder national bezogen werden können.

Mit Wasser fängt alles an

Auf Grundlage der formulierten und verifizierten Bedürfnisse ergab sich die Priorisierung zugunsten von Wasserprojekten. Ausgehend von einer verbesserten Wasserversorgung kann sich die Gesundheitssituation der Menschen verbessern. Und ausreichend Wasser bedeutet, dass neben dem persönlichen Gebrauch die Versorgung mit Nutzwasser für Landwirtschaft und Viehzucht sichergestellt ist. Dies hat unmittelbar Auswirkungen auf die Ernährungs- und damit auf die Gesundheitssituation. Genau diese Synergieeffekte bilden sich im Handlungsprogramm ab.



*Abbildung 25: Überschwemmung in Kongoussi
(Foto: Stadt Ludwigsburg)*

Wichtig ist den beiden Städten, die Zusammenhänge in den Fokus zu nehmen, um die Umsetzung nachhaltig und wirkungsvoll zu gestalten. Einzelne Projekte umzusetzen ist nur dann sinnvoll, wenn sie in die erarbeitete Zielsystematik eingebunden werden können.

Da die Wasserversorgung für die Bevölkerung einen enormen Stellenwert hat, sollen zuerst die vollständig unterversorgten Dörfer mit Wasser versorgt werden, um dann schrittweise die Kapazität in den anderen Dörfern zu erhöhen. Eine verbesserte Verteilung von vorhandenem Wasser empfiehlt sich als Folgeschritt.

4.4 München – Kapstadt

	München (Deutschland)	Kapstadt (Südafrika)
Einwohnerzahl	1.500.560 (Stand: 31.5.2015)	3.740.025 (Zensus 2011)
Fläche	311 km ²	2.460 km ²
Siedlungsdichte	4.840 Einwohner/km ²	1.520 Einwohner/km ²
Klimazone	Warmgemäßigtes Klima	Gemäßigte Subtropen
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Überdurchschnittliche Häufung sehr hoher Temperaturwerte im Sommer (Hitzestress, Zunahme der Feinstaub- und Ozonbelastung in Hitzeperioden); • Abnahme der Niederschläge im Sommer (Vegetationsschäden in Folge längerer Trockenperioden), Zunahme im Winter; • Zunahme von Starkregenereignissen (sturmbedingte Schäden, Überflutungen von Straßen und Kellern) 	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme der Niederschläge während der späten Sommermonate, Abnahme in den frühen Wintermonaten (zunehmende Wasserknappheit Häufigkeit von Bränden); • Zunahme von Starkregenereignissen (Hochwasser; Überflutungen, Verstopfung der Abflusssysteme im Sommer durch Ablagerungen und Sand, im Herbst durch Laub); • Ansteigen des Meeresspiegels (Küstenerosion, Versalzung des Grundwassers)

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Kapstadt und München stehen vor großen Herausforderungen. Beide Städte erleben einen starken Zuwachs an Bevölkerung und müssen sich dadurch großen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen stellen. Das Bevölkerungswachstum erfolgt zu einem großen Teil durch Zuwanderung.

Für das Jahr 2030 rechnen die Prognosen in München mit einer Einwohnerzahl von 1,723 Millionen. Dies entspricht im Vergleich zu 2015 einem Wachstum von etwa 15 Prozent. Dem gegenüber steht ein Mangel an Wohnungen und eine immer geringere Verfügbarkeit an Wohnbauland sowie ein Verkehrssystem, das an seine Grenzen stößt. Neben dem

Bevölkerungswachstum und gleichfalls einem Mangel an Wohnungen besteht in Kapstadt nach wie vor eine große Kluft zwischen Arm und Reich. Darüber hinaus stellt die Energieversorgung insbesondere mit Strom eine große Herausforderung dar. Die Versorgung ist durch Knappheit und stark ansteigende Strompreise geprägt. Beide Städte sind gekennzeichnet durch einen hohen Ausstoß von Kohlendioxid pro Kopf der Bevölkerung von 7,8 Tonnen pro Jahr in Kapstadt und 7,9 Tonnen pro Jahr in München. Aufgrund dieser Ausgangslage haben sich Kapstadt und München schon frühzeitig dem Klimaschutz verpflichtet. Sie sind bereits seit Langem in internationalen Netzwerken tätig, die sich mit dem Klimawandel und seinen Herausforderungen auf der kommunalen Ebene beschäftigen

(Kapstadt: ICLEI, C40 Cities – Global Leadership on Climate Change; München: EUROCITIES, Klimabündnis).

Sowohl München als auch Kapstadt haben Klimaschutzprogramme aufgestellt und vielfältige Initiativen ergriffen. Kapstadt ist mit seinem Programm „Moving Mountains – Cape Town’s Action Plan for Energy and Climate Change“ nicht nur für Afrika vorbildlich. Gleiches gilt für München mit seinem „Integrierten Handlungsprogramm zum Klimaschutz in München“, dem „Bündnis für Klimaschutz“, dem städtischen Bauzentrum sowie seiner Selbstverpflichtung, bis 2030 die Kohlendioxid-Emissionen pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu 1990 um 50 Prozent zu verringern.

Beide Städte wollen die Effizienz ihre Aktivitäten zum Klimaschutz erhöhen und sind davon überzeugt, dass eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe dazu beitragen kann, diesem Ziel näher zu kommen. Das gemeinsame Handlungsprogramm soll noch vorhandene Potenziale v. a. hinsichtlich Energieeinsparung und -effizienz erschließen und dazu beitragen, das prognostizierte Wachstum ökologisch und klimaverträglich zu gestalten. Bei einer erfolgreichen Implementierung einer nachhaltigen Energiepolitik kann Kapstadt nicht nur zum Vorreiter in Südafrika werden, sondern eine Schlüsselrolle in ganz Afrika zum Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien einnehmen.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogrammes

Initiatoren und wichtige Träger der Klimapartnerschaft sind die Umweltämter beider Städte, die schon seit einigen Jahren einen losen Austausch über ihre Aktivitäten zum Klimawandel pflegen. Der beiderseitige Wunsch, diesen Austausch zu vertiefen und um auch in konkreten Projekten zusammenzuarbeiten, führte dann zur Begründung der Klimapartnerschaft. Diese wurde von Anfang an auf beiden Seiten von ausgewählten NGOs begleitet, die auch in der internationalen Zusammenarbeit erfahren sind. Später, nachdem die konkreten Themenbereiche für die Kooperation festgelegt waren, wurden weitere Bereiche der Stadtverwaltungen, Hochschulen sowie externe Fachorganisationen und Unternehmen eingebunden, die dann auch die Federführung für einzelne Themenbereiche und Projektideen übernahmen.

Aufbauend auf dem vorangegangenen Informations- und Erfahrungsaustausch konnte im Rahmen des internationalen Auftaktworkshops im März 2014 in Kapstadt bereits ein sehr konkreter Abgleich der Aktivitäten, Herausforderungen und Bedarfe beider Städte stattfinden. In Umrissen wurden die Themenbereiche für eine künftige Zusammenarbeit identifiziert. Weiterhin einigten sich beide Städte auf Grundprinzipien für die Partnerschaft wie Ressourceneffizienz, Gleichberechtigung, Berücksichtigung Einkommen schaffender Maßnahmen sowie auf das Drei-Ebenen-Prinzip für die Zusammenarbeit:

Ebene 1: Strategische Vorgehensweisen

Ebene 2: Bewusstseinsbildung und Bürgerbeteiligung

Ebene 3: Konkrete Projekte

In den folgenden Entsendungen (November 2014 in Kapstadt, Juni 2015 in München, August 2015 in Kapstadt), an denen jeweils auch Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Fachabteilungen und der Partnerorganisationen mitwirkten, wurden dann die Kooperationsbereiche konkretisiert, Ideen und Projekte für die künftige Zusammenarbeit entwickelt und die ersten Schritte für die Umsetzung vereinbart. Der zusätzliche Besuch einer NGO-Vertreterin aus Kapstadt in München im Oktober 2014 war sehr hilfreich, um auch zivilgesellschaftliche Akteure stärker einzubinden. Ein wichtiger Bestandteil der Entsendungen waren auch die Kontakte mit der Provinzregierung Western Cape und der Bayerischen Staatsregierung, die bereits seit 20 Jahren in einer Partnerschaft verbunden sind.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Für die Partnerschaft wurden ein gemeinsames Motto vereinbart, eine Vision erarbeitet und fünf Handlungsbereiche festgelegt.

Das Motto: „Let’s face climate change together.“

Die Vision: „We want our cities to be more resource-efficient, livable and inclusive.“

Die Handlungsbereiche:

- Energieeffizienz und Bauen
Zielsetzung: Eine nachhaltige städtische Entwicklung unterstützen durch Information, Kommunikation, Bildung und Vernetzung.
- Regenerative Energien
Zielsetzung: Den Anteil lokal erzeugter erneuerbarer Energie erhöhen, die Energieknappheit in Kapstadt durch nachhaltige und sozialverträgliche Lösungen verringern.
- Verkehr
Zielsetzung: Nicht-motorisierten Verkehr in beiden Städten fördern.
- Klimaanpassung
Zielsetzung: Hochwasserschutz verbessern und Biodiversität erhalten.
- Öffentliche Beschaffung und Konsum
Zielsetzung: Den städtischen Einkauf umwelt- und sozialverträglich gestalten.

Smart Building and Living Centre in Kapstadt

Das zentrale Vorhaben im Handlungsprogramm betrifft die Errichtung eines „Smart Building and Living Centre“ in Kapstadt. Die Pläne für ein solches Zentrum, das ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Lebensstile, für eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung und für energieeffizientes Bauen werden soll, hat die Stadt Kapstadt seit längerem. Durch die Diskussionen mit München haben sie eine neue Relevanz bekommen. Denn das Münchner Bauzentrum, das bereits ein umfangreiches Programm für energetische Bau- und Sanierungsvorhaben anbietet, möchte seine Angebote weiterentwickeln und ist sehr an einer Zusammenarbeit mit Kapstadt interessiert. Vorerst soll eine gemeinsame digitale Informations-, Lern- und Kommunikationsplattform entstehen. Beide Städte wollen aber auch zusammenarbeiten, um das reale Smart Building and Living Centre in Kapstadt zu konzipieren und um eine Finanzierung für die Umsetzung zu finden. Ein langfristiger Austausch zwischen beiden Zentren ist angestrebt, dieser soll das Kernstück der Klimapartnerschaft bilden.

Fahrradpartnerschaft München – Kapstadt

München als „Radhauptstadt“ möchte den Anteil der Radfahrenden am Verkehrsaufkommen weiter erhöhen. Auch Kapstadt strebt diesen Titel an. Insbesondere soll das Image des Fahrrads als Fortbewegungsmittel in der Stadt und für den Weg zur Arbeit verbessert werden, denn bislang werden Fahrräder am Kap hauptsächlich als Sportgerät in der Freizeit genutzt. In der Fahrradpartnerschaft sind dazu gemeinsame Öffentlichkeitsaktionen geplant. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, wollen beide Städte auch ihre Dienstfahrrad-Programme ausbauen. Weiter wurde ein Fachaustausch über Radverkehrsstrategien und über die Planung und Gestaltung des Radwegenetzes vereinbart



Abbildung 26: Radweg in Kapstadt (Foto: Bruce Sutherland)

Nachhaltige Umgestaltung von Fluss-Systemen

Die Umgestaltung eines Fluss-Systems ist ein Thema, in dem München durch die Renaturierung der Isar viel aktuelle Erfahrung aufzuweisen hat, während in Kapstadt bei einigen Flüssen noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Ein größeres Vorhaben steht an: Das Sand River-System soll als Naherholungsfläche und Korridor für Fuß- und Radverkehr umgestaltet werden mit einem besonderen Augenmerk auf Hochwasserschutz und Erhalt der Biodiversität. Kapstadt möchte das Münchner Fachwissen und die dort gesammelten Erfahrungen bei der Umsetzung dieses komplexen Projekts nutzen. Darüber hinaus soll die Bevölkerung in beiden Städten sensibilisiert werden, fürsorglich mit ihren Flüssen umzugehen.



Abbildung 27: Erkundung des Isar-Radweges durch Stadtbaurätin Cheryl Walters und Verkehrsplaner Mark Pinder (Foto: Landeshauptstadt München)

Klimafreundliche, breit gefächerte und gesicherte Energieversorgung

Ziel dieser Kooperation ist es, den Anteil erneuerbarer Energien insgesamt zu erhöhen. In Kapstadt soll eine klimafreundliche, breit gefächerte und gesicherte Energieversorgung etabliert werden, die auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten zugänglich ist. Hier ist ein Austausch über technische Fragen, aber auch über alternative Finanzierungsansätze – wie Bürgersolaranlagen oder Genossenschaftsmodelle – und über die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen (insbesondere hinsichtlich der Einspeisung in das Stromnetz) geplant. Mittelfristig soll auch eine Anlage zur Erzeugung regenerativer Energien als Partnerschaftsprojekt in Kapstadt errichtet werden, die durch Anteilsbeteiligungen oder Spenden von Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen aus beiden Städten finanziert wird.



Abbildung 28: Kuyasa Projekt zur energetischen Sanierung von 2300 Häusern (Foto: Sustainable Energy Africa)

Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Sowohl Kapstadt als auch München beschäftigten sich schon bisher intensiv mit der Frage, wie der städtische Einkauf ökologisch und sozialverträglich gestaltet werden kann. Beide Städte haben für verschiedene Produkte bereits erfolgreich nachhaltige Vergabekriterien eingeführt und dabei eine Vorreiterrolle in ihren Ländern übernommen. Die Fachstellen der Stadtverwaltungen haben nun vereinbart, regelmäßig ihre Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig bei der Fortschreibung der Vergabekriterien zu unterstützen und gemeinsam technische Richtlinien für alle relevanten Beschaffungsbereiche zu erarbeiten.

4.5 Neumarkt in der Oberpfalz – Drake

	Neumarkt in der Oberpfalz (Deutschland)	Drakenstein (Südafrika)
Einwohnerzahl	39.011	251.262
Fläche	79 km ²	1.539 km ²
Siedlungsdichte	494 Einwohner/km ²	163 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigtes ozeanisches Klima	Mediterranes Klima
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Bis 2050: Anstieg der Durchschnittstemperatur im Sommer um 1,25 bis 1,5 °C und Anstieg der Durchschnittstemperatur im Winter um 2,0 °C bis 2050. • Zunahme von Trockenperioden im Sommer, gleichzeitig Zunahme der Starkregenfälle im Sommer. • Abnahme der Ernteerträge aufgrund von Trockenperioden sowie Sturmschäden. • Steigender Energiebedarf zu Kühlzwecken. 	<p>Projektionen des Klimawandels für die Provinz Westkap:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Höhere Jahresdurchschnitts-temperaturen können zu erhöhter Verdunstung und einer Reduzierung des Wasserhaushalts führen. • Höhere Maximaltemperaturen können zu Stress für Menschen und Vieh, geringeren Ernteerträgen und zu geringerer Produktivität von Weideland führen. • Höhere Minimaltemperaturen können ein stärkeres Risiko für bestimmte Feldfrüchte bedeuten, wie Früchte von Laubbäumen, die auf eine Abkühlungsphase im Herbst angewiesen sind. • Stärkere Regenfälle können zu häufigeren Überflutungen führen sowie zu verstärktem Druck auf Niederschlagswassersysteme und mehr Bodenerosion. •

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz hat sich im März 2008 der Klimaallianz angeschlossen, im Mai 2008 das Klimaforum gegründet und im Februar 2009 den EU-Konvent der Bürgermeister unterzeichnet. Sie hat somit den Klimaschutz zu einem zentralen Anliegen ihrer Politik gemacht. Als Schwerpunkte wurden u. a. Bewusstseinsbildung, Senkung des Energieverbrauchs, Förderung erneuerbarer Energien sowie eine verstärkte Förderung energieeffizienten Bauens und Sanierens definiert. Gleichzeitig entwickelte die Stadt ein eigenes Förderprogramm „Energetisches Bauen und Sanieren – Faktor 10“. 2012/2013 wurde im Rahmen eines vom Bund geförderten Programms der sogenannte Masterplan für 100 Prozent Klimaschutz aufgestellt. Um dessen Ausarbeitung

und Umsetzung zu unterstützen, richtete die Stadt Neumarkt innerhalb der Stadtverwaltung institutionalisierte Strukturen zum Klimaschutz-Management ein. Als Klimaschutzziel verständigte man sich darauf, dass die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz sich darum bemühen will, bis 2050 eine Energie- und Kohlenstoffbilanz zu erreichen, bei der die Kohlendioxid-Treibhausgas-Emissionen um 95 Prozent und der Energieverbrauch um 50 Prozent reduziert werden.

Die Regierung der Provinz Westkap gründete die 110 Prozent Green Initiative als einen Aufruf an alle Organisationen, Wirtschaft und Ökologie miteinander zu verbinden. Die Kampagne will als Katalysator fungieren und eine kritische Masse an Aktivitäten entfalten, um die Provinz

Westkap zu Afrikas Grünem Wirtschaftszentrum zu entwickeln. Die Premierministerin der Provinz Westkap verlieh der Kommune Drakenstein für das vorgeschlagene Projekt „Energiegewinnung aus Abfall“ (Waste-to-Energy Project) einen 110 Prozent Green Award. Die Regierung der Provinz Westkap und der Freistaat Bayern, Deutschland, verabschiedeten im September 2010 als Teil ihres 20-jährigen Kooperationsvertrags einen zweijährigen Aktionsplan, um die gegenseitig geschätzten, wichtigen Beziehungen zu fördern. Bestandteil dieses Kooperationsvertrags war, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und anderen Organisationen des öffentlichen Sektors zu fördern. Das Memorandum über die Zusammenarbeit zur Klimapartnerschaft (Memorandum of Understanding) zwischen den Kommunen Neumarkt und Drakenstein wurde im Rahmen dieser weiter gefassten Vereinbarung zwischen der Provinzregierung Westkap und dem Freistaat Bayern unterzeichnet.

Vor der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding in Hinblick auf die Klimapartnerschaft gab es keine Partnerschaft oder Städtepartnerschaft zwischen Neumarkt und Drakenstein. Der Kontakt zwischen Neumarkt und Drakenstein, der zu der Klimapartnerschaft führte, beruht auf einer Empfehlung des „Eine Welt Netzwerks Bayern e. V.“ und des Koordinators der Partnerschaft zwischen Bayern und der Provinz Westkap. Im Vorfeld gab es am 1. Oktober 2013 ein informelles Treffen im Bürgerzentrum von Paarl (Gemeinde Drakenstein), bei dem Vertreter beider Kommunen zum ersten Mal zusammenkamen. Während der folgenden zwei Monate bis Ende Dezember 2013 diskutierten die beiden Städte das Projekt „Klimapartnerschaft“. Schließlich unterzeichneten die Bürgermeisterin von Drakenstein, Gesie van Deventer, und der Oberbürgermeister von Neumarkt, Thomas Thumann, auf dem Kick-off-Workshop in Somerset West am 25. März 2014 das Memorandum of Understanding.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Aufgrund der Tatsache, dass es vor dem Klimapartnerschaftsprojekt keinen Kontakt zwischen den beiden Kommunen gab, war es zuerst einmal wichtig, einander kennenzulernen und eine Basis für die Partnerschaft aufzubauen. Es war daher sehr fruchtbar, dass der erste Besuch einer Delegation aus Neumarkt in Drakenstein

am 28. und 29. März 2014, direkt nach dem Kick-off-Workshop, stattfand.



Abbildung 29: Erstes Treffen der Partner in Drakenstein im März 2014 (Foto: Stadt Neumarkt)

Die Delegation aus Neumarkt bestand aus Oberbürgermeister Thomas Thumann, Bürgermeisterin Ruth Dörner und dem Leiter des Amtes für Nachhaltigkeitsförderung, Ralf Mützel. Etliche Exkursionen zu verschiedenen Orten in Drakenstein trugen dazu bei, der Delegation einen Überblick im Hinblick auf die ökologische, soziale und wirtschaftliche Struktur zu ermöglichen. Es war auch ein wichtiges Anliegen dieses ersten Treffens, anlässlich des gleichzeitigen Besuchs der bayerischen Staatsministerin, Dr. Beate Merk, die Klimapartnerschaft in den Aktionsplan zur Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Provinz Westkap und dem Freistaat Bayern zu integrieren.

Im weiteren Verlauf des Projekts fand vom 6. bis 13. August 2014 der erste Besuch einer Abordnung aus Drakenstein in Neumarkt statt. Die Delegation bestand aus dem Stellvertretenden Bürgermeister, Conrad Poole, dem Stadtrat und Referent für Stadtplanung und ökonomische Entwicklung, Dr. Thys Smith, und dem Abteilungsleiter für Stadtplanung und ökonomische Entwicklung, Ashraf Adam. Das Programm bestand hauptsächlich aus Exkursionen, unter anderem zu Infrastruktureinrichtungen und Unternehmen im Bereich Umwelttechnologie (insgesamt 12 verschiedene Anlagen wie beispielsweise die städtische Kläranlage, kommunale Versorgungsunternehmen, Mülldeponie). Außerdem fanden mehrere Arbeitstreffen statt, um Maßnahmen für das Gemeinsame Handlungsprogramm festzulegen.



Abbildung 30: E-Bike Tour der Partner in Neumarkt
(Foto: Stadt Neumarkt)

An der zweiten Delegationsreise aus Neumarkt nach Drakenstein vom 24. bis 28. November 2014 nahmen Franz Hunner, technischer Direktor der Stadtwerke, Werner Schütt, Leiter des Umweltamts und Ralf Mützel teil. Im Rahmen der Delegationsreise konnte das Verständnis für die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen und Chancen in Drakenstein vertieft werden. Die Teilnehmer lernten den strategischen Hintergrund (z. B. den Integrierten Entwicklungsplan) und auch die Infrastruktur in den Bereichen Energie, Klima, Wasser und Umwelt (z. B. die Kläranlage und die Wasseraufbereitungsanlage) kennen. Es gab Treffen mit insgesamt 31 Amtsträgern, Stadtratmitgliedern und Stakeholdern. Schließlich wurde in einer Arbeitsgruppe ein Entwurf des Gemeinsamen Handlungsprogramms erarbeitet.

Eine dritte Abordnung aus Drakenstein besuchte Neumarkt vom 25. Juni bis 5. Juli 2015. Sie bestand aus dem Stellvertretenden Bürgermeister, Conrad Poole, und Dr. Lourens du Toit, Gemeinderat und Umweltreferent. Bezogen auf die zentralen Handlungsfelder, die bisher im Laufe des Prozesses definiert wurden, fanden mehrere Expertentreffen statt, die durch Exkursionen ergänzt wurden. Und schließlich wurde die Klimapartnerschaft auf dem Eine Welt Festival und in der Stadthalle Neumarkt sowie bei der Teilnahme an der Klimaschutzkonferenz der Metropolregion Nürnberg vorgestellt. Die Vereinbarung über die Klimapartnerschaft wurde dadurch zusätzlich vertieft.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das Gemeinsame Handlungsprogramm wurde zwar entsprechend dem Hauptschwerpunkt Klimawandel entwickelt, es muss jedoch in den sozioökonomischen Kontext eingebettet werden. Aus diesem Grund umfasst das Gemeinsame Handlungsprogramm nicht nur Maßnahmen z. B. in den Bereichen Energie und Wasser, sondern auch auf Gebieten wie Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Fairer Handel.

Außerdem ist das Ziel, im Rahmen der offiziellen Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und der Regierung der Provinz Westkap eine allgemeine Partnerschaft zwischen den beiden Kommunen aufzubauen.

Die wichtigsten Handlungsfelder beziehungsweise Ziele sind Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die Verbesserung der beruflichen Bildung junger Menschen, die Unterstützung von Fair-Trade-Projekten und Projekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die Nutzung erneuerbarer Energien und nicht zuletzt das Bergriver Improvement Project (ein Projekt zur Flussrenaturierung) als ein „Instrument“, um bei der Bevölkerung das Bewusstsein über den Klimawandel zu stärken.

Das Gemeinsame Handlungsprogramm umfasst sechs zentrale Handlungsfelder. Diese spezielle Zusammenstellung spiegelt die übergeordneten Zielvorgaben wider, zuerst einmal kurzfristig realisierbare Maßnahmen zu definieren, zweitens, das Thema Klimaschutz und -anpassung in den Kontext des sozioökonomischen Rahmens einzubetten und drittens, die Partnerschaft auf einer breiteren Ebene fortzusetzen.

Die wichtigsten Handlungsfelder sind:

1. Aufbau einer langfristigen Partnerschaft auf kommunaler Ebene im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Provinz Westkap und dem Freistaat Bayern:

Langfristig betrachtet darf die Partnerschaft nicht auf die „Verwaltungsebene“ beschränkt bleiben, sondern muss die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen. Auf dem Eine Welt Festival in Neumarkt hat es bereits eine Präsentation der Partnerschaft gegeben. Außerdem ist geplant, Drakenstein auf der Freizeitmesse in Nürnberg als ein „grünes und im Umgang mit der Umwelt verantwortungsvolles“ Urlaubsziel

vorzustellen. Im März 2016 wird eine erste Bildungsreise von Neumarkt nach Drakenstein stattfinden. Und schließlich ist beabsichtigt, einen Partnerschaftsverein zu gründen.

2. Engagement im Globalen Aktionsprogramm „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (Education for Sustainable Development, ESD) der UNESCO:

Beide Kommunen sind im Bereich ESD bereits sehr aktiv, und dies ist gleichzeitig ein Beitrag zum Globalen Aktionsprogramm „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ der UNESCO. Bereits existierende Maßnahmen wie die „Water week“ an Schulen in Drakenstein oder die „Aktionstage für Fairen Handel“ an Schulen in Neumarkt könnten an Bedeutung gewinnen, wenn sie im UNESCO-Kontext stehen. Aber auch neue Maßnahmen wie die Einrichtung von Foren zum nachhaltigen Umgang mit Wasser („Water friends“), die über die neuen Medien z. B. zum Wassersparen kommunizieren, sind geplant. Außerdem kann das Projekt „Climate Change Youth Challenge Team – Keystones for sustainable development“ nun im Jahr 2016 (finanziert über das Programm ASA-Kommunal) umgesetzt werden.

3. „Für das Leben lernen“ („Learning for Life“) – Förderung und Verbesserung der Bildung für junge Menschen:

„Für das Leben lernen“ ist darauf ausgerichtet, zusätzliche Möglichkeiten zum Erwerb von Qualifikationen für das Arbeitsleben zu bieten. Für junge Menschen in Drakenstein, vorzugsweise Lehrlinge, werden Unternehmen in Neumarkt angesprochen, die evtl. Traineeprogramme anbieten könnten. Für junge Leute in Neumarkt, vorzugsweise Studierende, werden soziale Projekte von NROs ausgewählt, wo diese evtl. als Freiwillige arbeiten können. Zu diesem Zweck werden Programme wie WELT WÄRTS genutzt. Ein langfristiges Projekt könnte sein, unter Federführung der BOOKBRIDGE – Stiftung, die in Neumarkt angesiedelt ist, ein Lernzentrum als „social business“ in Drakenstein aufzubauen.

4. Verbesserung der Lebensqualität für Gemeinden in Drakenstein durch Fairen Handel und die Unterstützung von „Projekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen“:

Der Hauptschwerpunkt bei der Umsetzung ist, fair gehandelte Produkte wie beispielsweise Wein, Kunst- und Kunsthandwerksprodukte aus Drakenstein nach Neumarkt zu exportieren. Ziel ist, die Herstellung von Produkten aus

Fairem Handel zu unterstützen sowie Initiativen, die sich in Angelegenheiten wie Bildung und Arbeitsplätze (z. B. ENZA – Empowering Women) für die Menschen einsetzen. Im Eine Welt Laden in Neumarkt hat der Verkauf von Produkten aus Drakenstein bereits begonnen.

5. Den Bergriver als Lebensader von Drakenstein herausstellen und den Renaturierungsprozess als „Instrument“ nutzen, um bei der Bevölkerung das Bewusstsein im Hinblick auf den Klimawandel zu schärfen:



Abbildung 31: Der Bergriver in Drakenstein (Foto: Stadt Neumarkt)

Das „Bergriver improvement project“ umfasst mehrere Maßnahmen. Ziele sind die Verbesserung der Wasserqualität, Verdrängung der fremden Arten an den Flussufern, Anpflanzung einheimischer Vegetation (Fynbos), Verringerung der Auswirkungen von Überflutungen und nicht zuletzt die Aufklärung der Bevölkerung. Außerdem ist beabsichtigt, an den Flussufern des Bergriver Flächen für neue, naturnahe Freizeitaktivitäten zu schaffen. Es liegt bereits ein vorbereitetes Konzept „Re-vegetating the banks of the Berg River“ (Neubepflanzung der Uferzonen des Bergriver) vor, das als Antrag für das Nakopa-Finanzierungsprogramm eingereicht werden soll.

6. Stärkere Nutzung erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz in beiden Kommunen:

Das gemeinsame Ziel, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz zu steigern, soll durch Erfahrungsaustausch, Knowhow-Transfer und Expertenaustausch unterstützt werden. Die zentralen Themen sind derzeit unter anderem Energieverschwendung, Elektromobilität und energiesparende Straßenbeleuchtung.

4.6 Oldenburg – Buffalo City Metropol

	Oldenburg (Deutschland)	Buffalo City Metropolitan Municipality (Südafrika)
Einwohnerzahl	159.610 (Stand: 31.12.2013)	1 Million
Fläche	103 km ²	2.200 km ²
Siedlungsdichte	1.549 Einwohner/km ²	454 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Durchschnittstemperatur im Sommer: 25 °C, im Winter: 20 °C; Niederschläge: 16 mm im Winter und 79 mm im Sommer; Regenzeit: Sommer
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Starkregen und Überflutungen in der Stadt Oldenburg • Steigender Trinkwasserbedarf • Zunehmende Konkurrenz um Wasserressourcen (Bewässerung der Felder!) • Sinkender Grund- und Oberflächenwasserspiegel 	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg des Meeresspiegels • Überflutungen im Winter • Erhöhte Luftfeuchtigkeit • Veränderungen bei den Niederschlagsmustern; verzögerte Niederschläge mit länger anhaltenden, stärker ausgeprägten Trockenperioden •

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Oldenburg hat 160.000 Einwohner und ist die drittgrößte Stadt in Niedersachsen. 1995 ging Niedersachsen eine Partnerschaft mit der Provinz Ostkap in Südafrika ein. Buffalo City Metropolitan Municipality (BCMM) liegt an der Ostküste Südafrikas und umfasst die Stadt East London, die frühere Garnisonsstadt King William's Town und die legislative Hauptstadt Bhisho. BCMM ist auch deshalb bekannt, weil dort das zweitgrößte Township Südafrikas, Mdantsane, liegt. In der Stadt leben ungefähr eine Million Menschen. Die Partnerschaft zwischen BCMM und der Stadt Oldenburg wurde 2011 im Anschluss an einen Besuch des früheren Premierministers der Provinz Ostkap, Noxolo Kiviet, in Niedersachsen ins Leben gerufen. Im November 2012 wurde eine Partnerschaftvereinbarung zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Die beiden Kommunen haben im Vorfeld und während dieses Zeitraums eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten unternommen, durch die das

Wissen voneinander, der Austausch und die Partnerbeziehungen gefördert wurden.

Südafrika-Begegnungen

Im Anschluss an den Besuch des früheren Bürgermeisters von Oldenburg, Prof. Dr. Gerd Schwandner, in BCMM im Jahr 2011, nahm die BCMM im September 2012 am Programm der „Südafrika-Begegnungen“ in Oldenburg teil. Damit verbunden war der Besuch einer hochrangigen Delegation unter Führung des früheren Mitglieds des Exekutivkomitees für kommunale Verwaltung und traditionelle Angelegenheiten (MEC, Member of the Executive Committee for Local Government and Traditional Affairs) der Provinz Ostkap, Mlibo Qoboshiyane, und des Regierenden Bürgermeisters von BCMM. Im Zentrum der Woche standen Sondierungsgespräche und -aktivitäten, bei denen versucht wurde, gemeinsame Bereiche für eine Zusammenarbeit abzustecken. Hier einige Beispiele:

- Wissensaustausch mit Next Energy einem Forschungszentrum für Energietechnologie;
- Studienreise zum Bundestechnologiezentrum für Elektro- und Informationstechnik (BFE) für berufliche Bildung;
- Besuch von Windenergie/Biomasse- und Solaranlagen;
- Teilnahme an einem Business-Frühstück auf der Afrikamesse in Bremen;
- Besuch des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven;
- Teilnahme am Workshop „Erneuerbare Energien“;
- Ausstellung traditioneller und Tshweshwe-Kleidung auf der Modenschau „Oldenburger Modeherbst“ in der Stadt; und
- Teilnahme am Business Day mit Wirtschaftsvertretern aus Oldenburg.

Eastern Cape – European Union Renewable Energy Conference

- Die Stadt Oldenburg hat auch an der Konferenz zu Erneuerbaren Energien der Europäischen Union und der Provinz Ostkap teilgenommen, die vom 27. bis 30. November 2012 in BCMM stattfand.
- Prof. Agert von Next Energy in Oldenburg stellte auf der Konferenz ein Arbeitspapier vor.

Nakopa- und Klimapartnerschafts-Projekt

- Während des Austauschbesuchs der Stadt Oldenburg in BCMM vom 27. bis 30. November 2013 wurde über die Möglichkeiten des Nakopa-Projekts gesprochen, und es fanden Workshops mit verschiedenen Stakeholdern in der Stadt statt. Es wurde darüber diskutiert, ein Pilotprojekt zu energieeffizientem Bauen durchzuführen, mit Unterstützung durch BCMM, der Stadt Oldenburg und anderen Stakeholdern.
- Auch die Kommunale Klimapartnerschaft wurde förmlich beantragt und von allen Stakeholdern unterstützt. Die Memorandum-Vereinbarung für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ wurde schließlich am 29. November 2013 von den beiden Bürgermeistern von BCMM und der Stadt Oldenburg unterzeichnet.

Workshop zum Klimawandel im März 2014 in Kapstadt

- Das erste Treffen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Kommunalen Klimapartnerschaft war der Kick-off-Workshop für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, der vom 24. bis 27. März 2014 stattfand. In der Delegation waren technische Experten aus BCMM und der Stadt Oldenburg vertreten. Der Workshop ermöglichte den Fachleuten, sich kennenzulernen, eine gemeinsame Bestandsaufnahme vorzunehmen, Arbeitsstrukturen einzurichten und/oder auszuweiten, die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit im Rahmen des Programms zur Kommunalen Klimapartnerschaft zu erörtern und den Planungsprozess für das Gemeinsame Handlungsprogramm voranzutreiben.
- Am Ende des Klimaworkshops in Kapstadt im März 2014 wurde vereinbart, dass beide Kommunen die relevanten Akteure informieren, Arbeitsstrukturen für die Kommunale Klimapartnerschaft einrichten und eine Bestandsaufnahme (Analyse von klimabezogenen Daten, von Strategien sowie von bereits existierenden Projekten und Aktivitäten) in ihrer jeweiligen Kommune vornehmen. Im Anschluss an den Kick-off-Workshop fand ein erstes Treffen in East London statt. Dabei wurden in Gesprächen zwischen allen Akteuren mögliche Themen für das Gemeinsame Handlungsprogramm ermittelt.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Austauschaktivitäten im Oktober 2014, erste Entsendung, Oldenburg

- Hauptzweck war es, über die Ziele des kommunalen Klimaschutzkonzeptes zu informieren und bereits zu Beginn des Projekts ein breites Spektrum von Akteuren einzubeziehen.
- Der Stadtrat von BCMM wurde außerdem gebeten, die Arbeitsstrukturen für das Klimapartnerschafts-Projekt einzurichten, unter anderem die technischen Arbeitsgruppen und ein Lenkungsgremium.
- Die Bestandsaufnahme wurde weiterführend konkretisiert.

Austauschaktivitäten im Januar 2015, zweite Entsendung, East London

- Die Bestandsaufnahme beider Kommunen wurde fertiggestellt, und die wichtigsten Handlungsfelder sowie die ersten Projektideen wurden besprochen. Außerdem fanden weitere Treffen mit verschiedenen Akteuren aus beiden Kommunen statt, um die Arbeitsbeziehungen im Hinblick auf dieses Programm zu festigen.

Austauschaktivitäten im März 2015

- Im Senegal fand ein Netzwerktreffen der afrikanischen Kommunen statt.
- Ziel des Treffens war der Austausch zwischen Stakeholdern der teilnehmenden Kommunen über Fortschritte und Herausforderungen in anderen kommunalen Partnerschaften.
- Für die Ausarbeitung des Gemeinsamen Handlungsprogramms konnten auf dem Gebiet Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel neue Kenntnisse gewonnen und weitere Ideen entwickelt werden.

Austauschaktivitäten im Mai 2015, dritte Entsendung, East London

- Projekte wurden festgelegt.
- Ein Gemeinsames Handlungsprogramm wurde entworfen und in den folgenden Monaten fertiggestellt.
- Eine Konferenz zum Klimawandel fand statt.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Es ist bekannt, dass Südafrika ein Land mit knappen Wasserressourcen ist. Man rechnet damit, dass sich die Lage verschlimmert, denn Süßwasser ist in Südafrika eine gefährdete Naturressource. Damit das Wasser für unsere künftigen Generationen bewahrt werden kann, ist die Wasserbewirtschaftung als entscheidendes Handlungsfeld zur Abmilderung der Auswirkungen des Klimawandels identifiziert worden.

Klimawandel ist eine Realität und in BCMM hat die Kommune bereits die Auswirkungen des Phänomens eines Anstiegs des Meeresspiegels zu spüren bekommen. Weitere Anzeichen sind heißere Tage, Hitzewellen, stärkere Regenfälle und die Veränderung der jährlichen Niederschlagsmenge

insgesamt. Die Auswirkungen des Klimawandels haben eindeutig verheerende Folgen für unsere Kommunen heutzutage, aber auch für alle künftigen Generationen. Die Kommune wird sich daher um Strategien zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel bemühen müssen.

Auch Deutschland ist bereits vom Klimawandel betroffen. In Oldenburg kommt es inzwischen häufiger zu Überflutungen und Starkregen als in der Vergangenheit. Gleichzeitig steigt der Wasserbedarf, während der Grundwasserspiegel sinkt. Wasserbewirtschaftung ist daher ein Thema, das von beiden Kommunen als besonders wichtig im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels eingestuft wird.

Das Gemeinsame Handlungsprogramm ist ein Aktionsplan, der beiden Städten dabei helfen wird, Strategien zum Klimawandel umzusetzen. Ziel ist, integrierte Projekte mit den Akteuren in den Städten durchzuführen, um Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und/oder sich an den Klimawandel anzupassen. Die Projekte sollen dazu beitragen, dass die Kommunen besser vorbereitet sind, dass Kosten und Risiken reduziert werden, und dass in den Städten insgesamt mehr Bewusstsein über den Klimawandel geschaffen wird. Die folgenden zentralen Handlungsfelder sind für die Klimapartnerschaft Oldenburg – BCMM identifiziert worden:

- a) Wasserbewirtschaftung, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Wasser aufgrund des Klimawandels eine knappe, bedrohte Ressource ist;



Abbildung 32: Präsentation von Solarpanelen (Foto: STOL)

b) Energie, angesichts der Tatsache, dass der derzeitige Bedarf nicht gedeckt wird, und dass es erforderlich ist, umweltschonendere, „grünere“ Lösungen zu sondieren;

c) Abfallbewirtschaftung, sowohl im Hinblick auf generelle Herausforderungen der Abfallwirtschaft als auch in Bezug auf die negativen Folgen der derzeitigen Praxis für eine sichere und gesunde Umwelt; und

d) Umweltbildung für Nachhaltige Entwicklung, die in den Bereichen Wasser, Energie und Abfallwirtschaft benötigt wird, um das Denken der Bevölkerung im Hinblick auf den Klimawandel und die Umwelt zu verändern. Dies könnte zu positivem Handeln führen. Beispiele hierfür sind: Mülltrennung, damit weniger wiederverwertbares Material auf der Müllkippe landet, weniger Wasserverschwendung und geringere Wasserverluste, Nutzung von Solar- und Windenergie, damit weniger fossile Brennstoffe genutzt werden.



Abbildung 33: Eine Station der Lerneinheit „Sonne, Wind & Wasser“ (Foto: Makinwa Media Management, Gary Horlor)

Für 2016 wird ein Projekt ins Auge gefasst, das darauf abzielt, in BCMM eine Infrastruktur für Umweltbildung aufzubauen. Komponenten sind unter anderem Aufbau von Kapazitäten, die Konstruktion eines Lehrpfads für Wasserprojekte und die Beschaffung von Lehrmaterial und Literatur.

Zur Unterstützung des oben genannten Projekts zum Aufbau einer Infrastruktur für Umweltbildung in BCMM wurde ein ASA-Kommunal-Basisantrag eingereicht. Im Kontext des Hauptprojekts werden zwei Studenten, die vom Team des Oldenburger Regionalen Umweltbildungszentrums

ausgebildet wurden, die Zuständigen in BCMM drei Monate lang unterstützen.

Eine zentrale Maßnahme des Gemeinsamen Handlungsprogramms ist bereits umgesetzt worden. Das „Modellprojekt energieeffizientes öffentliches Bauen“ wird über das Nakopa-Projekt der SKEW finanziert.

Im Jahr 2025 werden die Menschen den Klimawandel noch stärker spüren als heute, und er wird dann eine noch größere Herausforderung für alle Länder sein. Jeder braucht deshalb eine besondere Art des Empowerment – der Befähigung zu eigenverantwortlichem, selbstständigem Handeln: „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördert die Kompetenz, eine nachhaltige Zukunft zu schaffen, das Alltagsleben zu bewältigen und Probleme, Fehler und Defizite zu erkennen, um bessere Lösungen zu finden. Die Klimapartnerschaft hat das Ziel, einen Rahmen für Bildung für nachhaltige Entwicklung zu schaffen und zu festigen – sowohl in BCMM als auch in Oldenburg.

Das sektorübergreifende Regionale Umweltbildungszentrum der Stadt Oldenburg kann bei allen vier Hauptthemen des Gemeinsamen Handlungsprogramms einbezogen werden. Wenn Schüler und Kinder eine entsprechende Bildung erhalten, wird das dazu beitragen, Bewusstsein für Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel sowohl in Südafrika als auch in Deutschland zu schaffen. Eine mögliche Finanzierung für die Einrichtung eines Regionalen Umweltbildungszentrums in BCMM könnte über die niedersächsische Umweltstiftung oder die niedersächsische Regierung erfolgen. Workshops zur Ausbildung von Lehrern in der Nutzung des praktischen Materials könnten durch die Teilnahme am ASA-Kommunal-Programm angestoßen werden.

In Niedersachsen und der Provinz Ostkap kommt es immer häufiger zu Starkregen, der zu einer Überlastung der Abwässersysteme und zu anschließender Überflutung der Stadtzentren führt. Aus finanzieller Sicht ist es nicht machbar, Abwassersysteme zu bauen, die die riesigen Mengen Oberflächenwasser während der Starkregenergebnisse bewältigen können. Dies macht es erforderlich, Vorhersagesysteme zu entwickeln und auch zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, das Versickern und den Abfluss von Oberflächenwasser in städtischen Gebieten zu verbessern.

Im Gemeinsamen Handlungsprogramm sind Maßnahmen aufgeführt, die in Oldenburg umgesetzt und anschließend auf East London übertragen werden sollen. Da die Auswirkungen des Klimawandels in Südafrika vermutlich gravierender sein werden als in Deutschland, wird die Anwendung der in Oldenburg entwickelten Systeme ein Härtestest im Hinblick auf ihre Tauglichkeit sein.

Der Trinkwasserbedarf wird in Trockenperioden steigen, in Südafrika vermutlich stärker als in Deutschland. Die Versorgungssysteme werden an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Technische Lösungen werden nicht ausreichen. Das Konzept, Wasser zu sparen, wird neu definiert werden müssen.

4.7 Rastatt – St. Louis

	Rastatt (Deutschland)	St. Louis (Senegal)
Einwohnerzahl	47.110 (Stand 31.12.2013)	210.000
Fläche	59,02 km ²	46,50 km ²
Siedlungsdichte	796 Einwohner/km ²	4.516 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone; mittlere Jahrestemperatur: ca. 10 °C; mittlere Niederschlagsmenge: 913 mm/m ³	Sahelzone mit zwei Jahreszeiten: einer Regenzeit (Juni bis Oktober mit einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 330 mm jährlich) und einer Trockenzeit (November bis Mai mit einer Durchschnittstemperatur von 26 °C).
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Die Jahresmitteltemperatur hat sich seit 1900 um ca. 1 °C erhöht. Die Durchschnittstemperatur wird bis Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich um weitere 0,8 – 1,7 °C ansteigen; bis zum Ende des Jahrhunderts wird eine Temperaturzunahme von 3,3 – 4,5 °C prognostiziert. • Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit: Extremtemperaturereignisse – so die Prognosen und Szenarien – werden zunehmen. Dies führt zwangsläufig zu einer Steigerung des hitzebedingten Gesundheitsrisikos. 	<ul style="list-style-type: none"> • Starke Hitze • Anstieg Meeresspiegel • Küstenerosion • Wegfall der Mangroven • Zunehmende Versalzung der Gewässer • Ökonomische Verwundbarkeit • Verlust von Ackerböden • Rückgang von Fischbeständen • Rückkehr von Krankheiten (Bilharziose und Sumpffieber) • Hochwasser, Überschwemmungen und Sturmfluten in der Langue de Barbarie

	<ul style="list-style-type: none"> • Auswirkung auf die Gewässer: Die Niederschläge im Winterhalbjahr sollen steigen. Es ist zu befürchten, dass Hochwasserereignisse zunehmen. • Auswirkung auf die Landwirtschaft: • Längere Trockenphasen im Sommerhalbjahr können den Ertrag und die Qualität des Ernteguts merklich beeinträchtigen. • Auswirkung auf die Wald- und Forstwirtschaft: • Trockenstress wird die künftige Waldentwicklung beeinflussen. 	
--	--	--

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die 1659 gegründete Stadt Saint-Louis, die 1872 zu einer eigenständigen Gemeinde gemäß französischer Gesetzgebung wurde, war nacheinander Hauptstadt des ehemaligen Französisch-Westafrikas, Mauretaniens und des Senegals.

Sie weist heute eine starke, einzigartige Identität auf, die sich zugleich auf ihre mannigfaltige und originäre Kultur sowie auf die Intensität und Schönheit der großartigen Landschaft, in der sie entstanden ist, stützt. Saint-Louis ist eine Stadt in Form eines Archipels, mit einem fragmentierten Stadtbereich, der drei Teile umfasst:

- Sor ist der zuletzt urbanisierte Teil. Dieses Stadtviertel weist alle Eigenschaften zeitgenössischer Städte Westafrikas auf. Sein Straßennetz ist im Zuge der unkontrollierten städtischen Ausdehnung spontan entstanden, die Bevölkerungsdichte ist gering.
- Die 2,5 Kilometer lange und im Durchschnitt 300 Meter breite Ile Saint-Louis ist über die Faidherbe-Brücke mit Sor verbunden. Diese Insel wurde am 2. Dezember 2000 in die Weltkulturerbeliste der UNESCO aufgenommen. Sie umfasst 1900 Gebäude, die auf

1344 architektonische Einheiten, 185 Häuserblöcke und 65 Straßen verteilt sind.

- Die Langue de Barbarie, eine sandige Landzunge zwischen dem Fluss und dem Atlantik. Ihre weitgehend homogene Bevölkerung besteht aus Fischern, die in überbevölkerten Stadtvierteln leben, in denen der öffentliche Raum zum Eigentum der Gemeinschaft geworden ist.

Die Bevölkerung von Saint-Louis wird auf 210.000 Einwohner geschätzt, die auf 33 Stadtviertel mit einer Fläche von insgesamt 46,59 Quadratkilometer verteilt leben.

Vision der Stadt ist eine nachhaltige Entwicklung. Diese ist im Stadtentwicklungskonzept – „Saint-Louis, Horizont 2030“ – verankert, das folgende Schwerpunktbereiche umfasst:

- Verwaltung und Schutz der Fläche von Saint-Louis;
- städtebauliche Planung und Lebensumfeld;
- Entwicklung der städtischen Wirtschaft und Förderung interkommunaler Zusammenschlüsse;
- neue Dynamisierung der Verkehrsmittelnetze;
- partizipative Demokratie, Bürgerrechte, Kultur und Freizeitaktivitäten.

Aufgrund der morphologischen Gegebenheiten und des empfindlichen Ökosystems von Saint-Louis ist die Stadt vielfältigen und teilweise gegenläufigen Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund finden klimatische Aspekte sowohl in der städtebaulichen Planung als auch in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit Berücksichtigung.

Diesbezüglich bietet ihre Teilnahme am Projekt „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2050“, die dank einer durch die senegalesische Naturfreunde-Organisation angebahnten Zusammenarbeit mit der Stadt Rastatt ermöglicht wurde, eine Gelegenheit zur Entwicklung von Projekten im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel sowie den Klimaschutz.

Die Große Kreisstadt Rastatt liegt zwischen Schwarzwald und Rhein im Herzen Mittelbadens und hat rund 47.000 Einwohner. Sie ist geprägt von barocken Baudenkmalern, modernen Gebäuden und einzigartigen Naturlandschaften. Rund ein Viertel des Stadtgebiets steht unter Naturschutz, weitere 27 Prozent der Fläche stehen unter Landschaftsschutz. Ein besonderes Juwel sind die „Rastatter Rheinauen“, artenreiche Überflutungsgebiete des Rheins. Sie sind – dank Unterstützung der Stadt – seit 1984 Naturschutzgebiet. Und zwar eines der schönsten und größten in Baden-Württemberg.

Für Klima und Umwelt setzt sich die Stadt Rastatt schon lange ein. 1992 trat Rastatt dem Klima-Bündnis der europäischen Städte bei, dessen Ziel es ist, das Weltklima zu schützen. Hieraus resultierte eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe. Sie bearbeitet die Themen Kohlendioxidreduzierung und Energie. 1994 entstand ein kommunales Klimaschutzkonzept mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog. Das Ziel: den Kohlendioxid-Ausstoß begrenzen. Die einzelnen Maßnahmen wurden in den Folgejahren systematisch abgearbeitet.

Für ihr großes Engagement im Bereich des Klimaschutzes erhielt die Stadt Rastatt einige Auszeichnungen:

- Umweltpreis des Landes Baden-Württemberg für die Ökostation Rastatt, einer Anlage für Umwelt- und Naturerziehung,

- 1. Platz im bundesweiten Wettbewerb „Energiesparkommune“ der Deutschen Umwelthilfe der Kategorie der Städte von 20.001 bis 100.000 Einwohner (2005),
- 1. Platz im bundesweiten Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ in der Kategorie der Städte von 20.001 bis 100.000 Einwohner (2006),
- Preis für das Projekt „Das Rastatter Modell – ein Fifty-Fifty-Energieeinsparprojekt für Rastatter Schulen beim Wettbewerb „Energieeffizienz in Kommunen – Gute Beispiele 2011“ als Vorbild für Energieeffizienz und Reduzierung des Endenergieverbrauchs.

Kein Wunder also, dass Rastatt weiterhin bestrebt ist, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Die Anregung, am Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ teilzunehmen, kam vom Arbeitskreis Energie und Klima der Lokalen Agenda 21 und der Naturfreunde Ortsgruppe Rastatt. Die Naturfreunde pflegen schon seit 2009 eine intensive Nord-Süd-Partnerschaft mit den Naturfreunden in St. Louis. Daher lag es nahe, mit der senegalesischen Stadt eine Klimapartnerschaft einzugehen. Im Januar 2014 beschloss der Rastatter Gemeinderat, diese Anregung aufzugreifen. Die Klimapartnerschaft war geboren. In den folgenden anderthalb Jahren entwickelten die Klimapartner schließlich ein Gemeinsames Handlungsprogramm.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Die Erarbeitung des Handlungsprogramms begann mit der Auftaktkonferenz im März 2014 in Kapstadt. Hier trafen sich zum ersten Mal die künftigen Klimapartner aus Rastatt und St. Louis. Während der Veranstaltung wurden die Grundlagen der Partnerschaft sowie mit der inhaltlichen und organisatorischen Planung die ersten Meilensteine der Klimapartnerschaft gelegt. Eine Koordinationsgruppe, ein verwaltungsinternes Kernteam und eine Steuerungsgruppe wurden in beiden Kommunen eingerichtet.

Im Oktober 2014 wurde die erste Entsendung einer Gruppe von Experten der Stadt St. Louis nach Rastatt organisiert, die sich aus einer Kommunalpolitikerin, einem Techniker und einer Vertreterin der zivilen Gesellschaft zusammensetzte. Dieser Austausch diente den Akteuren beider Kommunen einerseits dazu, sich besser kennenzulernen, andererseits ihre Tätigkeiten zu koordinieren und sich über

ihre gegenseitigen Erfahrungen im Kampf gegen die Klimaveränderung auszutauschen.



Abbildung 34: Begrüßung der Delegation aus St. Louis durch OB Pütsch in Rastatt (Foto: Stadt Rastatt)

Dieser Austausch ermöglichte es, wichtige Fragen zum Klimaschutz zu erörtern. Bei dem Treffen kristallisierten sich bereits mögliche Schwerpunktthemen für die Klimapartnerschaft Rastatt – St. Louis heraus.

Während der zweiten Entsendephase im Januar 2015 in St. Louis konnten sich die Delegationsmitglieder aus Rastatt ein eindrucksvolles Bild über die Lage, die ökologischen Probleme, aber auch über die Infrastruktur und die Lebensbedingungen der Bevölkerung machen. Zahlreiche persönliche Kontakte wurden geknüpft und in arbeitsreichen Workshops an dem Handlungsprogramm gemeinsam intensiv weitergearbeitet.

Unmittelbar nach der zweiten Entsendephase wurde die Kommunikation per E-Mails und der Durchführung von wöchentlichen Skype-Konferenzen verstärkt, um die dritte Entsendephase vorzubereiten.

Im Verlauf der dritten Entsendephase erarbeiteten die deutschen und senegalesischen Partner während einer intensiven Arbeitswoche ganz konkrete Maßnahmen in St. Louis und Rastatt und stellten das Handlungsprogramm fertig. Die Delegation aus Rastatt und aus St. Louis führten zahlreiche Gespräche mit Projektverantwortlichen und der lokalen zivilen Gesellschaft.

Der Aufenthalt der Delegationen aus Rastatt im Senegal war eine Möglichkeit, Gespräche mit dem Energieminister, der Deutschen Botschaft, der GIZ und mit der SENELEC, die für die Stromversorgung und die Stromverteilung zuständig ist, zu führen.



Abbildung 35: Teilnehmende der Entsendung nach St. Louis (Foto: Stadt Rastatt)

Das wichtigste Ziel dieser Treffen war es, sich im Vorfeld über die Umsetzungsbedingungen der verschiedenen Projekte der Partnerschaft und ihrer Nachhaltigkeit auszutauschen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das gemeinsame Handlungsprogramm hat drei Schwerpunktthemen: 1. Begrünung und Aufforstung, 2. Förderung und Ausbau Erneuerbarer Energien, 3. Sensibilisierung, Information und Umweltbildung.

Konkrete, in Erwägung gezogene Maßnahmen, stellen sich wie folgt dar:

1) Begrünung der Stadtachsen

Derzeit zieren nur wenige Bäume die Straßen und Plätze von St. Louis, bedingt durch Hitze, Trockenheit und Bodenbeschaffenheit, die an manchen Stellen sandig und salzhaltig ist. Um das Bio-Klima in St. Louis zu verbessern, müssen dringend mehr Bäume gepflanzt werden. Bäume erhöhen die relative Luftfeuchtigkeit, senken die Umgebungstemperatur und speichern das Treibhausgas Kohlendioxid. Zunächst sollen ausgewählte Straßenzüge bepflanzt werden. Um für eine entsprechende Nachhaltigkeit zu

sorgen, werden zum einen Baumpatenschaften initiiert, zum anderen wird die Bevölkerung sensibilisiert und ihr nahegebracht, wie wichtig Pflanzen für Mensch, Natur und Klima sind.

2) Aufforstung von Mangroven

Mangroven sind salztolerante Gezeitenwälder. Sie gehören zu den produktivsten Ökosystemen der Erde. Besondere Bedeutung haben sie für den Küstenschutz, denn sie verringern die Wucht der Wellen und schützen die Küsten und Flussmündungen vor Erosion. Viele Mangroven an den Küsten von St. Louis fielen der Abholzung durch die Bevölkerung zum Opfer. Die Folge: ein drastischer Rückgang der Fisch- und Meerestierbestände. Menschen, die von der Fischerei leben, können ihren Lebensunterhalt kaum mehr bestreiten. Außerdem ist die Stadt nicht mehr vor Hochwasser und Überschwemmungen geschützt. Daher soll das Gebiet von Sor Diagne mit einem Mangrovenwald aufgeforstet werden. Die Nachhaltigkeit dieser Maßnahme wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Austausch mit der Bevölkerung über die Bezirksräte und der regionalen Forstbehörde gewährleistet.

3) Ausstattung von öffentlichen Gebäuden mit Photovoltaikanlagen



Abbildung 36: Besichtigung einer Photovoltaikanlage in Rastatt
(Foto: Stadt Rastatt)

St. Louis ist häufig von Stromausfällen betroffen. Auf Gebäuden der Stadt – drei an der Zahl – gibt es bereits Photovoltaikanlagen. Jedoch steht kein qualifiziertes Personal zur Verfügung, um die Wartung zu gewährleisten. Diese Anlagen sind Störungsausfällen ausgesetzt, die auch

von den Delegationsmitgliedern aus Rastatt bei ihrem letzten Besuch in St. Louis anhand von durchgeführten Tests bestätigt wurden. Berechnungen vor Ort zeigen deutlich, dass sich Photovoltaikanlagen aufgrund der klimatischen Bedingungen für die Produktion von Solarenergie besonders gut eignen, was zusätzlich den Kohlendioxid-Ausstoß reduzieren würde. Versuchsweise ist geplant, zunächst eine Pilotanlage auf dem Rathausdach zu installieren und die vorhandenen Anlagen wieder funktionstüchtig zu machen. Falls das Testprojekt überzeugt, kann geprüft werden, weitere Anlagen zu installieren.

4) Ausstattung mit solaren LED-Leuchten

In Verbindung mit Solarenergie bringen LED-Leuchten entscheidende Vorteile. Sie verringern den Stromverbrauch, bieten eine kostengünstige und langlebige Energieversorgung und benötigen keine aufwendigen Arbeiten zur Netzanbindung, da sie automatisch arbeiten. Auf der Grundlage der von den Frauen der Fischverarbeitungsstätte von Guet Ndar, die unter schwierigen Bedingungen aufgrund fehlender öffentlicher Beleuchtung an ihrem Arbeitsplatz arbeiten, geäußerten Wünsche, ist geplant, die konventionellen Leuchten, die schon seit langem nicht mehr funktionieren, durch Solar-LED-Leuchten, die eine ununterbrochene Stromversorgung garantieren, auszutauschen. So könnten die Frauen des Fischverarbeitungszentrums, die nur bei Tageslicht arbeiten, ihre Arbeitszeit verlängern. Dies wiederum würde ihr Einkommen erhöhen.

5) Schulpartnerschaften

Schulpartnerschaften sind ein schöner Weg, voneinander zu lernen und sich gegenseitig auszutauschen. Einige Schulen in St. Louis unterrichten das Fach Deutsch, zwei Schulen in St. Louis pflegen bereits Partnerschaften mit Schulen in Deutschland. Derzeit sind drei Schulen in St. Louis und zwei Schulen in Rastatt an einer Partnerschaft interessiert. Kontakte wurden initiiert. Weitere Schulen werden folgen.

6) Umweltbildung

St. Louis ist eine junge Stadt mit vielen Kindern und Jugendlichen: Bildung und Ausbildung muss hier ansetzen. Um eine nachhaltige Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen sicherzustellen, ist Umweltbildung sowohl für Kinder als auch Erwachsene unumgänglich und wichtig. Ein Pilotprojekt im Bereich der Umweltbildung in den Stadtteilen hat in St.

Louis bereits stattgefunden und sollte auf weitere Bereiche ausgeweitet werden. Im Rahmen der vorzunehmenden Maßnahmen sind jährlich in jedem der 20 Bezirke der Stadt St. Louis Informationsveranstaltungen geplant, um über Themen wie Umweltschutz, Klimaveränderung, Klimaanpassung zu sprechen und vor allem um ein Umdenken und eine Änderung im eigenen Verhalten zu bewirken. Unterstützend sollen Materialien wie Flyer, Werbetafeln oder Radiosendungen zur Umweltbildung erstellt werden.

Neben der Sensibilisierung von Stadtviertelräten und des Kinder- und Jugendgemeinderats werden die Naturfreunde

in St. Louis für öffentliche Schulen der Stadt Umweltbildungsprojekte entwickeln und umsetzen.

Die Klimapartnerschaft ist etwas Gegenseitiges, daher wurde jeder Maßnahme in St. Louis auch eine angemessene Maßnahme in Rastatt gegenübergestellt. So soll zum Beispiel als Gegenstück zur Innenstadtbegrünung in St. Louis in Rastatt eine Klimanalyse die für die zur Belüftung der Stadt relevanten Frischluftkorridore sowie Kaltluftentstehungsorte ermitteln.

4.8 Solingen – Thiès

	Solingen (Deutschland)	Thiès (Senegal)
Einwohnerzahl	ca. 160.800	ca. 285.300 ; Thiès gliedert sich in die Stadtgemeinden Thiès Ville, Thiès Nord, Thiès Ost, Thiès West
Fläche	89,45 km ²	68,82 km ²
Siedlungsdichte	1.798 Einwohner/km ²	4.145 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Subtropische Klimazone mit semiaridem Klima
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme von Extremwetterereignissen (Starkregen, Stürme, Hitzewellen) und deren Folgen • Schleichende Veränderung von Flora und Fauna • Zunahme an Schädlingen 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückgang der durchschnittlichen Niederschlagsmenge um ca. ein Drittel seit 1960, im gleichen Zeitraum Anstieg der ohnehin hohen Durchschnittstemperatur um 1,7 °C • Zunahme von Starkregenereignissen -> Folge: Überschwemmungen und Bodenerosion • Austrocknung und Versalzung von Böden (verstärkt durch chemische Dünger) • Verlust an land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Flächen -> erschwerte Lebensbedingungen • Verlust der natürlichen Lebensräume mit ihren Schutzfunktionen (z. B. Wälder)

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Solingen liegt in der Mitte Westdeutschlands in der gemäßigten Klimazone. Die mit 160.800 Einwohnern eher

kleine Großstadt ist international für ihre Schneidwarenindustrie bekannt.

Thiès hat rund 285.300 Einwohner, liegt als zweitgrößte Stadt im Senegal 70 Kilometer östlich der Hauptstadt Dakar und ist ein bedeutender Industrie- und Wirtschaftsstandort, Verkehrsknotenpunkt, aber außerhalb des Stadtzentrums auch landwirtschaftlich geprägt.

Solingen und Thiès sind seit 1990/1991 offiziell durch eine Städtefreundschaft verbunden. Bereits 1985 gründete sich in Solingen der Verein „Freundschaft mit Thiès e. V.“ und in Thiès der Partnerverein „Amitié Solingen – Thiès“. Seitdem fanden wechselseitig zahlreiche Schüleraustausche und Bürgerreisen statt. Ebenso erfolgte die Unterstützung vielfältiger humanitärer Projekte.

Im Dezember 2013 wurde beim Besuch einer Ratsdelegation in Thiès die Städtefreundschaft erneut bekräftigt und erstmalig die Zusammenarbeit zum Klimaschutz in die gemeinsame Grundsatzvereinbarung aufgenommen. Mit dem Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ konnte in der Folge eine gute Basis für eine fachspezifische Zusammenarbeit auf Augenhöhe geschaffen werden.

In Solingen häufen sich Extremwetterereignisse, ebenso sind viele schleichende Veränderungen Anzeichen des Klimawandels. Die Lebens- und Wirtschaftsweisen sind (wie in allen Industrieländern) mit hohen Ressourcenverbräuchen und Treibhausgasemissionen verbunden. Somit steht in Solingen die Reduktion der Treibhausgase im Mittelpunkt langjähriger, engagierter Klimaschutzaktivitäten: Aktuell manifestiert sich dies u. a. in der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes mit vielen Einzelmaßnahmen, in der Anwendung des Energiemanagement- und Zertifizierungsverfahrens „European Energy Award“ ebenso wie in Schritten zum Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie zur Anpassung an den Klimawandel. Der Solinger Nachhaltigkeitsprozess (Aktionsprogramm „Nachhaltige Entwicklung“) sowie Aktivitäten als „Stadt der Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen (UN) sind weitere langjährige Arbeitsschwerpunkte für eine zukunftsfähige Entwicklung.

In Thiès sind die Auswirkungen des Klimawandels deutlich spürbar. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge ist stark rückläufig, extreme Regenfälle nehmen zu und die ohnehin hohen Durchschnittstemperaturen sind weiter angestiegen.

Die schwierigen und vielfach durch Armut geprägten Lebensbedingungen (die u. a. zur Übernutzung von Wäldern und in der Folge zu Bodenerosion, Überschwemmungen etc. führen) werden damit prekärer. Soziale und ökologische Probleme verstärken sich gegenseitig. Im Vordergrund steht deshalb, Schritte zur Anpassung an den Klimawandel umzusetzen und dadurch die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Die Expertise und die Erfahrungen, um lokal angepasste Maßnahmen umzusetzen, sind vielfach vorhanden – die finanziellen Mittel fehlen jedoch oftmals. Durch eine enge Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und eine intensive Einbindung der Bevölkerung lassen sich Maßnahmen gegen den Klimawandel erfolgreich umsetzen.



Abbildung 37: Schäden durch Überschwemmung in Thiès (Foto: Stadt Solingen)

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Zur Umsetzung des Projektes wurden in beiden Städten Arbeitsstrukturen in enger Anbindung an die Stadtspitze geschaffen.

In der Projektarbeitsgruppe in Solingen sind folgende Akteure vertreten: Stadtdienst Integration (Projektkoordination), Büro des Oberbürgermeisters (Städtepartnerschaften/-freundschaften), Stadtdienst Natur und Umwelt (mit Geschäftsstelle Lokale Agenda 21/Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutzmanagement), Technische Betriebe sowie Förderverein „Freundschaft mit Thiès e. V.“.

Die politische Anbindung erfolgt über ein parteiübergreifendes Gremium, das Agenda-Team (Lenkungsreis

zum Nachhaltigkeitsprozess). Besetzt mit Vertretern der im Rat tätigen Faktionen, der Zivilgesellschaft und des Jugendstadtrates wird hier über die Fortschritte der Klimapartnerschaft informiert und das Vorgehen abgestimmt (Projektsteuerungsgruppe).

In Thiès wurde in der Kommunalverwaltung eine „Equipe administrative de base“ (als Projektarbeitsgruppe) mit Akteuren aus unterschiedlichen Fachbereichen eingerichtet, wie u. a. Bürgermeisterbüro (Projektkoordination), Stadtentwicklung und Planung, Technische Dienstleistungen, Kommunikation und Information.

Zudem wurde eine „Groupe de pilotage“ (als Projektsteuerungsgruppe) gebildet, in die alle Bürgermeister der Thièser Gemeinden, zahlreiche Vertreter von (kommunalen und regionalen) Behörden, Institutionen und der Universität sowie zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen (hier auch der Verein „Amitié Solingen-Thiès“) eingebunden sind. Sie führte eine dezidierte Analyse der Ausgangslage sowie der Stärken und Schwächen durch und erörterten die Ziele und Maßnahmen.

Die Umsetzung des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ beinhaltet folgende gemeinsame Arbeitsphasen:

- **Auftakt und Kennenlernen der Situation in**

Thiès: Nach der Auftaktkonferenz Ende März 2014 in Kapstadt ermöglichte der erste Expertenaustausch in Thiès (August 2014) den Solinger Akteuren, sich ein Bild von den Bedarfen sowie den Lösungsansätzen in Thiès zu machen. Der Besuch verschiedener Örtlichkeiten, Projekte und Institutionen sowie die angeregten Gespräche veränderten sowohl die Perspektive der Solinger als auch der Thièser Akteure in puncto Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung.

- **Kennenlernen der Situation in Solingen und internationaler Austausch:** Der Expertenaustausch im November 2014 war eingebunden in ein Internationales Bergisches Entwicklungsforum. Am viertägigen Dialog über Strategien und Maßnahmen gegen den Klimawandel nahmen neben den Partnern aus Thiès auch Vertreter der Stadt Jinotega / Nicaragua (mit der Solingen ebenfalls eine Städtefreundschaft pflegt) sowie aus weiteren europäischen Kommunen (die

mit Thiès oder Jinotega verbunden sind) teil. Zudem wirkten Solinger Vereine, Initiativen und Einzelpersonen am Forum mit. Die Exkursionen in Solingen und Umgebung (zu den Themen Wasser, Land- und Forstwirtschaft, Erneuerbare Energien, Konsum und Abfall) beflügelten den Fachaustausch über Lösungsansätze.

- **Arbeit am Handlungsprogramm:** Während des Expertenaustausches im Juni 2015 in Thiès erfolgte eine intensive Arbeit am Handlungsprogramm, sodass es gelang, die gemeinsamen Ziele, Unterziele und Projektziele abzustimmen und die Fertigstellung abzusprechen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Im Handlungsprogramm der Klimapartnerschaft haben sich die Akteure auf gemeinsame Ober- und Unterziele verständigt, die den Rahmen für lokale Projektziele und Maßnahmen darstellen. Folgende Oberziele wurden vereinbart:



Abbildung 38: Mitwirkende bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms in Thiès (Foto: Ville de Thiès)

1. Durch Konzepte und Maßnahmen zu Klima- und Ressourcenschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern; Dies beinhaltet u. a. folgende Themenfelder als Unterziele: Förderung einer sparsamen Energieverwendung – Förderung angepasster Bauweisen und Freiraumgestaltungen – Umgang mit Haushaltsabfällen – Abwasserklärung – Regenwassermanagement – Schutz der Quartiere vor Überschwemmungen – Förderung einer nachhaltigen Mobilität – Entwicklung von Strategien/Programmen. Einbezug der Akteure.

2. Die (individuelle und kollektive) Nutzung der erneuerbaren Energien verstärken;
3. Die lokale Wertschöpfung erhöhen und zu Innovationen ermutigen, indem Maßnahmen zum Umweltschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel umgesetzt werden;
4. Die natürlichen Lebensgrundlagen (u. a. Boden, Wasser, Luft, Flora und Fauna) schützen und regenerieren;
5. Ein besseres Verständnis über den Klimawandel bei den Akteuren entwickeln;
6. Organisationsstrukturen sowie Dialog- und Mitwirkungsprozesse zu Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung schaffen;
7. Den Austausch und die Partnerschaften zu Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung zwischen den beiden Kommunen und den jeweiligen weiteren Partnerkommunen intensivieren.

Diesen Zielen sind – für Thiès ebenso wie für Solingen – Projekte und Maßnahmen zugeordnet.

Wiederherstellung und Sanierung von Grünflächen in der Stadt Thiès

Wesentliche Anliegen der Stadt Thiès bestehen u. a. darin, durch Regenwasserspeicherung sowie Regenwassersammlung und -ableitung die Überschwemmungen in der Stadt zu vermindern. Durch die Begrünung von Stadtteilen (z. B. Schattenbäume, Grünachsen, Parks, Hochbeete mit Gemüse und Obst) gilt es, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.



Abbildung 39: Erste Erfolge bei der Renaturierung des Plateaus von Thiès (Foto: Stadt Solingen)

Konkret geht es darum, Grünflächen und -achsen anzulegen und zu pflegen, die Auswirkungen von starkem Regen auf die Wohnquartiere (u. a. Unterspülen der Häuser) durch Erosionsschutzmaßnahmen (Steinwälle/Pflanzungen) abzumildern, der Bevölkerung Kenntnisse und Techniken zu vermitteln (zu Bodenschutz und -regeneration sowie zum Umgang mit den natürlichen Ressourcen), die Biodiversität zu fördern und eine sparsame Holznutzung (z. B. durch Einsatz effizienter Kochtechniken) voranzutreiben.

Verbesserung der ökologischen und klimatischen Situation auf dem Plateau von Thiès

Thiès liegt in einer Ebene, umgeben von Hügeln, deren Baum- und Strauchbestände durch starke Übernutzung (u. a. durch Feuerholzeinschlag und Viehverbiss) extrem dezimiert sind. Eine erhebliche Bodenerosion (durch Schädigung der Biotope sowie durch zunehmenden Starkregen) sowie die Versalzung der Böden (durch Überdüngung und Austrocknung) vernichten fruchtbare Ackerflächen. Die Anlage von Regenwasserspeichern, gezielte Wiederaufforstungen unter aktiver Mithilfe der Bevölkerung, die Stimulierung der Selbstregeneration (u. a. durch bodenverbessernde Maßnahmen) sowie der Schutz der Flächen (vor freilaufenden Tieren und Holzeinschlag) sind zentrale Maßnahmen auf dem Plateau sowie den seitlichen Hängen. Durch stabilisierte Ökosysteme können die Folgen der Überschwemmungen für die Ackerflächen, ebenso wie für die Wohnquartiere, mittel- und langfristig reduziert und das lokale Kleinklima verbessert werden.

Weitere Projekte und Maßnahmen beschäftigen sich mit

- der Abfallsammlung, -wiederverwertung und -entsorgung (z. B. mittels dezentraler Wertstoffhöfe),
- der Einführung energie- und Ressourcen sparender Techniken (z. B. beim Hausbau und im Haushalt),
- der Umsetzung ökologischer Standards in Industrieunternehmen,
- dem Ausbau der erneuerbaren Energien sowie
- der Sensibilisierung und Einbindung der Bevölkerung (Bildung zu Klima- und Ressourcenschutz).

Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Solingen

Die Stadt Solingen bringt in das Handlungsprogramm ihre Prozesse, Konzepte und Projekte ein, die im Zusammenhang mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept, dem Energiemanagement- und Zertifizierungsverfahren „European Energy Award“, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Anpassung an den Klimawandel derzeit stattfinden. Durch das zusätzliche Engagement in Partnerschaftsprojekten mit Kommunen des globalen Südens (Thiès, ebenso wie Jinotega, Nicaragua) stellt sich Solingen (auch Dank des großen Engagements der Freundschaftsvereine) den globalen Herausforderungen mit dem Ziel, von den Partnerkommunen zu lernen und sie bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung in Solingen und Thiès sowie Aufbau von Dialog- und Mitwirkungsprozesse

In beiden Kommunen geht es darum, die Menschen zu nachhaltigen Verhaltensweisen anzuregen, indem die Wirkungen des eigenen Handelns auf künftige Generationen oder auf Menschen in anderen Weltregionen anschaulich werden. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit bietet hier erhebliche Chancen, um für global verantwortungsvolle Lebensstile zu werben. Dies hat bereits begonnen – unter anderem in Schulen und Jugendeinrichtungen. Aber auch im Rahmen von Schüleraustauschen und Bürgerreisen erfolgen konkrete Umsetzungsschritte.

4.9 Unterschleißheim – Ho

	Unterschleißheim (Deutschland)	Ho (Ghana)
Einwohnerzahl	28.237 Einwohner	177.281 Einwohner
Fläche	14,93 km ²	2.361 km ²
Siedlungsdichte	1.891 Einwohner/km ²	75 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Tropische Zone
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Verschiebung der Jahreszeiten • Höhere Sommertemperaturen • Wärmere Wintertemperaturen • Heftige Regen- bzw. Hagelstürme im Sommer • Zunahme der Windtätigkeit das ganze Jahr hindurch • Stürme sind durch das ganze Jahr hindurch häufiger geworden • Ernteauffälle bedingt durch Dürre und sehr hohe Temperaturen 	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe Temperaturen • Heftige Regenstürme • Lange Dürreperioden • Ernteauffälle • Unberechenbare Anbauzeiten • Küstenerosion • Grundwasserspiegel sinkt

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Ho befindet sich im südlichen Teil der Volta-Region und die Stadt Ho ist die Hauptstadt der Volta-Region. Die Kommune hat eine Fläche von insgesamt 2.361 Quadratkilometer. Das Relief ist gemischt, d. h. es ist sowohl durch Hoch- als auch durch Tiefland gekennzeichnet. Das Hochland befindet sich überwiegend im nördlichen bzw. nordöstlichen Teil, das Tiefland im südlichen Teil der Kommune. Das allgemeine Abflussmuster verläuft südwärts und wird durch die Flüsse Tsawe und Kalakpa bestimmt, die in den unteren Volta bzw. die Avu Lagune abfließen. Diese Flüsse sind saisonal und liefern von daher keine das ganze Jahr über zuverlässige Wasserversorgung an die Anrainergemeinschaften, auch nicht für Bewässerungszwecke.

Die Temperaturen in der Kommune sind im Allgemeinen hoch und bewegen sich zwischen 16,5 und 37,8 Grad Celsius. Die Niederschläge sind durch zwei Regenzeiten gekennzeichnet, die jeweils als die „major season“ und die „minor season“ bezeichnet werden. Die „major season“ erstreckt sich von März bis Juni, die „minor season“ von September bis Dezember. Die Vegetationszonen der Kommune sind in zwei Haupttypen unterteilt. Die feuchten halbimmergrünen Wälder kommen meistens im Hochland vor, während die restlichen Teile der Kommune durch Savannenwälder bedeckt sind.

Die Stadt Unterschleißheim grenzt an die Stadt München im Norden und gehört zu 29 Kommunen des Landkreises München. Sie ist die größte Kommune des Landkreises. Diese besondere Situation ergibt sich aus dem schnellen Wachstums der Metropolregion München, die hochqualifizierte Kräfte aus ganz Deutschland und dem Ausland anzieht. Unterschleißheim ist ein gesuchter Standort für international tätige Unternehmen, Handel, Industrie und Dienstleister. Die Stadt befindet sich in der Nähe vom Münchener Flughafen bzw. von wichtigen Verkehrsachsen. Land- und Forstwirtschaft spielen keine wichtige Rolle.

Vermittelt durch das GIZ-Landesbüro in Accra wurde die Klimapartnerschaft zwischen Ho und Unterschleißheim 2013 neu gegründet. Nach ersten inhaltlichen Verhandlungen wurde ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Die erste persönliche Begegnung zwischen den

Partnern fand im März 2014 während des Auftaktworkshops in Kapstadt, Südafrika statt.

Das übergreifende Ziel der Partnerschaftsgründung ist die nachhaltige Entwicklung. Die Partnerschaft soll das Bewusstsein für Fragen des Klimawandels und insbesondere für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel schärfen. Sie beinhaltet den Austausch von Fachwissen und Technologie in diesem Zusammenhang. Ho interessiert sich insbesondere für Energieeinsparung, Abfallwirtschaft, erneuerbare Energien, Wasserschutz, Wasserwirtschaft und Umweltschutz. Der Kulturaustausch soll in beide Richtungen stattfinden.

Die Stadt Unterschleißheim hat ein „Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept“ erstellt. Dieses soll durch eine Palette von Maßnahmen den Kohlendioxid-Fußabdruck der Kommune reduzieren. Das Dokument benennt u. a. den Nord-Süd-Dialog als eine Aktivität. Beide Kommunen haben den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel priorisiert, da diese verstärkt werden müssen.



Abbildung 40: Faires Kaffeetrinken in Unterschleißheim mit Bürgermeister Christoph Böck, den Stadträten und Mitgliedern der Fair-Trade Steuerungsgruppe (Foto: Stadt Unterschleißheim)

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des Handlungsprogramms

Kurz nach Unterzeichnung des Memorandums of Understanding wurden die Arbeitsstrukturen aufgebaut. Als Mitglieder der Steuerungsgruppe wurden Vertreterinnen und Vertreter der folgenden Einheiten, Organisationen und Gruppen gewählt:

Ho	Unterschleißheim
<ul style="list-style-type: none"> • Verwaltung • Ratsmitglieder • Zivilgesellschaft • Umweltschutzbehörde • Forstbehörde • Ghanaische Katastrophenbewältigungsbehörde • Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft • Ghanaischer Bildungsdienst • Bildungseinheit für Gesundheitsaufklärung • Feuerwehr • Traditionelle Autoritäten • Religionsgemeinschaften 	<ul style="list-style-type: none"> • Verwaltung • Ratsmitglieder • Interessierte Öffentlichkeit • Agenda 21 Team • Steuerungsausschuss für Fair Trade • In Unterschleißheim wohnhafte Ghanaer

Zuständig für die Klimapartnerschaft in Ho ist das kommunale Planungsamt, das gute Verbindungen zu den verschiedenen Fachabteilungen der Kommune unterhält. Zusammen mit der Umweltschutzbehörde und dem „Religious Bodies Network on Climate Change“ bildet die Verwaltung in Ho das Kernteam. In Unterschleißheim liegt die Zuständigkeit für das Projekt bei der abteilungsübergreifenden Einheit für „Kommunales Klimaschutzmanagement“ bzw. der Einheit für „Öffentlichkeitsarbeit“ in der Bau- und Planungsabteilung.

Im März 2014 nahmen die beiden Partnerkommunen an dem internationalen Workshop des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ in Südafrika teil, wo sie sich zum ersten Mal persönlich kennenlernen konnten. Von Anfang an beschäftigten sie sich mit dem Informationsaustausch zu projektrelevanten Themen und priorisierten gemeinsame Interessengebiete.

Im Juni 2014 besuchte eine Delegation der Kommune Ho Unterschleißheim. Das Datum wurde so gewählt, dass die afrikanischen Partner sich auch mit den Vertreterinnen und

Vertretern der französischen Partnerstadt, die ebenfalls zu Besuch waren, treffen konnten. Exkursionen zu Standorten für erneuerbare Energien (Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Geothermik), Umwelterziehungszentren und eine Fair-Trade-Schule in Unterschleißheim fanden statt. Während des Aufenthalts wurden drei Hauptinteressengebiete aufgezeigt: Erneuerbare Energien, Abfallwirtschaft und Bewusstseinsbildung/Sensibilisierung für Fragen des Klimawandels.

Im Oktober 2014 fuhr eine Delegation, der auch der Erste Bürgermeister angehörte, aus Unterschleißheim nach Ghana. Zuerst hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, die kommunalen Strukturen in Ho kennenzulernen, wobei hier – anders als bei den deutschen Kommunen – starke Verbindungen zu den Regionalministerien bestehen. Deswegen sind die Ministerien beim Kernteam bzw. bei der Steuerungsgruppe vertreten.

Wie an verschiedenen Standorten im Umkreis von Ho und die Küste entlang zu beobachten war, findet der Klimawandel statt in Ghana. Gegen Ende der Regenzeit war der Volta-Damm (Ghanas Hauptstromquelle) fast leer, was schwere Stromausfälle über längere Zeit verursachte. Der Meeresspiegelanstieg und die Häufung der Wirbelstürme wirken sich auf die Küstengebiete durch Erosion aus. Kostspielige Küstenschutzanlagen mussten entlang der Keta-Küste errichtet werden.

Im August 2015 statteten der Dritte Bürgermeister der Stadt Unterschleißheim, ein Ratsmitglied und ein Mitglied der Steuerungsgruppe Ho einen weiteren Besuch ab, während dem beide Partner die drei Schwerpunkte der Zusammenarbeit erneut bekräftigten.

In enger Zusammenarbeit mit der EP Church of Ghana leitete die Ho Municipal Assembly die Gründung von 12 Eco-Clubs in Ho ein. Im Rahmen des Gemeinsamen Handlungsprogramms besteht ein Bedarf zur Gründung von Eco-Clubs in Bildungsstätten, um das Bewusstsein für Fragen des Klimawandels weiter zu entwickeln. Die Clubs wollen dieses Bewusstsein bei Schülerinnen und Schülern bzw. Studentinnen und Studenten und verschiedenen Gemeinschaften durch Seminare, Symposien und Debatten schärfen. Die Schulleiter sollen die Schirmherrschaft der

Clubs übernehmen. Zwei oder drei Tutorinnen und Tutoren mit umweltrelevanten Fächern bzw. Interessengebieten sollen als Förderer der Clubs fungieren. Eine offizielle Richtlinie für die Gründung von Eco-Clubs in Bildungsstätten wurde erarbeitet.

Die Abfallwirtschaft ist ein wichtiges Thema in Ho. Eine neue Mülldeponie wurde geplant und die Verwaltung beabsichtigt, eine Pilotmaßnahme für Mülltrennung umzusetzen. Nach Inbetriebnahme soll die Deponie Methan wiedergewinnen und in Strom verwandeln, der dann vor Ort genutzt werden kann. Ein neuer Schlachthof, der auch eine Biogasanlage zur Verwandlung von Gas in Strom beinhaltet, wird gebaut.

Während einer Exkursion nach Keta wurde die Delegation dem ehemaligen Gemeindevorsteher, der inzwischen einen Bauernhof unter Verwendung von erneuerbaren Energien (Biogas, Solar- und Windkraft) betreibt, vorgestellt.

Beschreibung der Schwerpunkte des Handlungsprogramms

Das gemeinsame Handlungsprogramm von Ho und der Stadt Unterschleißheim hat drei inhaltliche Schwerpunkte:

- erneuerbare Energien
- Abfallwirtschaft
- Bewusstseinsbildung

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird Ho als erste Aktion sämtliche Glühbirnen durch Energiesparlampen (CFL) ersetzen. In Unterschleißheim ist der nachträgliche Einbau der LED-Technik in kommunalen Gebäuden bereits angelaufen und wird weitergeführt. Die Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes ist erheblich. Zum jetzigen Zeitpunkt steht die LED-Technik in Ghana nicht zur Verfügung. Dennoch soll Ho von den in Unterschleißheim bereits gemachten Erfahrungen profitieren.

In Unterschleißheim wird für alle kommunalen Gebäude Strom, der zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde, eingekauft. Das kommunale Energieversorgungsunternehmen errichtete auf mehreren Dächern Photovoltaik-Anlagen, deren Stromertrag in das Netz

eingespeist wird. Künftig soll mehr Strom aus erneuerbaren Quellen für den kommunalen Eigenbedarf erzeugt werden.

Im Rahmen des gemeinsamen Handlungsprogramms leiten die Partner die Beschaffung bzw. den Einbau von Sonnenkollektoren bei ausgewählten kommunalen Gebäuden und einem Schlachthof in Ho ein. Zurzeit ist der Einsatz von Sonnenkollektoren in Ghana nicht weit verbreitet. Als Zeichen der Zeit wird die Klimapartnerschaft daher eine Vorreiterrolle übernehmen.



Abbildung 41: Altmetallsammelstelle in Ho
(Foto: Stadt Unterschleißheim)

Eine weitere von Ho beabsichtigte Maßnahme ist die Beschaffung bzw. der Einbau von solarbetriebenen Straßenlampen, wovon es landesweit nur wenige gibt. Diese befinden sich entlang der Hauptverkehrsachsen.

Das Hauptinteressengebiet von Ho ist die Abfallwirtschaft, wobei viele Erfahrungswerte aus Unterschleißheim geteilt werden können. Vor kurzem wurde eine neue Mülldeponie geplant, die in erster Linie auf den Aufbau einer Abfallbewirtschaftungseinheit ausgerichtet ist. Zurzeit wird der Abfall entweder im häuslichen Umfeld oder an ausgewiesenen Stellen verbrannt, ohne dass die im „Abfall“ gespeicherte Energie genutzt wird. Problematisch sind insbesondere Kunststoffabfälle geworden, die die ganze Umwelt verschmutzen. In einer Pilotmaßnahme führt die Kommune die Mülltrennung ein und wird Mülltonnen allen Haushalten zur Verfügung stellen. Müllabfuhr ist nicht weit verbreitet in Ghana. Von daher wird es eine Herausforderung sein, privatwirtschaftliche Dienstleister aufzuzeigen.

Von höchster Bedeutung ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, wobei der Aufbau einer angemessenen Kommunikationsstrategie, einschließlich der Veröffentlichung von Informationsmaterialien, eine Schlüsselaufgabe darstellt. Bezüglich der Kompetenzentwicklung muss das Fachpersonal sowohl in der Verwaltung als auch in der Mülldeponie noch ausgebildet werden.



Abbildung 42: Plastiktüten-Recycling in der Adaklu Waya-School in Ho. Aus Trinkwasserplastikbeuteln fertigen die Schüler Volleyballnetze (Foto: Stadt Unterschleißheim)

Das dritte Schwerpunktthema ist die Bewusstseinsbildung bzw. Sensibilisierung für Fragen des Klimawandels. Der Schwerpunkt der Bemühungen von Ho liegt bei Studentinnen und Studenten bzw. Schülerinnen und Schülern wie auch bei Landwirten. Unterschleißheim dagegen sucht Aufklärungskampagnen auf allen Bildungsebenen einschließlich der Volkshochschulen. In Zusammenarbeit mit der EP Church übernimmt Ho eine federführende Rolle bei der Gründung von Eco-Clubs. Öffentliche Bildung findet über lokale Radiosender statt und Landwirte werden über Bauernorganisationen vor Ort ausgebildet.

5. Fazit

An der 3. Phase des Klimapartnerschaftsprojektes beteiligten sich zehn deutsche Kommunen gemeinsam mit ihren Partnern in Burkina Faso, Ghana, Kamerun, Lesotho, Tunesien, Senegal und Südafrika, um die Herausforderungen des Klimawandels durch gemeinsame Aktivitäten anzugehen. Sowohl auf deutscher als auch afrikanischer Seite befanden sich darunter Groß- und Mittelstädte, wie auch ländliche Kommunen mit sehr unterschiedlichen Problemstellungen.

Allen Kommunen ist gemeinsam, dass sie mit unterschiedlicher Intensität bereits von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme oder außergewöhnliche Trockenperioden, höhere Temperaturen und eine Verschiebung der Jahres- bzw. Regen- und Trockenzeiten sind die am häufigsten beschriebenen Phänomene, Überschwemmungen eine der schwerwiegendsten Folgen. Diese Veränderungen wirken sich außerdem negativ auf die landwirtschaftliche Produktion, Infrastruktur, die Wasserversorgung sowie die allgemeine Lebensqualität der Bevölkerung aus. In Extremfällen sind sogar Menschenleben selbst in Gefahr. Daneben ist der Verlust von Biodiversität zu befürchten.

Die Vegetationszonen geben dabei einen Anhaltspunkt hinsichtlich der Themenstellungen, die für die Klimapartnerschaften auf Seite der Südkommunen besonders relevant waren. Besonders von einer verstärkten Wasserknappheit betroffen sind Kommunen in ariden Zonen wie etwa Kongoussi, Thiès, Saint-Louis, Sfax, Ho, die Partnerstädte von Ludwigsburg, Solingen, Rastatt, Marburg und Unterschleißheim. Fehlende Infrastrukturen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels oder dem Aufbau einer regenerativen Energieversorgung in ländlichen Regionen begleiteten die Arbeit in Leribe, im Hochland von Lesotho, oder im tropischen Urwald in der Gemeinde Belo und ihrer Partner aus Geestland und Horb am Neckar. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien, Maßnahmen zur energetischen Sanierung oder Fragen einer nachhaltigen Mobilität beschäftigten insbesondere die südafrikanischen Städte BCMM, Drakenstein und Kapstadt und ihre deutschen Partner Oldenburg, Neumarkt in der Oberpfalz und München.

Unter den kommunalen Partnerschaften der 3. Projektphase können drei bereits auf eine längere Geschichte

zurückblicken. So gab es schon langjährige gelebte Städtepartnerschaften zwischen Kongoussi und Ludwigsburg, Thiès und Solingen sowie Marburg und Sfax, die sich unter anderem durch ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement auszeichnen. Besonders erwähnenswert ist aber auch, dass sich sieben neue Partnerschaften über die gemeinsame Arbeit zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels gefunden haben und künftig langfristig zusammenarbeiten wollen. Vielfach konnte auch hier auf bereits bestehende zivilgesellschaftliche Kontakte aufgebaut werden. So brachten zum Beispiel die Naturfreunde Rastatt ihre langjährigen Kontakte zu den Naturfreunden im Senegal in die Begründung der Klimapartnerschaft zwischen Rastatt und Saint-Louis im Senegal ein. Eine weitere Besonderheit bildet die Verbindung von kommunalen Partnerschaften und Kooperationen auf Ebene der Bundesländer. So pflegt der Freistaat Bayern eine Partnerschaft mit der Provinz Western Cape in Südafrika. Diese Länderpartnerschaft wurde nun durch die kommunale Kooperation der Klimapartnerschaften München – Kapstadt und Neumarkt in der Oberpfalz – Drakenstein weiter ausgebaut und gestärkt. Auch Oldenburg setzt die gemeinsamen Aktivitäten mit BCMM in den Kontext der Länderpartnerschaft zwischen Niedersachsen und der Provinz Eastern Cape in Südafrika, in der auch BCMM zu verorten ist.

Ein zentraler Aspekt zu Beginn einer Klimapartnerschaft ist die Etablierung von Arbeitsstrukturen auf beiden Seiten, die Voraussetzung für die Erarbeitung der Gemeinsamen Handlungsprogramme und deren langfristige Umsetzung sind. In allen Klimapartnerschaften sind dazu Kernteams und Steuerungsgruppen eingerichtet worden. Deren jeweilige Zusammensetzung ist gemäß der spezifischen Situation der Kommunen unterschiedlich. In fast allen Kommunen sind aber in beiden Gremien verschiedene Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beteiligt worden, was den inhaltlichen Austausch bereichert und die Zusammenarbeit auf eine solide und breite Basis gestellt hat. Positiv hervorzuheben ist, dass oft unterschiedliche Fachressorts der Verwaltungen im Kernteam beteiligt sind, so z. B. die Einheiten für Umwelt- oder Klimaschutz, für Internationale Angelegenheiten, Planung oder für die Lokale Agenda 21. Eine wichtige Rolle spielen auch zivilgesellschaftliche Akteure wie Städtepartnerschaftsvereine und andere NROs. Sie können mit ihren häufigen bereits langjährigen

Erfahrungen im Bereich Klimawandel oder im Bereich der internationalen Zusammenarbeit wichtige Beiträge leisten und hinsichtlich der Koordination und Kommunikation zwischen den Partnern unterstützen. Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Begriff Zivilgesellschaft in den einzelnen beteiligten Ländern unterschiedlich verstanden wird und auch unterschiedliche Regelungen für die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunen bestehen. Während in den deutschen Kommunen klassischerweise Vereine, Schulen oder Kirchengemeinden eingebunden werden, können in afrikanischen Partnerkommunen neben den Nicht-Regierungsorganisationen zum Beispiel auch lokale Gemeinschaftsgruppen (community-based organizations) oder auch traditionelle Autoritäten eine wichtige Rolle spielen. Abhängig von den gewählten Schwerpunktthemen haben mehrere Klimapartnerschaften im Verlauf des Prozesses zusätzlich kommunale Eigenbetriebe und private Unternehmen – v. a. aus den Sektoren Wasser und Energie – sowie einzelne Fachexperten aus Universitäten oder Fachhochschulen an zentraler Stelle eingebunden. Auch Schulen stellen wichtige Akteure dar, z. B. im Rahmen von Schulpartnerschaften oder in der generationsübergreifenden Bildungsarbeit



Abbildung 43: Die Stadt München stellt ihre Klimapartnerschaften mit Kapstadt und dem indigenen Volk der Asháninka beim Netzwerk 21 Kongress in München im Oktober 2014 vor. (Foto: Stephan Rescher)

Um den politischen Rückhalt für die Klimapartnerschaften zu sichern, wurden die politischen Gremien seitens der Koordinatoren und Koordinatorinnen regelmäßig über die Fortschritte informiert. Dafür stellten die Besuche aus den Partnerkommunen anlässlich von Entsendungen gute Gelegenheiten dar. Die Entsendungen in beide Richtungen

bzw. der internationale Auftaktworkshop in Somerset West wurden ebenfalls genutzt, um die Öffentlichkeit über die Klimapartnerschaft und ihre Inhalte zu informieren, z. B. über Pressemitteilungen und Veröffentlichungen auf den Websites der Kommunen. Seitens der Projektkoordination konnte das Projekt auf zahlreichen Veranstaltungen präsentiert werden, so u. a. auf dem Netzwerk 21 Kongress 2014 in München, dem Symposium Klimagerechtigkeit in Bremerhaven im November 2014 sowie auf der vom Städtenetzwerk ICLEI organisierten Konferenz Resilient Cities im Mai 2015 und dem französischen Forum für kommunale Entwicklungspolitik im Juli 2015 in Paris.



Abbildung 44: Die Stadt Solingen berichtet von ihrer Klimapartnerschaft mit Thiès beim 6. Forum für kommunale Zusammenarbeit in Paris im Juni 2015. (Foto: Anne Wehkamp)

Im Prozess der Erarbeitung der Gemeinsamen Handlungsprogramme ist neben der Einrichtung der Arbeitsstrukturen die Bestandsaufnahme ein weiterer wichtiger Schritt. Hier erwiesen sich wie schon in der Pilotphase und der zweiten Phase die Entsendungen von Fachexperten als zentrale Momente. Sie ermöglichten es, die Erfahrungen und Erfolge, aber auch die Problematik der gastgebenden Kommune durch Besuche vor Ort zu veranschaulichen, zu diskutieren und mit den wichtigsten Akteuren direkt ins Gespräch zu kommen. Nicht zuletzt trugen sie auch zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Schaffung einer Vertrauensbasis bei, die für die Partnerschaftsarbeit wesentlich ist. Schon der internationale Auftaktworkshop in Südafrika wurde intensiv genutzt, um sich sowohl über die Akteurskonstellationen in beiden Kommunen als auch über die Ausgangssituation der Klimapartnerschaft auszutauschen. Dieser Austausch wurde neben den Entsendungen auch über den Versand wichtiger

Dokumente, z. B. Zusammenfassungen von Klimaschutzkonzepten und weiterer relevanter Pläne ausgeweitet. Von Beginn an sprachen die Partner auch über mögliche Schwerpunktthemen der Zusammenarbeit. Die Netzwerktreffen der deutschen und afrikanischen Kommunen trugen dazu bei, im Austausch mit den anderen Kommunen und der Projektkoordination die eigenen Ideen und Vorschläge zu reflektieren, weiterzuentwickeln und neue Anregungen mitzunehmen.

Die in dieser Dokumentation enthaltenen Kurzberichte der einzelnen Klimapartnerschaften verdeutlichen einen signifikanten Erkenntnisgewinn in Bezug auf die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels auf beiden Seiten. Insbesondere in den afrikanischen Kommunen wird der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Entwicklung deutlich. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung hat dabei oberste Priorität. Bestehende Herausforderungen der Daseinsvorsorge werden durch die Auswirkungen des Klimawandels gravierender und komplexer. Besonders deutlich wird dies an der Ressource Wasser, deren Schutz gleich in mehreren Klimapartnerschaften in den Mittelpunkt der Aktivitäten gestellt wurde. In den deutschen Kommunen sind die Auswirkungen des Klimawandels häufig weniger sichtbar. Hier gilt es die Bevölkerung für die Dringlichkeit von Klimaschutz zu sensibilisieren und aufzuzeigen welche Folgen das eigene Handeln für die Menschen in den vom Klimawandel stärker betroffenen Regionen hat. Einige Kommunen nutzen die Klimapartnerschaft, um gemeinsam Konsummuster zu hinterfragen und zu verändern, z. B. den Verbrauch von Plastik zu reduzieren oder den Fairen Handel zu fördern.

Eine der Herausforderungen in der Zusammenarbeit der Partnerschaften besteht in der Aufrechterhaltung einer flüssigen Kommunikation unter den Partnern. In der 3. Projektphase verständigten sich die Klimapartnerschaften in ihren gemeinsamen Arbeitssprachen Englisch und Französisch. In den frankophonen Klimapartnerschaften unterstützte die SKEW teilweise durch die Beauftragung von Dolmetschern den Prozess, vor allem leisteten aber zivilgesellschaftliche Akteure sehr wichtige Beiträge. In den afrikanischen Kommunen zum Teil auch, um zwischen der Arbeitssprache und den jeweiligen Lokalsprachen zu übersetzen. Dies ist auch für die Fortführung des Austausches

von großer Bedeutung. Ein weiterer Aspekt sind Wechsel bei den Ansprechpartnern oder auch politische Umbrüche, die das Projekt etwa in Burkina Faso oder auch Tunesien beeinflussten. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die beteiligten kommunalen Mitarbeiter und zivilgesellschaftlichen Akteure angesichts ihrer vielfältigen Aufgaben nur über recht begrenzte zeitliche Möglichkeiten verfügen. Umso wichtiger erscheint es, im Kernteam die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen und auch darüber hinaus verschiedene Akteure in die Steuerungsgruppe der Klimapartnerschaft einzubeziehen.

Die als Ergebnisse dieses intensiven Prozesses erstellten Handlungsprogramme, die für die einzelnen Klimapartnerschaften im vorangegangenen Kapitel vorgestellt wurden, sind durch ihren hierarchischen Aufbau (Oberziel-Ziel-Maßnahme) sowie die Angabe von Verantwortlichen, Zeitplanung, benötigten Ressourcen und Indikatoren klar strukturiert und bieten eine hervorragende Grundlage für die Umsetzung. Dazu trägt auch bei, dass die Handlungsprogramme sowohl größere, ressourcenintensive Projekte als auch solche Maßnahmen aufweisen, die unabhängig von externer Finanzierung und basierend auf den vorhandenen personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen unterschiedlicher Akteure angegangen werden können. Neben Maßnahmen die in den kommenden ein bis zwei Jahren umgesetzt werden sollen, finden sich auch mittelfristige Zielsetzungen. In allen Fällen sollen diverse Akteure an der Durchführung der Maßnahmen beteiligt werden, was die Perspektiven der Umsetzung zusätzlich verbessert und der Nachhaltigkeit des Prozesses zugutekommt. Die Ressourcenplanung und Indikatoren sind teilweise noch recht allgemein gehalten und werden sicherlich verfeinert werden, wenn für die entsprechenden Maßnahmen eine detaillierte Projektplanung ansteht.

Jedes Handlungsprogramm enthält mehrere Schwerpunktthemen. Deren Zusammensetzung entspricht der spezifischen Situation und den Bedarfen der beiden Partnerkommunen. In der 3. Projektphase sind folgende Themenbereiche am häufigsten aufgenommen worden:

- Erneuerbare Energien
- Energieeffizienz
- Hochwasser- und Küstenschutz

- Sensibilisierung und Umweltbildung
- Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Aufforstung
- Wasserversorgung und Abwasserbehandlung.
- Abfallwirtschaft

Dabei soll die große Mehrzahl der Ziele und Maßnahmen, die den Bau oder Ausbau von Infrastruktur bzw. die Anwendung bestimmter Technologien beinhalten, in den afrikanischen Kommunen durchgeführt werden, wobei die deutschen Kommunen die Partner mit fachlicher Beratung und beim gemeinsamen Projektmanagement (inkl. der Beantragung finanzieller Mittel) unterstützen. In den deutschen Kommunen geht es vorwiegend um Sensibilisierung, Bildungs- und Informationsarbeit. Hier ist etwa beabsichtigt, die massiven Folgen des Klimawandels in den Partnerkommunen zur Aufklärungsarbeit über globale Zusammenhänge und zur Intensivierung des Engagements der eigenen Bürger zu nutzen. Es werden aber durchaus auch Lernfelder gesehen, z. B. zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels. In einigen Klimapartnerschaften spielt der Faire Handel eine wichtige Rolle und wird bereits praktiziert.

In mehreren Klimapartnerschaften werden parallel zu der Weiterentwicklung der Handlungsprogramme bereits erste Maßnahmen umgesetzt. Dabei werden bereits Angebote der SKEW der Engagement Global zur personellen und finanziellen Unterstützung von kommunalen Partnerschaften genutzt. So startete Oldenburg gemeinsam mit BCMM bereits 2014 ein Projekt zur Energieeffizienz, das im Rahmen des SKEW-Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert werden. Zwei weitere Klimapartnerschaften der 3. Projektphase haben in 2015 eine Projektbewilligung erhalten. Einige Klimapartnerschaften haben bereits zudem Interessebekundungen für das Programm ASA-Kommunal eingereicht, das die SKEW und das ASA-Programm gemeinsam durchführen und in dem Studierende aus beiden Kommunen während jeweils dreimonatiger Aufenthalte in den Partnerkommunen kleine Vorhaben umsetzen. Dieser frühzeitige Beginn von konkreten Aktivitäten der Umsetzung erhöht die Sichtbarkeit der Klimapartnerschaft und die Motivation aller Akteure. Ihm wurde deshalb von Beginn an von den Kommunalvertretern eine große Bedeutung beigemessen.

Wichtig aus Sicht der Projektleitung ist es, die Einzelprojekte in den größeren Zusammenhang der Handlungsprogramme zu stellen. Aufgrund ihrer erweiterten zeitlichen und inhaltlichen Perspektive ermöglicht dies, über die einzelne Maßnahme hinaus Folgeprojekte sowie komplementäre Maßnahmen im selben oder in anderen Handlungsfeldern vorzusehen und damit Grundlagen für eine nachhaltige Fortführung der Klimapartnerschaft zu schaffen.

6. Ausblick

Mit der erfolgreichen Erarbeitung der bilateralen Handlungsprogramme der Klimapartnerschaften ist ein erster und essenzieller Meilenstein für die gemeinsame Zusammenarbeit von Kommunen aus Deutschland und den verschiedenen afrikanischen Ländern gesetzt worden. Die beteiligten Kommunen haben ambitionierte Ziele, sei es auf lange Sicht Klimaneutralität zu erreichen oder eine nachhaltige Kommunalentwicklung bei stetig wachsenden Bevölkerungszahlen zu gewährleisten. Allen geht es darum, ihre Kommune fit für die Zukunft zu machen und gleichzeitig global verantwortungsbewusst zu handeln. In den Klimapartnerschaften haben sich neue starke Kooperationspartner gefunden, die sich gegenseitig unterstützen wollen, diesen Zielen näher zu kommen. Durch die zielgerichtete thematische Arbeit, den Austausch und die Begleitung von SKEW und LAG 21 NRW konnten in den vergangenen anderthalb Jahren inhaltliche und organisatorische Grundlagen geschaffen werden, die sowohl in den lang bestehenden Städtepartnerschaften als auch in den neu begründeten Klimapartnerschaften, ein Fundament für die künftige Zusammenarbeit bilden. Mit der so erarbeiteten Basis gilt es fortan, die Klimapartnerschaften zu verstetigen und die selbst gesetzten Ziele und Maßnahmen umzusetzen. Hierbei erscheint es wichtig, dass die Handlungsprogramme Eingang in die alltägliche Praxis der jeweiligen Kommunen finden und eine regelmäßige Überprüfung des Umsetzungsstands, Berichterstattung und Fortschreibung stattfindet. Um dies zu garantieren, ist eine Verknüpfung mit oder sogar Integration in bestehende kommunale Planungsinstrumente wie den kommunalen Klimaschutzkonzepten oder lokalen Entwicklungspläne empfehlenswert. Sowohl im internen Verwaltungsgeschehen als auch durch eine Vorstellung in den politischen Gremien sollte über den Fortschritt und bestehende Hemmnisse bei der Umsetzung kontinuierlich berichtet werden. Hierzu bieten sich die Fortschrittsberichte der kommunalen Klimaschutzpläne oder auch Berichte von Partnerschaftsvereinen an. Die Handlungsprogramme sind als dynamische Dokumente zu sehen und sollten daher im Zuge der Berichterstattung angepasst und weiterentwickelt werden.

Beide Kommunen sind gleichermaßen verantwortlich für die kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung der geplanten Maßnahmen und Projekte. Dazu sollte ein regelmäßiger Austausch zwischen den Partnerkommunen gewährleistet

werden, um die Handlungsprogramme fortschreiben zu können und neues Wissen und Expertise kontinuierlich zu ergänzen. Der Austausch sollte so weit wie möglich unabhängig von externer Finanzierung erfolgen, um die kontinuierliche Fortführung der Zusammenarbeit zu sichern. Neben den Aktivitäten aus dem Handlungsprogramm erscheint es sinnvoll, einige übergeordnete Aktivitäten zur gemeinsamen Gestaltung der Partnerschaft zu planen, z. B. regelmäßige Telefonkonferenzen oder Delegationsreisen.

Zahlreiche Maßnahmen der erarbeiteten Handlungsprogramme leben zudem von der Einbindung externer Akteure. In jedem Handlungsprogramm sind aus diesem Grund auch schon mehrere solcher Akteure genannt. In Zukunft wird es wichtig sein, weiterhin zivilgesellschaftliche Gruppen, wissenschaftliche Einrichtungen oder auch Unternehmen als Partner des Erfolgs zu sehen, entsprechend transparent den Kontakt zu pflegen sowie den Kreis der beteiligten Akteure entsprechend der Natur der Maßnahmen kontinuierlich zu erweitern. Des Weiteren gilt es, die durch den Austausch innerhalb der Klimapartnerschaften gewonnen Erkenntnisse und das erworbene Wissen zu teilen, um möglichst viele Menschen für die globalen Zusammenhänge und die lokalen Folgen des Klimawandels zu sensibilisieren. Dafür bietet sich die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen an, wie sie in mehreren Klimapartnerschaften angestrebt wird. Auch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Fachvorträge anlässlich von Besuchen aus der Partnerkommune, Fotoausstellungen oder Baumpflanzaktionen sind geeignet, um einen möglichst breiten Teil der eigenen Bevölkerung auf die Klimapartnerschaft aufmerksam zu machen. Dazu können auch regelmäßig stattfindende Termine innerhalb der Kommune wie z. B. Aktionstage für Klimaschutz oder Eine-Welt-Arbeit genutzt werden.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, den Klimawandel auch in anderen Städtepartnerschaften zu thematisieren oder die Klimapartnerschaft direkt mit anderen kommunalen Partnerschaften zu verknüpfen. Die Stadt Solingen richtete in November 2014 zu diesem Zweck eine eigene Konferenz aus, an der sich mehrere Partnerstädte aus verschiedenen Ländern beteiligten. Andere Kommunen luden beispielsweise Akteure aus ihren französischen Partnerstädten für ein Treffen mit den Klimapartnerschaftsakteuren ein.

Immer wird sich in den Klimapartnerschaften bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele die Ressourcenfrage stellen. Eine Vielzahl der in den Handlungsprogrammen beschriebenen Projekte sind ambitioniert und kostenintensiv, andere durch Eigenengagement und innovative Einbindung von Partnern umsetzbar. Die vorliegende Zeitplanung für die Maßnahmen entspricht einer ersten Priorisierung und gibt wichtige Anhaltspunkte für eine schrittweise Durchführung. In einigen Fällen ist die Umsetzung schon angelaufen. Da sich eine Vielzahl der Aktivitäten auf die kommenden ein bis zwei Jahre konzentrieren, sollten sich beide Partner weiterführend darüber verständigen mit welcher Priorität und mit welchem Zeitbudget die einzelnen Projekte verwirklicht werden können, damit es auf keiner Seite zu einer Überforderung kommt.

Die auf hohem Niveau und mit erheblicher Expertise entwickelten und im Handlungsprogramm dokumentierten Vorschläge zu Klimaschutz, präventiven Maßnahmen zur Vermeidung oder Abmilderung von Folgen des Klimawandels oder auch zu Bildungsprojekten sind eine sehr gute Voraussetzung zur Beantragung von Mitteln staatlicher und nichtstaatlicher Fördergeber. Sie beruhen auf einer gemeinsamen Analyse, einem Stärken- und Schwächen-Profil und konkreten gemeinsamen Zielsetzungen. SKEW und LAG 21 NRW haben von Beginn des Projektes an Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und werden die Suche nach Finanzierungsquellen zur Umsetzung der Maßnahmen gerne in Zukunft weiterhin unterstützen.

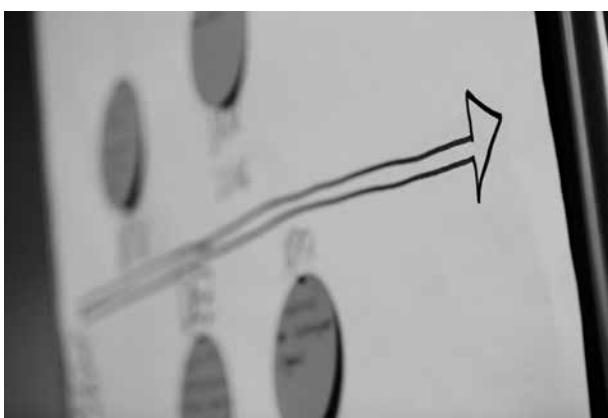


Abbildung 45: Blick in die Zukunft (Foto: Andreas Grasser)

Die SKEW und die LAG 21 NRW möchten die beteiligten Akteure in ihrem Engagement bestärken und weitere

Akteure zum Mitmachen ermutigen. Die Weiterführung der kommunalen Klimapartnerschaften werden wir mit großem Interesse verfolgen und auch über den Aspekt der Finanzierung hinaus mit Rat und Tat unterstützen. Dank der umfassenden Unterstützung und Finanzierung seitens des BMZ unter anderem im Rahmen des Haushaltstitels für kommunale Entwicklungspolitik kann die SKEW als Kompetenzzentrum der kommunalen Entwicklungspolitik sowie Engagement Global als Dachorganisation mit vielen weiteren relevanten Programmen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren unterschiedliche Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten. Dies kommt auch den Klimapartnerschaften zugute. Die beteiligten deutschen Kommunen haben die einzelnen Angebote anlässlich der Netzwerktreffen kennengelernt und können sie nun zur Weiterentwicklung ihrer kommunalen Klimapartnerschaften nutzen. So beispielsweise die Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung über die Förderprogramme Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa), Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (FKKP) sowie die Beratung zu Förderprogrammen der EU durch Bengo. Auf dem Gebiet des Personalaustausches sind u. a. das Programm ASA Kommunal, das Kooperationsprojekt Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit (IFKW) zwischen dem Centrum für internationale Migration und der SKEW und der Senior Experten Service (SES) nennenswert. In 2016 werden zudem seitens der SKEW mehrere neue Angebote zur Stärkung der kommunalen Entwicklungspolitik in deutschen Kommunen lanciert. So können über den neuen Kleinprojektfonds für kommunale Entwicklungspolitik Aktivitäten in deutschen Kommunen gefördert werden. Ein anderes Projekt bietet eine Stärkung der personellen Kapazitäten im Bereich Entwicklungspolitik an. Auch zu den anderen Zukunftsthemen der SKEW, Fairer Handel/Faire Beschaffung, Migration und Entwicklung sowie Global Nachhaltige Kommune bestehen konkrete Anknüpfungspunkte und wichtige Synergiepotenziale. Wie schon im Prozess der Erarbeitung der Handlungsprogramme kann der Austausch im Netzwerk der Klimapartnerschaften auch zu deren Umsetzung und der weiteren Gestaltung der Partnerschaften wichtige Beiträge erbringen. Daher werden die SKEW und die LAG 21 NRW die Vernetzung der Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin unterstützen.

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2015 insgesamt 50 deutsche Kommunen Klimapartnerschaften mit Partnern im Globalen Süden aufbauen. Hierzu wird das Projekt in einzelnen Phasen erweitert. In 2014 startete die 4. Phase des Projektes mit zehn deutschen und lateinamerikanischen Kommunen aus Brasilien, Costa Rica, Kolumbien, Ecuador und Nicaragua. Die 5. Projektphase startete im Dezember 2015 mit einem ersten Netzwerktreffen der interessierten deutschen Kommunen, im Fokus stehen in dieser Projektphase Partnerschaften mit süd- bzw. südost-asiatischer Kommunen. Mit Beginn der 5. Projektphase zählt das Projekt rund 50 kommunale Klimapartnerschaften. Interessierte Kommunen können sich auch darüber hinaus bei der SKEW und der LAG 21 NRW jederzeit über die Möglichkeiten zum Aufbau einer Klimapartnerschaft informieren.

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 37: Hauptstadt des Fairen Handels 2015. Bonn, Februar 2016.
- Nr. 36: Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik. Gutachten. Bonn, November 2015
- Nr. 35: Host City Programm WM Brasilien 2014 – Deutschland 2006/2011: Partner für nachhaltige Stadtentwicklung. Bonn, November 2015
- Nr. 33: Beispiele guter Praxis zu Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene. Bonn, Februar 2015
- Nr. 32: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 - Dokumentation der zweiten Projektphase. Bonn, Juni 2014
- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 - Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. 2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage Bonn, Januar 2015

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 74: Pressespiegel 2015. Bonn, Dezember 2015
- Nr. 73: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ Phase 4: Lateinamerika. Bonn, November 2015
- Nr. 72: Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Asien“, 17. – 18. November 2014, Berlin. Bonn, August 2015
- Nr. 70: Internationaler Workshop der kommunalen Klimapartnerschaften – Präsentation der Handlungsprogramme 1. – 3. Juli 2014, Berlin. Bonn, Februar 2015

- Nr. 69: Zehntes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt 1. und 2. Oktober 2014, Dokumentation. Bonn, Februar 2015
- Nr. 66: Viertes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene, 2. April 2014. Bonn, Juli 2014
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. 2013. Bonn, April 2014

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Angebote. Bonn 2015
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2015 [Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch, Spanisch]
- Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Deutsche Städte und Gemeinden aktiv für die Eine Welt. Dokumentation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. (Dezember 2015)
- KOMMUNE heute: Lokal handeln, global wirken. Ein Sonderheft der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion DEMO (Beilage zur Ausgabe Oktober 2015 von DEMO)
- Kommunal fair handeln. Möglichkeiten für Fairen Handel und Faires Beschaffungswesen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 4-2015 von welt-sichten)
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungspolitische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in

Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de
www.facebook.com/engagement-global
www.twitter.com/EngGlobal
Infotelefon 0800 188 7 188



Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partnern im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperthen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir, kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

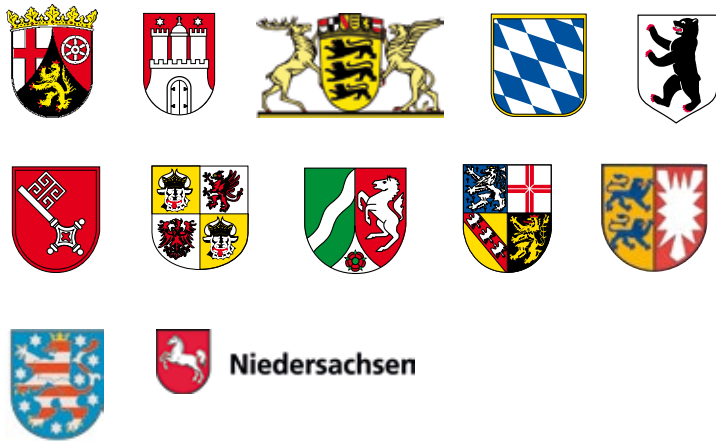
Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung der SKEW.

Unter Mitwirkung: Freistaat Bayern, Land Berlin, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Niedersachsen, Saarland, Land Schleswig-Holstein, Freistaat Thüringen, Gemeinde Aidlingen, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bundesstadt Bonn, DBB Beamtenbund und Tarifunion, DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V., Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Stadt Freiburg, Stadt Jena, Stadt Karlsruhe, Stadt Köln, Stadt München, Stadt Nürnberg, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Kreis Steinfurt, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.